



Monatsbericht des BMF

November 2015

Monatsbericht des BMF

November 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
·	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015	6
Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014	20
Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europ	
IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru	39
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	42
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	42
Steuereinnahmen im Oktober 2015	49
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015	53
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015	57
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	59
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	66
Statistiken und Dokumentationen	68
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Ge samt wirtschaftliches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	122

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bund, Länder und Gemeinden können auch in den kommenden Jahren mit einer der wirtschaftlichen Lage entsprechend guten Entwicklung der Steuereinnahmen rechnen. Dies hat der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" auf seiner Sitzung vom 3. bis 5. November 2015 in Nürnberg ermittelt. Im Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung im Mai werden die Steuereinnahmen im Jahr 2015 gesamtstaatlich um 5,2 Mrd. € höher ausfallen. Der Zuwachs ist insbesondere auf die gute Konjunkturentwicklung und den robusten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Für das Jahr 2016 wird das Steueraufkommen dagegen um 5,2 Mrd. € niedriger geschätzt als im Mai dieses Jahres. Dies ist nicht zuletzt auf die mittlerweile vom Gesetzgeber beschlossenen steuerlichen Entlastungen von Arbeitnehmern und Familien ab dem Jahr 2016 zurückzuführen, etwa durch die Anhebung des Kindergeldes und den Abbau der kalten Progression.

Trotz der auch weiterhin jährlich steigenden Steuereinnahmen ist angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Deutschland bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms steht, ein hohes Maß an Vorsicht und Disziplin in der Finanzpolitik notwendig. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat in seiner Bereinigungssitzung am 13. November den Bundeshaushalt 2016 abschließend beraten. Dieser sieht trotz der erheblichen Mehrausgaben wegen des Flüchtlingszustroms keine neuen Schulden vor, weil im Haushalt 2016 auf eine Vorsorge aus dem Jahr 2015 zurückgegriffen werden kann.

Die erfolgreiche Haushaltspolitik Deutschlands hat es ermöglicht, auf unerwartete Aufgaben umfassend zu reagieren, ohne wichtige Prioritäten – mehr Investitionen



in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu vernachlässigen. Dies trägt auch zur Stärkung des Euroraums bei. Die Europäische Kommission geht für das Jahr 2015 von einer weiteren wirtschaftlichen Erholung mit einem BIP-Wachstum von real 1,6 % für 2015 und 1,8 % für 2016 aus. Zugleich sinkt das öffentliche Defizit im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten von 2,0 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2015 auf 1.8 % des BIP im kommenden Jahr. In einigen Mitgliedstaaten hemmen allerdings die hohe private und öffentliche Verschuldung sowie strukturelle Schwächen nach wie vor Investitionen und Wachstum. Im Rahmen des Europäischen Semesters (s. Bericht "Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa", Seite 30) hat die Europäische Kommission umfassende Reformempfehlungen an die betroffenen Mitgliedstaaten gerichtet. Auch hier gilt es, durch konsequente Umsetzung den Aufschwung im Euroraum zu unterstützen.

h. 201-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das robuste Wachstum der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal 2015 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die deutsche Wirtschaftsleistung ist trotz erhöhter außenwirtschaftlicher Risiken weiter moderat gewachsen. Einzelheiten zum BIP im 3. Quartal werden am 24. November vom Statistischen Bundesamt bekanntgegeben.
- Positive Signale aus dem Einzelhandel und die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungssektor sprechen für eine stützende Wirkung insbesondere dieses Sektors. Der private Konsum wird weiter durch die sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes, niedrige Zinsen und Ölpreise begünstigt. Die Industrieproduktion dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 3. Quartal gedämpft haben.
- Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr marginal an. Sowohl die Konsumentenpreise wie auch die Produzentenpreise sind insgesamt weiterhin sehr stabil.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2015 im Vorjahresvergleich um 1,9 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag lediglich 1,4 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen nicht so stark wie in den Vormonaten. Hier wirkten sich insbesondere die Nachzahlungen des zum 1. Januar rückwirkend erhöhten Kindergeldes aufkommensmindernd aus. Das kumulierte Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) stieg bis einschließlich Oktober 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,4 % an.
- Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober 2015 auf 252,1 Mrd. € und lagen mit + 0,9 Mrd. € leicht über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 0,4 %). Die Einnahmen bis einschließlich Oktober übertrafen dagegen mit 247,9 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 18,2 Mrd. € (+ 7,9 %).

Europa

- In der Eurogruppe am 9. November 2015 standen Fragen zur Umsetzung der Bankenunion, zum Überwachungsprozess im Nachgang zum abgeschlossenen Hilfsprogramm Spaniens, zum Umsetzungsstand der Meilensteine für die Auszahlung der anstehenden Teiltranche von ESM-Programmgeldern an Griechenland, zur Herbstprognose der Europäischen Kommission zur Wirtschaftslage sowie deren Vorschläge für weitere Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Tagesordnung.
- Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 10. November 2015 standen darüber hinaus die Kapitalmarktunion, die Brückenfinanzierung beim Einheitlichen Abwicklungsmechanismus sowie die Klimafinanzierung. Im Rahmen des ECOFIN-Frühstücks legte die Europäische Kommission die Möglichkeiten zur Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingssituation im Stabilitäts- und Wachstumspakt dar.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

- Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet für den gesamten Schätzzeitraum 2015 bis 2020 für Bund, Länder und Gemeinden eine kontinuierliche Zunahme des Steueraufkommens.
- Gegenüber dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2015 ist für den Gesamtstaat im Jahr 2016 infolge der Auswirkungen von Rechtsänderungen mit Mindereinnahmen zu rechnen. In den anderen Jahren bis 2020 werden Mehreinnahmen erwartet.
- Der Bund unterstützt durch die Abtretung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen die Länder und Kommunen massiv bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme.
- Die Steuerzahler werden um 5,5 Mrd. € entlastet und die kalte Progression wird durch eine Rechtsverschiebung des Tarifs abgebaut.
- Bund, Länder und Gemeinden verfügen auch in den nächsten Jahren über eine solide Einnahmebasis.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	7
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	7
3.2	Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2015	12
1	Fazit	10

Vom 3. bis 5. November 2015 fand in Nürnberg auf Einladung des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die 147. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2015 bis 2020.

1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2015 waren die finanziellen Auswirkungen der folgenden Rechtsänderungen zu berücksichtigen:

 Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24. Juni 2015 (BGBI. I Nr. 24, S. 974): Artikel 3, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)

- Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015 (BGBI. I Nr. 30, S. 1202)
- Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I Nr. 40, S. 1722): Artikel 8, Änderung des FAG
- Steueränderungsgesetz 2015
- Drittes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes
- Brandenburg: Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 23. Juni 2015 (BB GVBI. I Nr. 16, S. 1)

- BMF-Schreiben vom 27. Mai 2015 IV C 4 (\$ 2285/07/0003:006) – zu Unterhaltsleistungen nach § 33a Absatz 1 Einkommensteuergesetz (EStG); Berücksichtigung von Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Aufenthaltsgesetz (BStBI. I 2015, Nr. 9, S. 474)
- Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß § 242a Sozialgesetzbuch V (SGB)
- Umsetzung der Rechtsprechungen, zu § 40a des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG)¹ sowie zu § 8b Absatz 3 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) - STEKO² beim Aktiengewinn (§ 40a KAGG und STEKO)

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion 2015 der Bundesregierung zugrunde gelegt. Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 1,7 %. Für das nominale BIP werden Veränderungsraten von + 4,0 % für das Jahr 2015, + 3,4 % für das Jahr 2016 und + 3,3 % für das Jahr 2017 angenommen. In den restlichen Schätzjahren 2018 bis 2020 wird ein Anstieg des nominalen BIP um jährlich 3,1 % prognostiziert.

Die Bruttolöhne und -gehälter sind als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die Steuerschätzung besonders relevant. Gegenüber der Frühjahrsprojektion ergab sich Die Annahmen für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen für das Jahr 2015 wurden gegenüber der Frühjahrsprojektion mit + 5,3 % nur marginal verändert. Dies trifft auch für das Jahr 2016 mit einer Wachstumsannahme von nunmehr + 4,5 % zu. Für das Jahr 2017 wird mit 4,1 % Zuwachs gerechnet. Für die Folgejahre 2018 bis 2020 wurde ein Wachstum von + 3,3 % p. a. prognostiziert.

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind der Tabelle 2 zu entnehmen.³ Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2015 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2014 um 28,0 Mrd. € (+ 4,4 %) anwachsen. Der Zuwachs verteilt sich auf die Gebietskörperschaften: Obwohl voraussichtlich im Jahr 2015 weniger Eigenmittel aus dem Bundeshaushalt an die Europäische Union (EU) abzuführen sind, verzeichnet der Bund mit einem Aufkommenszuwachs um 3,9 % den geringsten Anstieg im Vergleich zu Ländern und Gemeinden. Das Aufkommen der Gemeinden steigt um 4,9 % und die Länder können sogar mit einem Anstieg von 5,3 % rechnen. Alle Gebietskörperschaften

für das Jahr 2015 keine Veränderung in den Wachstumsannahmen; hier wird weiterhin von einem Zuwachs um 4,0 % ausgegangen. Für die Jahre 2016 und 2017 ergab sich eine Aufwärtskorrektur auf jeweils + 3,5 %. Für die Jahre 2018 bis 2020 wird von einer Zunahme von 3,0 % ausgegangen.

¹ BFH-Urteile vom 25. Juni 2014 – I R 33/09 und vom 30. Juli 2014 – I R 74/12

² EuGH-Urteil vom 22. Januar 2009 in der Rs. C-377/07 STEKO (BStBI 201 II Seite 95) und BFH-Urteil vom 28. Oktober 2009 - I R 27/08 - (BStBI 2011 II S. 229)

³ Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die veröffentlichten Ergebnistabellen auf der Internetseite des BMF verwiesen: http://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/ Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/ Steuerschaetzung/2015-11-06-ergebnisse-147-sitzung-steuerschaetzung.html

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Grundlagen aus den Projektionen der Bundesregierung für die Steuerschätzungen Mai 2015 und November 2015 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	20	115	20)16	2	2017
	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2015
BIP nominal	+3,8	+4,0	+3,3	+3,4	+3,2	+3,3
BIP real	+1,8	+1,7	+ 1,8	+1,8	+1,3	+1,5
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+4,0	+4,0	+ 2,9	+3,5	+3,1	+3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+5,4	+5,3	+4,6	+4,5	+3,3	+4,1
Private Konsumausgaben	+2,6	+ 2,5	+2,9	+3,0	+3,1	+3,0
	20	118	20)19	2020	
	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 201
BIP nominal	+3,2	+3,1	+3,2	+3,1	-	+3,1
BIP real	+1,3	+1,6	+1,3	+1,6	-	+ 1,6
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,1	+3,0	+3,1	+3,0	-	+3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,3	+3,3	+3,3	+3,3	-	+3,3
Private Konsumausgaben	+3,1	+3,1	+3,1	+3,1	-	+3,1

Quelle: Herbstprojektion der Bundesregierung.

profitieren von einem kräftigen Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+ 4,6 %). Das Aufkommen des Bundes wird durch die relativ schwache Entwicklung der Bundessteuern beeinträchtigt. Diese werden im Jahr 2015 voraussichtlich lediglich um 2,0 % ansteigen. Der kräftige Anstieg der Ländersteuern (+13,4%) zeichnet lediglich für 17,6% des Zuwachses der gesamten Ländereinnahmen verantwortlich, da der Anteil dieser Steuern am gesamten Steueraufkommen der Länder nur bei circa 7½ % liegt. Für die Gemeinden ergibt sich in diesem Jahr ein erheblicher Einnahmeanstieg aus der guten Entwicklung der Lohnund Einkommensteuern, da das Aufkommen und somit auch der Gemeindeanteil an diesen Steuern gemäß Schätzannahme des Arbeitskreises um 6,6 % zunehmen werden. Die Lohn- und Einkommensteuern haben im Jahr 2015 einen Anteil am Steueraufkommen der Gemeinden in Höhe von circa 37 %. Auch die weiterhin wachsenden Einnahmen aus der aufkommensstarken Gewerbesteuer (nach Abzug der Umlagen + 2,5 %) sichern den Gemeinden im Jahr 2015 eine solide Einnahme-

basis (circa 41% des gesamten Steueraufkommens der Gemeinden).

Für die Folgejahre rechnet der Arbeitskreis ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des Steueraufkommens insgesamt. Im gesamten Schätzzeitraum wird - ausgehend vom vergangenen Ist-Jahr 2014 – bis zum Jahr 2020 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 23,6 % erwartet. Die Verteilung der Einnahmen auf die Gebietskörperschaften wird im Schätzzeitraum erheblich durch zwei neu in die Schätzung einbezogene Rechtsänderungen – das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sowie das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beeinflusst. Nähere Ausführungen hierzu sind im Abschnitt 3.2 zu finden.

Die Auswirkungen der VW-Affäre wurden, soweit derzeit in Anbetracht der unzulänglichen

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Informationslage vorhersehbar, in die Steuerschätzung einbezogen und haben insofern das geschätzte Aufkommen gemindert.

Die größte Dynamik weisen die gemeinschaftlichen Steuern aus. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,8 % im Jahr 2014 auf 74,5 % im Jahr 2020 anwachsen. Der Zuwachs der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern beträgt in diesem Zeitraum 28,3 %. Jedoch gibt es deutlich divergierende Entwicklungen bei den einzelnen Steuerarten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen.

Der stärkste Aufkommensanstieg ergibt sich bei der Lohnsteuer mit einem Zuwachs von 36,2 % im Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 2014. Im gesamten Schätzzeitraum wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens wesentlich von der erwarteten Steigerung der Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) und nur noch in geringem Umfang von der Zunahme der Beschäftigung getragen. Die jährlichen Zuwachsraten des Lohnsteueraufkommens liegen in allen Schätzjahren außer im Jahr 2016 über 5 %. Der relativ geringe Aufkommensanstieg im Jahr 2016 ist zum überwiegenden Teil auf die Auswirkungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags zurückzuführen. Die in zwei Stufen erfolgende Anhebung des Grundfreibetrags (erste Stufe im Jahr 2015; zweite Stufe im Jahr 2016) und die damit verbundene Verschiebung der Tarifgrenzen und die Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende werden das Steueraufkommen aus der Lohnsteuer im Jahr 2016 um 3,9 Mrd. € mindern. Der Anstieg des Lohnsteueraufkommens wird damit in diesem Jahr auf 3,1 % "abgebremst" werden. Die Aufwendungen für das vom Lohnsteueraufkommen in Abzug gebrachte Kindergeld steigen bereits im Jahr 2015 aufgrund der rückwirkenden Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2015 um 2,3 % an. Die weitere Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2016 wird die Aufwendungen für

das Kindergeld nochmals um 1% steigern. Im restlichen Schätzzeitraum wird sich der Betrag des auszuzahlenden Kindergeldes nur noch marginal verändern.

Der zweithöchste Aufkommenszuwachs bis zum Jahr 2020 wird mit 33,2 % bei der Körperschaftsteuer erwartet. Der Zuwachs verteilt sich ungleichmäßig auf die einzelnen Jahre des Schätzzeitraums. Im ersten Schätzjahr 2015 wird ein Anstieg um 4,6 % erwartet. Dieser ist auf die sich in zunehmenden Vorauszahlungen zeigende positive Entwicklung der Gewinne der überwiegend international ausgerichteten Kapitalgesellschaften zurückzuführen. Im folgenden Jahr wird die Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG sowie zu STEKO allein bei der Körperschaftsteuer voraussichtlich zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,1 Mrd. € führen. Die geschätzten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer gehen in diesem Jahr um 9,4 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Für das Jahr 2017 werden aus den vorgenannten Urteilen keine aufkommensmindernden Auswirkungen mehr erwartet. Zudem wird - entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Annahmen zur Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit einem kräftigen Zuwachs des Aufkommens vor Berücksichtigung von Rechtsänderungen gerechnet. Beide Komponenten zusammen führen zu einem Anstieg des für 2017 geschätzten Aufkommens um 21,1%. Auch im Jahr 2018 ergibt sich ein überdurchschnittlicher Aufkommenszuwachs (+ 10,7 %), der neben der prognostizierten Gewinnsteigerung en der Unternehmen durch den Wegfall der Altkapitalerstattungen gespeist werden wird. Diese werden im Jahr 2017 voraussichtlich noch 2,2 Mrd. € betragen. In den Jahren 2019 und 2020 werden die Körperschaftsteuereinnahmen basierend auf der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um 2,1% beziehungsweise 2,7 % zunehmen.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer werden im Schätzzeitraum bis 2020 voraussichtlich um 26,8 % gegenüber dem Jahr 2014 zunehmen. Im gesamten Schätzzeit-

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

raum wird die Aufkommensentwicklung im Wesentlichen von dem erwarteten Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen angetrieben werden. Lediglich im Jahr 2015 wird – wie auch im Basisjahr 2014 – mit nicht unerheblichen Mehreinnahmen aus Selbstanzeigen gerechnet. Der prognostizierte Anstieg der Steuereinnahmen im Jahr 2015 beträgt 6,7 %. Da im Jahr 2016 keine zusätzlichen Einnahmen aus Selbstanzeigen mehr erwartet werden, fällt das Wachstum der Einnahmen mit 2,3 % unterdurchschnittlich aus. Im restlichen Schätzzeitraum werden Zuwachsraten zwischen 3,4 % und 4,7 % erwartet.

Bei den Steuern vom Umsatz wird zwischen 2014 und 2020 ein Anstieg von 23,0 % erwartet. Dies entspricht annähernd dem erwarteten Zuwachs der privaten Konsumausgaben, die das Aufkommen dieser Steuerart maßgeblich bestimmen (im Zeitraum 2014 bis 2020: + 19,0 %; vergleiche Tabelle 1). Die jährlichen Zuwachsraten des Steueraufkommens im Schätzzeitraum werden voraussichtlich in allen Jahren über 3 % liegen. Der stärkste Zuwachs wird im Jahr 2016 mit + 4,4 % erreicht werden. Damit werden die Steuern vom Umsatz aufgrund ihres großen Anteils am Steueraufkommen insgesamt zum Zuwachs der Steuereinnahmen bis 2020 erheblich beitragen.

Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Schätzzeitraum bis 2020 ein Zuwachs von 21,3 % erwartet. Im Jahr 2015 wird entgegen der im bisherigen Jahresverlauf positiven Einnahmenentwicklung für die verbleibenden Monate mit einem rückläufigen Aufkommen gerechnet, sodass sich im Gesamtjahr voraussichtlich ein Rückgang des Aufkommens um 2,4 % ergeben wird. In den Jahren 2016 und 2017 werden die Steuereinnahmen durch die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zu den Streubesitzdividenden beeinflusst werden. Aufgrund dieses Urteils müssen voraussichtlich 2,6 Mrd. € Kapitalertragsteuern zurückgezahlt werden. Da die betroffenen Unternehmen erhebliche

Schwierigkeiten bei der Beschaffung der notwendigen Nachweise haben werden, wird damit gerechnet, dass im Jahr 2015 nur noch geringe Beträge abfließen werden und der Hauptteil in den Jahren 2016 und 2017 das Aufkommen mindern wird. Während im Jahr 2016 dadurch das Aufkommen stagnieren wird, wird sich im Jahr 2017 ein Zuwachs in Höhe von 5,2 % aus der unterstellten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Im Jahr 2018 resultiert aus vorgenanntem Sachverhalt wiederum eine hohe Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr (+ 10,8 %). In den Schätzjahren 2019 und 2020 bestimmt wiederum die wirtschaftliche Entwicklung die Einnahmenentwicklung.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird im gesamten Schätzzeitraum voraussichtlich lediglich einen Anstieg in Höhe von 9,1% erreichen. Im Verlauf des Schätzzeitraums wird mit einer allmählichen Erholung des Durchschnittszinses gerechnet. Dies schlägt sich - bei gleichzeitig expandierendem Finanzanlagevolumen – in allmählich ansteigenden Aufkommenszuwächsen nieder. Im Aufkommen sind ebenfalls Steuerzahlungen auf Erlöse aus Wertpapierveräußerungen enthalten. Da die Einnahmen hieraus statistisch nicht getrennt erfasst werden und somit die Entwicklung in der Vergangenheit und das gegenwärtige Niveau der Einnahmen unbekannt sind, ist eine valide Schätzung der künftigen Einnahmenentwicklung aus Wertpapierveräußerungen jedoch nicht möglich.

Neben den gemeinschaftlichen Steuern werden die Gemeindesteuern mit einem Plus von 18,9 % im Zeitraum 2014 bis 2020 ebenfalls einen kräftigen Zuwachs aufweisen, der von der aufkommensstärksten Gemeindesteuer, der Gewerbesteuer (+ 20,8 %), getragen werden wird. Die Gewerbesteuer ist ebenso wie die Körperschaftsteuer von der Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG sowie zu STEKO betroffen. Im Jahr 2016 werden hieraus voraussichtlich 2,5 Mrd. € an Steuermindereinnahmen resultieren. Dadurch wird

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

das Gewerbesteueraufkommen in diesem Jahr voraussichtlich um 1,2 % sinken und ähnlich wie die Körperschaftsteuer im Folgejahr einen kräftigen Zuwachs erzielen, welcher bei der Gewerbesteuer + 9,7 % betragen wird. Die hinsichtlich des Volumens zweitgrößte Steuer - die Grundsteuer B - verzeichnet hingegen im Schätzzeitraum nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (+ 12,3 %). Über dem Wachstum der Gemeindesteuern insgesamt liegt hingegen das Aufkommen der sonstigen Gemeindesteuern. Dieses wird voraussichtlich um 21,1% steigen, wobei der stärkste Zuwachs im Jahr 2015 mit + 10,5 % erfolgen wird. Dieser Zuwachs wird hauptsächlich von den im Jahr 2015 in Kraft getretenen Rechtsänderungen (insbesondere Steuersatzerhöhungen) getragen werden, die allerdings aufgrund der Vielzahl der Gemeinden vom Arbeitskreis "Steuerschätzungen" nicht gesondert erfasst und ausgewiesen werden können. Da in der Schätzung nur in Kraft getretene Rechtsänderungen berücksichtigt werden, liegen die geschätzten Zuwachsraten der sonstigen Gemeindesteuern in den Jahren 2016 bis 2020 unter 2 % p. a.

Auch bei den Ländersteuern (+ 17,5 %) wird vor allem die aufkommensstärkste Steuerart - die Grunderwerbsteuer – mit einem geschätzten Aufkommensanstieg von 2014 bis 2020 um 35,9 % für den kräftigen Zuwachs sorgen. Der größte Anstieg wird sich im Jahr 2015 (+19,4%) ergeben. Im Jahr 2015 wurden wieder in einigen Ländern die Grunderwerbsteuersätze angehoben: in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Daneben ergeben sich weiterhin Umsatz-Impulse aus den im internationalen Vergleich günstigen Grundstückspreisen in Deutschland und der Suche nach alternativen Geldanlagemöglichkeiten angesichts niedriger Zinssätze. Auch im Jahr 2016 werden erhöhte Umsätze und steigende Immobilienpreise die Basis für einen größeren Aufkommenszuwachs (+ 5,9 %) bieten. Im verbleibenden Schätzzeitraum werden nur noch moderate Steigerungen des Aufkommens der Grunderwerbsteuer erwartet (unter 2 % p. a.). Die Einnahmen aus

der Erbschaftsteuer werden im Schätzzeitraum voraussichtlich um 4,5 % abnehmen. Im Jahr 2015 wird sich voraussichtlich noch ein größerer Aufkommensanstieg ergeben (+ 10,2 %). Dieser wird hervorgerufen werden durch die Abarbeitung der letzten Fälle von vorgezogenen Schenkungen, die aufgrund des vormals vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahrens zur erbschaftsteuerlichen Begünstigung von Unternehmensvermögen vorgenommen worden waren. In den folgenden drei Schätzjahren werden teilweise erhebliche Einnahmerückgänge erwartet.

Die Finnahmen aus den Bundessteuern werden im Schätzzeitraum bis 2020 voraussichtlich um 5,2 % ansteigen. Allerdings werden nur wenige bedeutende Bundessteuern größere Zuwächse zu verzeichnen haben: An erster Stelle steht hier der Solidaritätszuschlag, welcher - gekoppelt an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen (Lohn- und Einkommensteuer; Körperschaftsteuer) einen Zuwachs von + 26.6 % bis 2020 aufweisen wird. Er steht damit an zweiter Stelle in der Rangfolge der aufkommensstärksten Bundessteuern. Auch für die Versicherungssteuer wurde in diesem Zeitraum ein erheblicher Anstieg um 15,4 % prognostiziert. Die Kraftfahrzeugsteuereinnahmen werden voraussichtlich lediglich im Jahr 2015 um 3,5 % ansteigen. Im restlichen Schätzzeitraum wird mit einer Stagnation in der Aufkommensentwicklung gerechnet. Die Luftverkehrsteuereinnahmen werden im Schätzzeitraum um 9,1% anwachsen. Aufgrund des vergleichsweise geringen absoluten Betrags sind die Auswirkungen auf die Einnahmen der Bundessteuern insgesamt aber relativ gering. Die Energiesteuer als aufkommensstärkste Bundessteuer wird voraussichtlich im Schätzzeitraum lediglich einen Einnahmeanstieg von 1,1% verzeichnen. Für die Tabaksteuer wird mittelfristig mit Verbrauchseinschränkungen gerechnet, sodass die Einnahmen im Schätzzeitraum um 4,3 % zurückgehen werden. Da das Kernbrennstoffgesetz nur auf Besteuerungsvorgänge vor dem 1. Januar 2017 anzuwenden

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2015

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
1. Bund							
in Mrd. €	270,7	281,4	288,1	299,3	312,3	324,0	334,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,2	3,9	2,4	3,9	4,4	3,7	3,3
2. Länder							
in Mrd. €	254,3	267,7	275,3	284,8	295,4	304,1	314,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,1	5,3	2,9	3,5	3,7	2,9	3,5
3. Gemeinden							
in Mrd. €	87,6	91,9	92,9	99,9	101,7	105,2	109,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	4,9	1,1	7,5	1,9	3,4	3,6
4. EU							
in Mrd. €	31,0	30,7	30,0	33,7	35,1	36,2	37,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,4	-0,9	-2,4	12,4	4,2	3,1	2,1
5. Steuereinnahmen insgesamt							
in Mrd. €	643,6	671,7	686,2	717,6	744,6	769,5	795,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,9	4,4	2,2	4,6	3,8	3,3	3,4

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

 $Angaben\ in\ Mrd. \in gerundet;\ Ver\"{a}nderungsraten\ aus\ Angaben\ in\ Mio. \in errechnet.$

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

ist, wurden für die Kernbrennstoffsteuer nur noch in den Jahren 2015 (1,3 Mrd. €) und 2016 (1,1 Mrd. €) Einnahmen unterstellt.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird ausgehend von 22,07 % im Jahr 2014 bis zum Ende des Schätzzeitraums nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" leicht zunehmen und im Jahr 2020 bei 22,41 % liegen.

3.2 Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2015

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der vorangegangenen Steuerschätzung vom Mai 2015. In Tabelle 4 sind die Veränderungen der Schätzansätze für ausgewählte Steuerarten gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2015 dargestellt. Aufgrund der erheblichen Bedeutung der in der November-Steuerschätzung 2015 gegenüber

dem Mai neu hinzugekommenen Steuerrechtsänderungen werden in Tabelle 5 zusätzlich die Auswirkungen der wichtigsten Steuerrechtsänderungen auf die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden getrennt dargestellt.

Die Einnahmenerwartungen für das Jahr 2015 vor Berücksichtigung der Steuerrechtsänderungen (sogenannte Schätzabweichung) haben sich um 7,0 Mrd. € erhöht. Erstmals in die Steuerschätzung einbezogene Rechtsänderungen verringern das erwartete Mehraufkommen um 1,8 Mrd. €. Die Steuereinnahmen insgesamt werden somit voraussichtlich mit 671,7 Mrd. € um 5,2 Mrd. € höher ausfallen als im Mai 2015 geschätzt. Obwohl die Wachstumsannahmen für die wichtigsten, in der Steuerschätzung relevanten gesamtwirtschaftlichen Indikatoren gegenüber der Mai-Steuerschätzung unverändert blieben beziehungsweise marginal abgesenkt wurden, hat der Arbeitskreis

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

"Steuerschätzungen" seine Schätzansätze für das Jahr 2015 insbesondere aufgrund der Entwicklung des Ist-Aufkommens vieler Steuerarten im 1. Quartal bis zum 3. Quartal des Jahres erheblich angehoben. Die Verbindung zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Steuereinnahmenentwicklung ist lediglich mittelbarer Natur. Aus der Ausgestaltung des Steuerrechts - wie z. B. progressive Steuertarife, Zahlungsfristen etc. und dem Handeln der Wirtschaftssubjekte und der Verwaltung resultieren sowohl verstärkende als auch vermindernde Effekte auf das Steueraufkommen der verschiedenen Steuerarten. Zudem ergeben sich mehr oder weniger große zeitliche Verzögerungen, bis die wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Steuereinnahmen wirken.

Bei allen gemeinschaftlichen Steuerarten sind im Jahr 2015 Aufwärtskorrekturen gegenüber der vorangegangenen Schätzung zu verzeichnen. Größere Zuschläge ergaben sich bei den Steuern vom Umsatz, der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge und bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Die Lohnsteuereinnahmen wurden gegenüber der Mai-Schätzung nach oben angepasst, obwohl mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags das Kindergeld rückwirkend zum 1. Januar 2015 angehoben worden war. Da das Kindergeld als Abzugsbetrag vom Lohnsteueraufkommen verbucht wird, ergeben sich somit entsprechende Mindereinnahmen beim Lohnsteueraufkommen. Auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden 2015 per Saldo trotz aus der Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG sowie zu STEKO resultierenden Mindereinnahmen leicht nach oben angepasst. Der Ansatz der Gewerbesteuer blieb unverändert. Die Einnahmen der Bundessteuern wurden gegenüber der Mai-Schätzung nach unten revidiert. Die Minderung der Einnahmenerwartungen bei Energiesteuer, Stromsteuer und Versicherungsteuer überwogen die Erhöhung derselben bei Tabaksteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Solidaritätszuschlag. Auch die Schätzansätze

für die Ländersteuern wurden saldiert um 1,2 Mrd. € nach oben angepasst, wobei dies vor allem auf die Grunderwerbsteuer und die Erbschaftsteuer zurückzuführen ist.

Die EU-Abführungen im Jahr 2015 werden um 1,8 Mrd. € unter dem Ansatz der Mai-Steuerschätzung 2015 liegen und die Mehreinnahmen des Bundes entsprechend erhöhen. Insgesamt werden sich für das Jahr 2015 für den Bund Mehreinnahmen von 1,1 Mrd. € ergeben. Die Länder können wesentlich höhere Zuwächse von 5,1 Mrd. € erwarten. Der Unterschied in der Verteilung der Mehreinnahmen zwischen Bund und Länder ist neben der besseren Entwicklung der Ländersteuern in erheblichem Umfang auch auf die Umverteilung von Umsatzsteueranteilen vom Bund auf die Länder durch das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sowie das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz zurückzuführen. Durch die beiden Gesetze wird ein Betrag von 2,0 Mrd. € Umsatzsteuereinnahmen an die Länder abgegeben werden. Die Gemeinden werden voraussichtlich gegenüber der Mai-Steuerschätzung Mehreinnahmen in Höhe von 0.6 Mrd. € erzielen.

Im Jahr 2016 werden sich insbesondere aufgrund der Erhöhung der Einnahmen im Basisjahr 2015 (sogenannter Basiseffekt) Mehreinnahmen im Verhältnis zur letzten Schätzung (Schätzabweichungen) in Höhe von 6,3 Mrd. € ergeben. Von den Mehreinnahmen werden wie im Jahr zuvor die Länder mit + 3,2 Mrd. € stärker als der Bund (+1,8 Mrd. €) profitieren. Der Schätzansatz für die Gemeinden wurde um 1,0 Mrd. €, der Schätzansatz für die eigenen Einnahmen der EU (Zölle) um 0,3 Mrd. € gegenüber dem Ansatz vom Mai erhöht. Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen vermindern das Aufkommen um 11,5 Mrd. €, sodass das Schätzergebnis der November-Steuerschätzung um 5,2 Mrd. € unter dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung liegt.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen führen zu gravierenden Rückgängen in den Schätzansätzen der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Das Aufkommen der Lohnsteuer erleidet Einbußen durch das Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags in doppelter Hinsicht. Zum einen führen die Erhöhung des Grundfreibetrags, die Verschiebung der Tarifgrenzen sowie die Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und des Kinderfreibetrags zu einer Minderung des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer. Zum anderen steigt durch die weitere Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2016 der aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Betrag des Kindergeldes. Insgesamt liegt der Schätzansatz für die Lohnsteuer damit um 3,2 Mrd. € unter dem Ergebnis vom Mai. Die Einnahmen der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer erleiden durch die Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG sowie zu STEKO, die voraussichtlich überwiegend im Jahr 2016 durchgeführt werden wird, erhebliche Einbußen. Die Schätzansätze für die beiden Steuerarten liegen damit um 2,8 Mrd. € (Körperschaftsteuer) und 2,3 Mrd. € (Gewerbesteuer) unterhalb der Prognose der Mai-Steuerschätzung. Der Herabsetzung der Einnahmenerwartungen bei der veranlagten Einkommensteuer und der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag stehen erhöhte Schätzansätze bei den Steuern vom Umsatz gegenüber. Bei den Bundessteuern, den Ländersteuern und den übrigen Gemeindesteuern wurden die geänderten Einnahmeprognosen für das Jahr 2015 über Basiseffekte grundsätzlich auch in das Jahr 2016 fortgeschrieben.

Im Jahr 2016 liegen die EU-Abführungen aus dem Bundeshaushalt um 2,0 Mrd. € unter den Annahmen vom Mai. Damit verbessert sich das Ergebnis für den Bund entsprechend. Das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbe-

werbern sowie das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz werden im Jahr 2016 mit einem Betrag in Höhe von 3,6 Mrd. € ein noch höheres Volumen der Umverteilung von Umsatzsteuer vom Bund auf die Länder beinhalten als im Jahr 2015. Zusätzlich stellt der Bund den Ländern im Rahmen des Dritten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes 0,7 Mrd. € mehr an Regionalisierungsmitteln zur Verfügung, als noch im Mai unterstellt worden war. Zusammen mit den den Bund anteilig betreffenden Auswirkungen der anderen neu berücksichtigten Steuerrechtsänderungen führt dies dazu, dass der Bund im Jahr 2016 gegenüber dem Schätzansatz vom Mai durch Steuerrechtsänderungen voraussichtlich 8,7 Mrd. € Steuereinnahmen einbüßen wird. Insgesamt prognostiziert der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" für den Bund im Jahr 2016 Steuereinnahmen in Höhe von 288,1 Mrd. €. Dies sind 4,9 Mrd. € weniger als noch im Mai angenommen. Von den Gebietskörperschaften können im Jahr 2016 im Vergleich zum Mai-Ergebnis allein die Länder aufgrund der obengenannten Umverteilung vom Umsatzsteueraufkommen mit höheren Einnahmen rechnen (+ 3,4 Mrd. €). Wie der Bund haben auch die Gemeinden (-1,9 Mrd. €) und die EU (-1,7 Mrd. €) Mindereinnahmen gegenüber dem Mai zu erwarten.

Die im Basisjahr 2015 erhöhten Einnahmenerwartungen wurden ebenso wie ins Jahr 2016 auch in die Jahre 2017 bis 2019 fortgeschrieben. Da die gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Herbstprojektion der Bundesregierung in der Mittelfrist kaum von den Annahmen der Frühjahrsprojektion abweichen, ergaben sich aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch keine großen Impulse für eine weitere Erhöhung der Schätzansätze durch den Arbeitskreis "Steuerschätzungen". Die Schätzabweichung im Jahr 2017 beträgt + 7,3 Mrd. €. Im Jahr 2018 beläuft sie sich auf + 7,9 Mrd. € und im Jahr 2019 vermindert sie sich auf + 7,0 Mrd. €.

Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen mindern die Schätzergebnisse in den

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

drei Jahren um 5,2 Mrd. € (2017), 6,0 Mrd. € (2018) und 6,2 Mrd. € (2019) gegenüber der Mai-Schätzung. Bei der Lohnsteuer und nunmehr auch bei der veranlagten Einkommensteuer führen die Auswirkungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags im gesamten mittelfristigen Zeitraum zu einer Absenkung der Schätzansätze. Die Erwartungen für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurden im Jahr 2017 um 1,6 Mrd. € herabgesetzt. Hierin spiegelt sich zum einen eine grundsätzlich auch in den Jahren 2018 und 2019 um 0,3 Mrd. € herabgesetzte Einnahmeprognose wider. Der größte Teil des Minderungsbetrags geht jedoch auf zu erwartende Aufwendungen aus der Umsetzung des Urteils des Europäischen

Gerichtshofs (EuGh) zu den sogenannten Streubesitzdividenden zurück. Aufgrund von Schwierigkeiten der Steuerpflichtigen bei der Erbringung entsprechender Nachweise verzögert sich teilweise die Rückzahlung der Steuern voraussichtlich bis in das Jahr 2017. Da das Urteil bereits bei einer früheren Schätzung als neue Rechtsänderung berücksichtigt worden war, wurden die Auswirkungen dieser Verschiebung nunmehr in den Schätzabweichungen der betroffenen Jahre erfasst.

Wie bereits in den Jahren 2015 und 2016 werden durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und das Dritte Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes Steuereinnahmen in erheblichem Umfang vom Bund auf die Länder verlagert (2017: 2,0 Mrd. €;

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2015 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2015 – Ebenen Beträge in Mrd. €

			Abwei	chungen			
2015	Ergebnis der Steuerschätzu			davon:		Ergebnis der Steuerschätzung	
	Mai 2015	ng Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2015	
Bund ³	280,3	1,1	-2,8	1,8	2,1	281,4	
Länder ³	262,6	5,1	1,4		3,6	267,7	
Gemeinden ³	91,3	0,6	-0,5		1,1	91,9	
EU	32,3	-1,6	0,0	-1,8	0,2	30,7	
Steuereinnahmen insges	amt 666,5	5,2	-1,8	0,0	7,0	671,7	
	Abweichungen						
2016	Ergebnis der Steuerschätzu			davon:			
	Mai 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Steuerschätzung November 2015	
Bund ³	293,0	-4,9	-8,7	2,0	1,8	288,1	
Länder³	272,0	3,4	0,2		3,2	275,3	
Gemeinden ³	94,8	-1,9	-2,9		1,0	92,9	
EU	31,6	-1,7	0,0	-2,0	0,3	30,0	
Steuereinnahmen insges	amt 691,4	-5,2	-11,5	0,0	6,3	686,2	
	5 1 1 1		Abwei	chungen		Ergebnis der	
2017	Ergebnis der Steuerschätzu			davon:			
	Mai 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Steuerschätzung November 2015	
Bund ³	302,4	-3,2	-5,4	0,2	2,1	299,3	
Länder³	281,5	3,4	-0,1		3,5	284,8	
Gemeinden ³	98,3	1,6	0,3		1,3	99,9	
EU	33,4	1 0,3	0,0	-0,2	0,5	33,7	
Steuereinnahmen insges	amt 715,5	5 2,1	-5,2	0,0	7,3	717,6	

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2015 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2015 – Ebenen Beträge in Mrd. €

	Franksiador		Function des			
2018	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung
	Mai 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2015
Bund ³	314,7	-2,4	-4,9	0,1	2,4	312,3
Länder ³	292,2	3,2	-0,1		3,4	295,4
Gemeinden ³	101,2	0,6	-0,9		1,4	101,7
EU	34,6	0,5	0,0	-0,1	0,6	35,1
Steuereinnahmen insgesamt	742,7	1,9	-6,0	0,0	7,9	744,6
	Familia de a		Familia de a			
2019	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung		
	Mai 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2015
Bund ³	326,3	-2,3	-4,3	0,1	1,9	324,0
Länder ³	302,0	2,1	-0,9		3,0	304,1
Gemeinden ³	104,8	0,4	-0,9		1,3	105,2
EU	35,5	0,7	0,0	-0,1	0,8	36,2
Steuereinnahmen insgesamt	768,7	0,8	-6,2	0,0	7,0	769,5

¹ Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24. Juni 2015 (BGBI. I Nr. 24, S. 974): Artikel 3, Änderung des FAG).

Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015 (BGBI, I Nr. 30, S. 1202)

 $Asylver fahrensbeschle unigungsgesetz vom 20. \ Oktober 2015 \ (BGBI.\ INr.\ 40, S.\ 1722): Artikel\ 8, \ \ddot{A}nderung\ FAG.$ Steueränderungsgesetz 2015

Drittes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.

Brandenburg: Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 23. Juni 2015 (BB GVBI, I Nr. 16, S. 1).

BMF-Schreiben vom 27. Mai 2015 – IV C 4 - \$ 2285/07/0003:006 (Dok 2015/0432662) – zu Unterhaltsleistungen nach § 33a Absatz 1 EStG;

Berücksichtigung von Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Aufenthaltsgesetz (BStBI. I 2015, Nr. 9, S. 474).

Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß § 242a SGB V

Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG und STEKO beim Aktiengewinn (BFH-Urteile vom 25. Juni 2014 – I R 33/09 und vom 30. Juli 2014 - IR 74/12 (§ 40a KAGG)).

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen"

2018: 2,2 Mrd. €; 2019: 1,5 Mrd. €). Zudem werden im Jahr 2017 durch das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern Einnahmen in Höhe von 1 Mrd. € vom Bund an die Gemeinden abgetreten. Dies führt dazu, dass für den Bund in allen drei Jahren geringere Einnahmen ausgewiesen werden als noch im Mai geschätzt (2017: - 3,2 Mrd. €; 2018: - 2,4 Mrd. €; 2019:

- 2,3 Mrd. €). Alle anderen Gebietskörperschaften können gegenüber dem Mai-Ansatz in diesen Jahren höhere Steuereinnahmen erwarten. In der Summe aller Gebietskörperschaften liegt das Ergebnis der November-Steuerschätzung in diesem Zeitraum leicht über dem Ergebnis vom Mai (2017: + 2,1 Mrd.€; 2018: + 1,9 Mrd. €; 2019: + 0,8 Mrd. €).

Das Jahr 2020 war noch nicht Gegenstand der Steuerschätzung im Mai.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2015 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2015 – Einzelsteuern Einzelsteuern

Steuerart	2015	2016	2017	2018	2019
Steuerart		Abweichunger	chungen in Mio. € gegenüber Mai 2015 3 250		
Lohnsteuer	950	- 3 250	- 3 050	- 3 800	- 4550
Veranlagte Einkommensteuer	100	- 550	- 250	- 450	- 450
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	610	- 325	- 1 585	- 330	- 330
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	748	951	1 153	1 202	1 151
Körperschaftsteuer	170	- 2760	810	610	670
Steuern vom Umsatz	1 200	1 400	2 450	2 200	1 700
Gewerbesteuer	0	- 2300	550	450	450
Bundessteuern insgesamt	- 275	- 484	- 343	- 252	- 291
davon					
Energiesteuer	- 650	- 300	- 350	- 350	- 400
Stromsteuer	- 350	- 300	- 300	- 300	- 300
Tabaksteuer	450	80	70	60	70
Versicherungsteuer	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
Solidaritätszuschlag	150	- 200	- 50	0	- 50
Kraftfahrzeugsteuer	250	300	350	400	450
sonstige Bundessteuern	15	16	17	18	19
Ländersteuern insgesamt	1 151	1 432	1 388	1 142	1 098
Gemeindesteuern insgesamt	326	392	458	524	590
Zölle	200	300	500	600	800
Steuereinnahmen insgesamt	5 180	- 5 194	2 081	1 896	838

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

Tabelle 5: Zusammenstellung der Auswirkungen der wichtigsten Steuerrechtsänderungen nach Ebenen in Mio. €

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Gesetz zur Förderung von Investition		er Kommunen und	d zur Entlastung	von Ländern und I	Kommunen bei d	er Aufnahme
und Unterbringung von Asylbewerbe	rn vom 24. Juni					
gesamt	0	0	0	0	0	0
Bund	- 500	- 500	-1 000	0	0	0
Länder	500	500	0	0	0	0
Gemeinden	0	0	1 000	0	0	0
Gesetz zur Anhebung des Grundfreib	etrags, des Kinderi	reibetrags, des Ki	ndergeldes und	des Kinderzuschla	gs vom 16. Juli 20)15
gesamt	-830	-5 470	-5 235	-5 500	-5 585	-5 700
Bund	- 353	-2 473	-2 357	-2 476	-2 521	-2 575
Länder	- 352	-2 213	-2 126	-2 232	-2 263	-2 307
Gemeinden	- 125	- 784	- 752	- 792	- 801	-818
Asylverfahrensbeschleunigungsgeset	z					
gesamt	0	0	0	0	0	0
Bund	-1 500	-3 137	-1 124	-1 220	- 350	- 350
Länder	1 500	3 137	1 124	1 220	350	350
Gemeinden	0	0	0	0	0	0
Umsetzung der Rechtsprechung zu §	40a KAGG und STE	KO				
gesamt	-1 008	-5 622	515	90	0	0
Bund	- 309	-1 713	154	29	0	0
Länder	- 333	-1 859	161	28	0	0
Gemeinden	-366	-2 050	200	33	0	0
Anhebung des durchschnittlichen Zu	satzbeitrags der g	esetzlichen Krank	enversicherung			
gesamt	0	- 385	- 510	- 540	- 560	- 590
Bund	0	- 175	-231	- 247	- 255	- 268
Länder	0	- 155	- 206	-217	- 226	- 238
Gemeinden	0	- 55	- 73	- 76	- 79	-84
Drittes Gesetz zur Änderung des Reg	ionalisierungsgese	tzes				
gesamt	0	0	0	0	0	0
Bund	- 109	- 701	- 845	- 992	-1 141	-1 293
Länder	109	701	845	992	1 141	1 293
Gemeinden	0	0	0	0	0	0
Übrige Rechtsänderungen						
gesamt	11	22	- 13	- 23	- 13	7
Bund	- 6	-24	-37	-38	-36	-30
Länder	20	71	63	63	66	70
Gemeinden	-2	-26	-40	- 49	- 44	-34
Rechtsänderungen insgesamt		20	10	13		34
gesamt	-1 827	-11 455	-5 243	-5 973	-6 158	-6 283
Bund	-2 778	-8 723	-5 440	-4 943	-4 303	-4 516
Länder	1 444	183	- 138	- 146	- 932	- 832
Gemeinden	- 493	-2 915	335	- 884	- 924	- 936

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015

4 Fazit

Im Ergebnis der Steuerschätzung spiegelt sich die nach wie vor gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider. Diese zeigt sich in einer weiter ansteigenden Inlandsnachfrage und einem hohen Beschäftigungsniveau. Die Löhne steigen ebenso wie die Gewinne der Unternehmen. Bund, Länder und Gemeinden können damit weiterhin mit jährlich ansteigenden Steuereinnahmen rechnen. Der Staat ist damit solide finanziert und handlungsfähig.

Allerdings dämpfen Steuerentlastungen und die Auswirkung höchstrichterlicher Rechtsprechung den Anstieg der Steuereinnahmen. Dies wird insbesondere das Jahr 2016 betreffen. In diesem Jahr wird dies zu geringeren Einnahmen führen als noch in der Steuerschätzung vom Mai 2015 erwartet. In allen

anderen Jahren erwartet der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung.

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags werden die Steuerzahler, insbesondere die Arbeitnehmer und die Familien, um jährlich 5,5 Mrd. € entlastet werden. Die kalte Progression wird durch eine Rechtsverschiebung des Tarifs abgebaut werden.

Der Bund unterstützt mit dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sowie dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz die Länder und Gemeinden massiv bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme und wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

Ergebnisse der Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie der Steuerfahndung

- Auf der Grundlage der Meldungen aller Bundesländer erstellt das BMF jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten sowie über die Ergebnisse der Steuerfahndung.
- Im Berichtszeitraum wurden in den Bußgeld- und Strafsachenstellen der Finanzämter bundesweit insgesamt fast 90 000 Strafverfahren wegen Steuerstraftaten bearbeitet. Zudem wurden bundesweit rund 4 300 Bußgeldverfahren abgeschlossen und Bußgelder in einer Gesamthöhe von über 12,5 Mio. € festgesetzt.
- Im selben Zeitraum erledigte die Steuerfahndung bundesweit insgesamt 40 241 Fälle. Dabei sind Mehrsteuern in Höhe von rund 2,5 Mrd. € festgestellt und Freiheitsstrafen im Gesamtumfang von 1698 Jahren verhängt worden.
- Angesichts einer Vielzahl von Ansatzpunkten von betrügerischen Aktivitäten und Hinterziehungsstrategien sind die Bußgeld- und Strafsachenstellen und die Steuerfahndung wichtige Instrumente, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

1	Definition von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	20
2	Arbeitsergebnisse der Bußgeld- und Strafsachenstellen	21
2.1	Tätigkeitsgebiet der Bußgeld- und Strafsachenstelle	21
2.2	Verfolgung der Steuerstraftaten	21
2.3		
3	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2014	24
3.1	Tätigkeitsgebiet der Steuerfahndung	24
3.2	Anzahl der Ermittlungsfälle	
3.3	Festgestellte Mehrsteuern	25
3 4	Finleitung und Abschluss von Strafverfahren	27

1 Definition von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten

Zu den in der Statistik erfassten Steuerstraftaten und diesen gleichgestellten Straftaten gehören die Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung (AO) und die versuchte Steuerhinterziehung genauso wie z. B. die gewerbs- und bandenmäßige Schädigung

des Umsatzsteueraufkommens nach § 26c des Umsatzsteuergesetzes (UStG). Diese Taten werden in der Regel mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet.

Steuerordnungswidrigkeiten sind demgegenüber Zuwiderhandlungen, die nach den Steuergesetzen mit einer Geldbuße geahndet werden können, wie z.B. die leichtfertige Steuerverkürzung nach § 378 AO oder die Gefährdung von Abzugsteuern nach § 380 AO.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuer-ordnungswidrigkeiten im Jahr 2014 dargestellt. In den Statistiken werden die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern erfasst. Nicht berücksichtigt sind die Verbrauch-und Gemeindesteuern.

2 Arbeitsergebnisse der Bußgeld- und Strafsachenstellen

2.1 Tätigkeitsgebiet der Bußgeld- und Strafsachenstelle

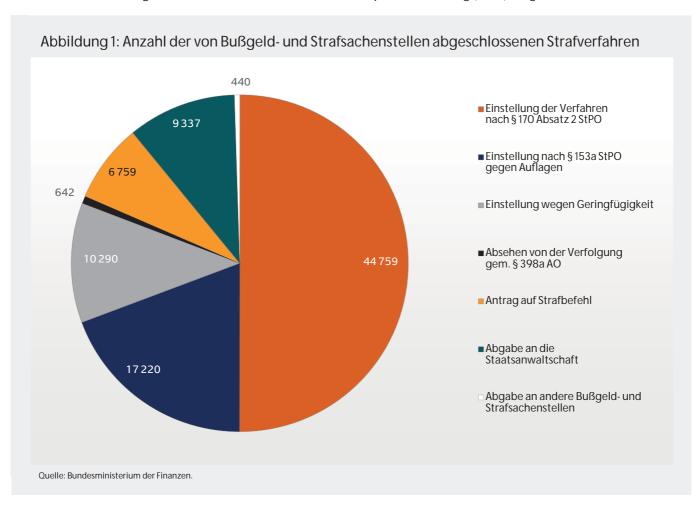
Soweit nicht die Staatsanwaltschaft zuständig ist, obliegt die Ermittlung und Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten den Bußgeld- und Strafsachenstellen der

(Landes-)Finanzämter. Sie entscheiden über die Einleitung oder auch über Einstellung eines Steuerstraf- oder Bußgeldverfahrens, können Strafbefehle beantragen, die Strafsache gegebenenfalls an die zuständige Staatsanwaltschaft abgeben und erlassen auch Bußgeldbescheide.

2.2 Verfolgung der Steuerstraftaten

Im Jahr 2014 wurden von den Bußgeld- und Strafsachenstellen der (Landes-)Finanzämter bundesweit insgesamt 89 447 Strafverfahren abgeschlossen. Abbildung 1 stellt anhand der Anzahl der Verfahren dar, mit welchen Ergebnissen die Strafverfahren von den Bußgeld- und Strafsachenstellen abgeschlossen wurden.

Unter den 44 759 nach § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellten Steuer-



Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

strafverfahren sind 28 782 Verfahren, die nach Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung mit einem hinterzogenen Betrag unter 50 000 € eingestellt wurden. In weiteren 642 Fällen von Selbstanzeigen mit einer Hinterziehungssumme von mehr als 50 000 € wurde gemäß § 398a AO von der Strafverfolgung abgesehen, und zwar gegen Zahlung eines Geldbetrags an die Staatskasse in Höhe von 5 % der hinterzogenen Steuer (insgesamt circa 8,25 Mio. €) – zusätzlich zur Nachentrichtung der Steuern. Die Einstellungen der Steuerstrafverfahren bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen nach § 153a StPO waren mit Geldauflagen in Höhe von 50,3 Mio. € verbunden.

Von den Staatsanwaltschaften und Gerichten wurden im gleichen Zeitraum 15 193 Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen. Abbildung 2 zeigt anhand der Anzahl der Verfahren, mit welchen Ergebnissen diese Strafverfahren abgeschlossen wurden.

Die Einstellungen der Steuerstrafverfahren nach § 153a StPO durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte waren mit Geldauflagen von circa 33,7 Mio. € verbunden. In 434 Fällen der Selbstanzeige mit einem hinterzogenen Betrag von jeweils mehr als 50 000 € wurde gemäß § 398a AO gegen zusätzliche Zahlung eines Geldbetrags in Höhe von insgesamt circa 2,68 Mio. € von der Strafverfolgung abgesehen.

Im Jahr 2014 ergingen 7 786 Urteile und Strafbefehle wegen Steuerhinterziehung nach § 370 AO. Dem Strafmaß von insgesamt circa 2 214 Jahren Freiheitsstrafe und 45,3 Mio. € Geldstrafe lagen 1 017 Mrd. € hinterzogene Steuern zugrunde.

Abbildung 2: Anzahl der von Staatsanwaltschaften und Gerichten abgeschlossenen Strafverfahren 92 Sonstige Einstellungen ■ Einstellungen nach § 153a StPO gegen Auflagen 5500 Absehen von der Verfolgung gemäß§398a AO Strafbefehle 5 946 ■ Urteil mit Straf-bzw. Bußgeldfestsetzung 1 5 9 6 ■ Freispruch 434 Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

2.3 Verfolgung der Steuerordnungswidrigkeiten

Neben den als Steuerstraftaten qualifizierten Delikten haben die Bußgeld- und Strafsachenstellen im Berichtszeitraum bundesweit insgesamt 4 282 Bußgeldverfahren abgeschlossen. Im Ergebnis wurden 2 833 Bußgeldbescheide vom Finanzamt erlassen. In weiteren 35 Fällen wurden Geldbußen durch die Gerichte festgesetzt.

Bußgelder werden insbesondere wegen leichtfertiger Steuerverkürzung (§ 378 AO), Steuergefährdung (§ 379 AO), Gefährdung der Abzugsteuern (§ 380 AO), Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26b UStG) sowie wegen Verstößen gegen das Steuerberatungsgesetz (StBerG) und das Gesetz über

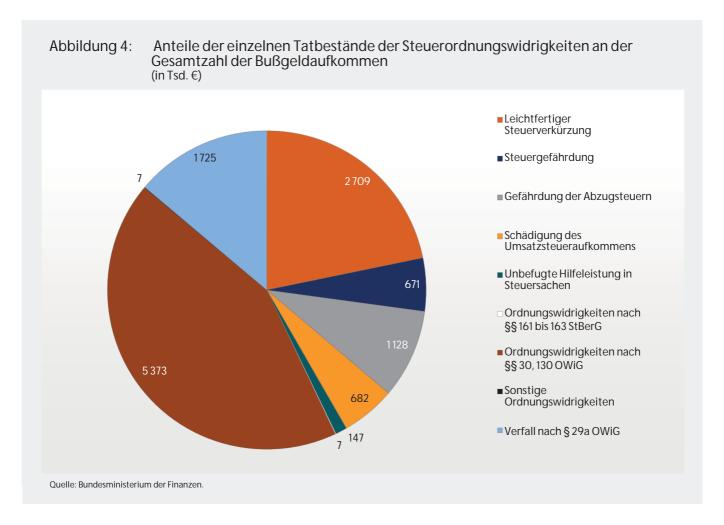
Ordnungswidrigkeiten (OWiG) festgesetzt. Abbildung 3 stellt für den Berichtszeitraum die Anzahl der rechtskräftig gewordenen Bußgeldbescheide bezogen auf einzelne Tatbestände der Steuerordnungswidrigkeiten dar.

Abbildung 4 zeigt die Anteile der einzelnen Tatbestände der Steuerordnungswidrigkeiten am gesamten Bußgeldaufkommen in Tausend €.

Den in Abbildung 4 dargestellten Bußgeldverfahren wegen leichtfertiger Steuerverkürzung lagen verkürzte Steuerbeträge in Höhe von insgesamt 15,9 Mio. € zugrunde. Die Verfahren wegen Schädigung des Umsatzsteueraufkommens basierten auf nicht oder nicht vollständig entrichteter Umsatzsteuer in Höhe von 50.7 Mio. €.

Anzahl der rechtskräftig gewordenen Bußgeldbescheide bezogen auf Abbildung 3: einzelne Tatbestände der Steuerordnungswidrigkeiten 13 Leichtfertige 144 Steuerverkürzung 277 Steuergefährdung ■ Gefährdung der Abzugsteuern Schädigung des Umsatzsteueraufkommens 503 ■ Unbefugte Hilfeleistung in Steuersachen Ordnungswidrigkeiten nach §§ 161 bis 163 StBerG 877 Ordnungswidrigkeiten nach §§ 30, 130 OWiG ■ Sonstige Ordnungswidrigkeiten ■ Verfall nach § 29a OWiG Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014



3 Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2014

3.1 Tätigkeitsgebiet der Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen steuerlichen Pflichten – also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern – in dem Umfang wie gesetzlich vorgeschrieben nach. Hat der Steuerpflichtige gegenüber der Finanzverwaltung vorsätzlich unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, sodass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftat definierten Fällen wird die Steuerfahndung tätig. Dabei

handelt es sich um mit besonderen Befugnissen ausgestattete Beschäftigte der Finanzbehörden.

Entsprechend der Verwaltungszuständigkeit sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten beziehungsweise Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet.

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für das Jahr 2014 vorgestellt. Darin nicht enthalten sind die speziellen Verbrauchsteuern, die

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

Einfuhrumsatzsteuer und steuerliche Nebenleistungen wie z.B. Kosten und Zinsen. Mehrergebnisse aufgrund von Selbstanzeigen sind in der Statistik ebenfalls nicht erfasst.

3.2 Anzahl der Ermittlungsfälle

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den vergangenen Jahren in hohem Maße auch mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Amts- und Rechtshilfeersuchen werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen, wie z. B. die Beschaffung von Beweismitteln für die ersuchende Behörde, vornehmen zu lassen. In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Zahl der Fälle seit 2005 dargestellt, in denen von der Steuerfahndung Ermittlungen vorgenommen wurden.

3.3 Festgestellte Mehrsteuern

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten Ermittlungsergebnisse der Strafzumessung zugrunde gelegt. Die Tabelle 2 weist für die Jahre 2005 bis 2013 als "bestandskräftige Mehrsteuern" sämtliche Ergebnisse der Steuerfahndung aus, die in die Steuerfestsetzung eingegangen sind, unabhängig davon, ob sie auch in die Strafzumessung eingegangen sind. Ab dem Jahr 2014 werden anstelle der "bestandskräftigen Mehrsteuern" die "vorläufig festgestellten Mehrsteuern" statistisch erfasst. Die Erfassung der

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

	Erledigte Fälle insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr in%	Durchgeführte Fahndungs- prüfungen	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erledigte Amts- und Rechtshilfe- ersuchen	Veränderung gegenüber Vorjahr in%
2005	36 195	- 3,1	27 796	- 4,1	8 399	0,0
2006	35 666	- 1,5	27 070	- 2,6	8 596	2,3
2007	36 309	1,8	27 450	1,4	8 859	3,1
2008	31 537	- 13,1	23 909	- 12,9	7 628	- 13,9
2009	31 878	1,1	23 674	- 1,0	8 204	7,6
2010	34186	7,2	26 665	12,6	7 521	- 8,3
2011	35 592	4,1	27 695	3,9	7 897	5,0
2012	31 655	- 11,1	23 803	- 14,1	7 852	- 0,6
2013	34183	8,0	24 675	3,7	9 508	21,1
2014	40 241	17,7	30 024	21,7	10217	7,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

vorläufigen Ergebnisse ermöglicht eine periodengerechte Betrachtungsweise in Bezug auf die im Jahr abgeschlossenen Fahndungsprüfungen. Ein Ausweis der Änderung gegenüber dem Vorjahr ist deshalb für das Jahr 2014 allerdings nicht möglich (s. a. Tabelle 2 und Tabelle 3).

Statistisch belastbare Erkenntnisse lassen sich aus der Verknüpfung der beiden statistischen Informationen zu Fallzahl (vergleiche Tabelle 1) und Mehrsteuern (vergleiche Tabelle 2) allerdings nicht herleiten. Die Ursachen für die Entwicklung der Ergebnisse können in beiden Gruppen unterschiedlicher Natur sein und müssen daher nicht in Verbindung zueinander

stehen. Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahlen kann z. B. der Charakter der Steuerstraftaten als Offizialdelikt haben: Die Steuerfahndung ist von Amts wegen verpflichtet, jedem Verdacht ohne Rücksicht auf das zu erwartende Mehrergebnis nachzugehen. Bedeutsame Fahndungsfälle können zu starken Schwankungen des Mehrergebnisses einzelner Jahre führen.

Das Mehrergebnis wird seit Jahren von den drei Steuerarten Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bestimmt (im Jahr 2014 zusammen 77 %). Abbildung 5 verdeutlicht den Anteil der Steuerarten an den Mehrergebnissen der Steuerfahndung.

Tabelle 2: Festgestellte Mehrsteuern (bis 2013 bestandskräftige Mehrsteuern)

	Vorläufig festgestellte Mehrsteuern (bis 2013 bestandskräftige Mehrsteuern)				
	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %			
2005	1 658,0	2,8			
2006	1 433,6	- 13,5			
2007	1 603,8	11,9			
2008	1 474,5	- 8,1			
2009	1 565,8	6,2			
2010	1 745,7	11,5			
2011	2 228,6	27,7			
2012	3 079,6	38,2			
2013	2 051,2	- 33,4			
2014	2 451,2	х			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3: Festgestellte Mehrsteuern nach Steuerarten¹

	2005		2	2006		2007		2008		2009	
	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	
	WIIO. C	in%	Willo. C	in%	Wild. C	in %	Wilo. C	in%		in %	
Umsatzsteuer	591,2	9,7	558,4	- 5,5	574,5	2,9	513,6	- 10,6	624,7	21,6	
Einkommensteuer	669,8	1,9	496,9	- 25,8	543,5	9,4	485,9	- 10,6	468,4	- 3,6	
Körperschaftsteuer	115,6	24,4	92,0	- 20,4	148,6	61,6	106,8	- 28,1	138,9	30,0	
Lohnsteuer	68,6	1,2	62,8	- 8,5	55,3	- 11,8	63,2	14,2	68,2	7,9	
Gewerbesteuer	66,8	- 10,6	75,8	13,5	147,7	94,8	107,8	- 27,0	123,2	14,3	
Vermögensteuer ²	45,9	15,9	14,6	- 68,3	11,1	- 23,9	6,5	- 41,0	10,8	65,2	
Sonstige Steuern	100,3	- 29,5	133,2	32,8	123,1	- 7,6	190,8	54,9	131,6	- 31,0	
Gesamt	1 658,0	2,8	1 433,6	- 13,5	1 603,8	11,9	1 474,5	- 8,1	1 565,8	6,2	

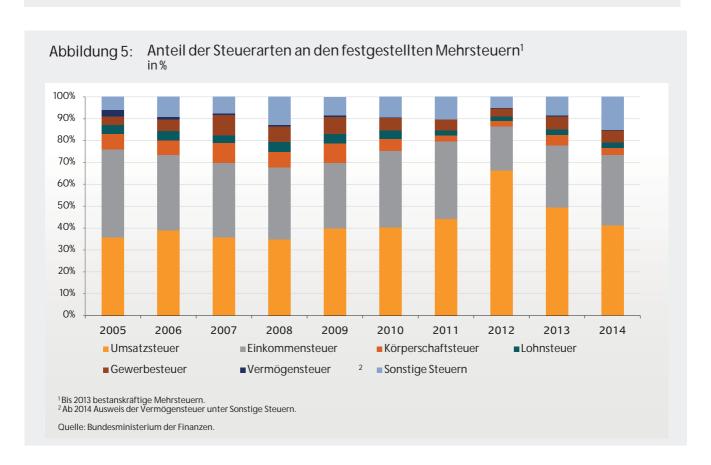
Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

noch Tabelle 3: Festgestellte Mehrsteuern nach Steuerarten¹

	2010		2011		2012		2013		2014 ²	
	Mio. €	Veränderung	ng Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung	Mio. €	Veränderung
		in%		in %		in %		in%		in%
Umsatzsteuer	702,3	12,4	984,0	40,1	2 047,6	108,1	984,0	- 50,5	1011,1	Х
Einkommensteuer	613,8	31,0	790,8	28,8	620,4	- 21,5	790,8	- 6,5	791,8	Х
Körperschaftsteuer	93,1	- 33,0	63,9	- 31,4	73,2	14,7	63,9	41,1	73,4	Х
Lohnsteuer	69,2	1,5	51,1	- 26,2	59,6	16,7	51,1	- 18,0	66,0	Х
Gewerbesteuer	98,6	- 20,0	108,0	9,5	118,0	9,3	108,0	3,2	134,9	Х
Vermögensteuer ³	2,8	- 73,9	1,6	- 44,1	1,4	- 8,8	1,6	447,5	0,0	Х
Sonstige Steuern	165,9	26,1	229,4	38,3	159,3	- 30,5	229,4	10,4	374,0	Х
Gesamt	1 745,7	11,5	2 228,6	27,7	3 079,6	38,2	2 051,1	- 33,4	2 451,1	Х

¹Bis 2013 bestandskräftige Mehrsteuern.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



3.4 Einleitung und Abschluss von Strafverfahren

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2014 zur Einleitung von 16 759 Strafverfahren (2013: 19 2011 Strafverfahren). Im Ergebnis der in den jeweiligen Jahren abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund von Ermittlungen der Steuerfahndung haben die Gerichte sowohl Freiheitsstrafen als auch Geldstrafen verhängt.

 $^{^2\,}Ab\,2014\,lediglich\,festgestellte\,Mehrsteuern, daher ist\,\,Vergleich\,zum\,Vorjahr\,nicht\,aussagekr\"{a}ftig.$

³ Ab 2014 Ausweis der Vermögensteuer unter Sonstige Steuern.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014

Die Summe der bundesweit verhängten Freiheitsstrafen ist in Tabelle 4 ersichtlich.

In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von der Erhebung der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a StPO). Leichtfertige Verstöße gegen die Steuergesetze werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 5 und Abbildung 6 dargestellt.

Die Veränderungsraten können durch die Abschlüsse von sich oft über mehrere Jahre erstreckenden Großverfahren beeinflusst worden sein. Insofern lässt allein dieses Zahlenmaterial keine Rückschlüsse auf Veränderungen bei der Steuerehrlichkeit und der Sanktionierung von aufgedeckten Steuerdelikten zu.

Tabelle 4: Freiheitsstrafen

	in Jahren	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
2005	1569	- 3,4			
2006	2 226	41,9			
2007	1794	- 19,4			
2008	1515	- 15,6			
2009	1794	18,4			
2010	1585	- 11,6			
2011	1684	6,2			
2012	1937	15,1			
2013	1866	- 3,7			
2014	1698	- 9,0			

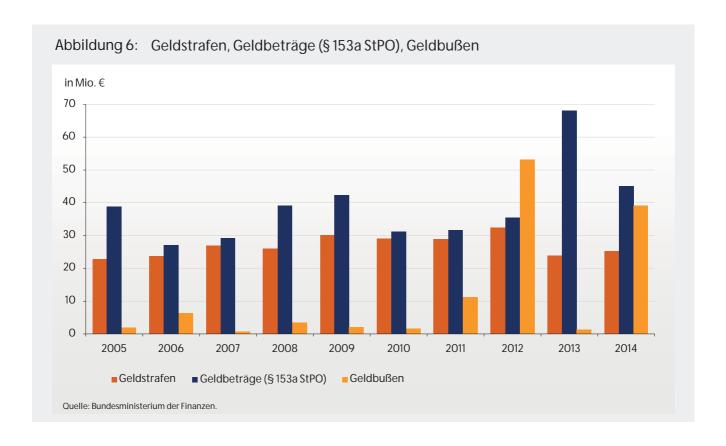
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO), Geldbußen

	Geldstrafen		Geldbeträge	(§ 153a StPO)	Geldbußen		
Jahr	in Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
2005	22,8	- 25,9%	38,8	- 8,1%	1,9	- 48,6%	
2006	23,7	4,0%	27,1	- 30,2%	6,4	230,8%	
2007	26,9	13,4%	29,3	8,0%	0,6	- 90,0%	
2008	25,9	- 3,4%	39,1	33,6%	3,4	427,2%	
2009	30,1	16,0%	42,3	8,2%	2,1	- 38,2%	
2010	29,1	- 3,5%	31,3	- 26,1%	1,7	- 20,0%	
2011	28,9	- 0,7%	31,7	1,5%	11,3	574,6%	
2012	32,5	12,5%	35,5	11,9%	53,1	369,5%	
2013	23,9	- 26,4%	68,1	91,8%	1,3	- 97,5%	
2014	25,3	5,7%	45,0	- 34,0%	39,2	2 839,7%	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ver folgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2014



Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

- Das Europäische Semester verknüpft die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa und befördert damit die Integration dieser Politikbereiche.
- Das diesjährige Europäische Semester wurde zur Jahresmitte 2015 abgeschlossen. Die länderspezifischen Empfehlungen an die nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik wurden nur teilweise umgesetzt. Weitere Anstrengungen durch die Mitgliedsländer sind daher notwendig.
- Das Europäische Semester wird fortlaufend weiterentwickelt, auch im Lichte von Impulsen der Bundesregierung für eine stärkere Fokussierung und eine bessere Umsetzung der Handlungsempfehlungen an die Mitgliedstaaten.

1	Einleitung	30
1.1	Genereller Ablauf des Europäischen Semesters	
1.2	Stand der Fortentwicklung des Europäischen Semesters	32
2	Umsetzung des Europäischen Semesters 2015	34
2.1	Spezifischer Ablauf	34
2.2	Stand der Konsolidierung der Staatsfinanzen in EU und Euroraum in den Stabilitäts- und	
	Konvergenzprogrammen (SKP)	35
2.3	Das Paket der Kommission zum Europäischen Semester 2015	36
2	Engit	20

1 Einleitung

Für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und des gemeinsamen Währungsraums ist eine stärkere Verzahnung der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Euroraum, aber auch in der Europäischen Union (EU) erforderlich. Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Rat auch im Juni 2010 das Europäische Semester beschlossen, um die finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Koordinierung zusammenzuführen und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen in den Mitgliedstaaten beizutragen. Das Europäische Semester wurde erstmals im Jahr 2011 durchgeführt und findet seitdem jährlich statt.

Mit der regelmäßigen Beobachtung im Europäischen Semester sollen wirtschaftliche, haushalts- beziehungsweise finanzpolitische und beschäftigungspolitische Herausforderungen für die EU-Mitgliedstaaten und den Euroraum identifiziert werden, Fortschritte werden bewertet und sich abzeichnende Probleme frühzeitig benannt. Darauf aufbauend werden länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen, die den Mitgliedstaaten Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und wachstumsorientierte Politik geben.

1.1 Genereller Ablauf des Europäischen Semesters

Der Zyklus des Europäischen Semesters beginnt stets mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der EU-Kommission im November und endet sechs Monate später im Juli mit der Annahme von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten durch den Rat. Die Phasen im Einzelnen:

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

Im Jahreswachstumsbericht benennt die EU-Kommission die wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der EU und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu deren Bewältigung. Gestützt auf den Jahreswachstumsbericht formuliert der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung horizontale politische Leitlinien. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Leitlinien bei der Ausarbeitung ihrer mittelfristigen Haushaltsstrategien im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKP) und bei der Erstellung ihrer Nationalen Reformprogramme (NRP) als Orientierung zu nutzen und zu berücksichtigen. Die nationalen Parlamente werden dazu in den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße eingebunden. Beide nationalen Programme, SKP und NRP, werden der EU-Kommission bis Ende April übermittelt. In den NRP legen die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen vor und legen insbesondere die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahres dar. In den SKP legen die Mitgliedstaaten ihre öffentliche Haushaltsplanung für die nächsten drei Jahre vor.

Dem Jahreswachstumsbericht ist der Warnmechanismusbericht beigefügt, der als Frühwarnsystem mögliche makroökonomische Ungleichgewichte in Mitgliedstaaten behandelt. Mitgliedstaaten, bei denen die EU-Kommission im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens eine eingehende Untersuchung durchgeführt hat, haben außerdem im NRP die Gelegenheit, zu den Ergebnissen der EU-Kommission Stellung zu nehmen.

Die EU-Kommission erstellt die Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen. Sie umfassen die vorbeugenden Komponenten des Defizitverfahrens und des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und berücksichtigen eine aktuelle Länderanalyse der EU-Kommission (Länderberichte) sowie die SKP und NRP. Die länderspezifischen Empfehlungen sollen eine Hilfestellung der Gemeinschaft an die nationale Politik darstellen.

Im Juni beraten der Rat "Wirtschaft und Finanzen" (ECOFIN) und der Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" (EPSCO) abschließend die länderspezifischen Empfehlungen und stimmen über Änderungen gegenüber den Vorschlägen der EU-Kommission ab, bevor sie Ende Juni vom Europäischen Rat gebilligt und Anfang Juli vom ECOFIN-Rat endgültig angenommen werden. Damit endet das Europäische Semester.

Die Mitgliedstaaten sollen den Empfehlungen bei ihren anstehenden nationalen

Exkurs

Das Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte hat zum Ziel, Mitgliedstaaten zu identifizieren, die durch bestehende oder drohende makroökonomische Ungleichgewichte die Stabilität der eigenen Wirtschaft, des Euroraums und der EU als Ganzes gefährden oder gefährden könnten. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte können etwa aus einer überhitzten Binnenkonjunktur, wachsenden gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumina und steigenden Häuserpreisen resultieren. Ein Mitgliedstaat, bei dem das Frühwarnsystem des Verfahrens anschlägt, wird einer eingehenden Untersuchung unterzogen (präventiver Arm). Besteht oder droht ein schädliches Ungleichgewicht, erhält der betreffende Mitgliedstaat Empfehlungen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Bei besonders schweren Ungleichgewichten mit negativen Auswirkungen auf andere Länder und auf die EU als Ganzes kann der Mitgliedstaat verpflichtet werden, die Ungleichgewichte durch geeignete Abhilfemaßnahmen zu korrigieren (korrektiver Arm).

Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

Entscheidungen über Haushalt, Strukturreformen und beschäftigungspolitische Maßnahmen Rechnung tragen. Sie sind gehalten, die Empfehlungen innerhalb eines Zeitraums von zwölf bis 18 Monaten umzusetzen. Der Rat und die EU-Kommission werden die Umsetzung genau prüfen und am Anfang des Folgejahres eine Bewertung vornehmen.

1.2 Stand der Fortentwicklung des Europäischen Semesters

Die Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel haben im Oktober 2014 in einem gemeinsamen Schreiben Reformen des Europäischen Semesters angestoßen.
Darin wurden u. a. gefordert: präzisere länderspezifische Empfehlungen, eine striktere Überwachung ihrer Umsetzung, mehr horizontale Debatten zu den länderspezifischen Empfehlungen im ECOFIN-Rat und ein besserer Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission, auch in den Hauptstädten.

Die EU-Kommission hat diese Punkte im aktuellen Europäischen Semester teilweise aufgegriffen, indem Abläufe entzerrt und die länderspezifischen Empfehlungen früher veröffentlicht wurden. Dies gibt dem Rat mehr Zeit, sich mit den länderspezifischen Empfehlungen genauer zu befassen und stärkt die multilaterale Überwachung. Die länderspezifischen Empfehlungen fallen zudem nun deutlich fokussierter aus. Die Länderberichte der EU-Kommission haben eine höhere Qualität und enthalten eine bessere Einschätzung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Es gibt erste Ansätze für horizontale ECOFIN-Befassungen und für einen besseren Dialog mit Mitgliedstaaten und der EU-Kommission in den Hauptstädten. Allerdings hat der gestraffte und nach vorn gezogene Zeitplan dazu geführt, dass die Rolle des NRP nun unklar bleibt.

Auch der Deutsche Bundestag unterstreicht mit seinem Beschluss vom 11. Juni 2015 die

Zielsetzung, das Europäische Semester weiter zu stärken, besser umzusetzen und weiterzuentwickeln. Das BMF hat in Abstimmung mit den relevanten Ressorts ein neues Positionspapier entwickelt und dieses am 15. Oktober 2015 an die EU-Kommission übermittelt. Es umfasst folgende Schwerpunkte:

- Weitere Straffung des Prozesses sowie der NRP
- Stärkung der Reform-Implementierung (einschließlich einer engeren Verknüpfung zwischen den länderspezifischen Empfehlungen und dem EU-Budget).
- Bilaterale Konsultationen auf politischer und fachlicher Experten-Ebene.
- Stärkere Schwerpunktsetzung bei den länderspezifischen Empfehlungen – einschließlich von Fristen, wo angemessen.
- Breitere horizontale Debatte im Rat.
- Effektive und transparente Implementierung des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens.

Die EU-Kommission hat in ihrer Mitteilung vom 21. Oktober 2015 zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eigene Schwerpunkte gesetzt und dabei auch Anregungen aus dem Positionspapier der Bundesregierung berücksichtigt.

Fortführung der Reform des Europäischen Semesters

Die EU-Kommission beschreibt die diesjährig umgesetzten Reformansätze (insbesondere die Straffung) und möchte diese weiterentwickeln. Sie möchte dabei die Ebene des Euroraums und die Ebene der Mitgliedstaaten stärker integrieren und einen stärkeren Fokus auf Beschäftigung und "soziale Performance" setzen. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament sollen aufbauend auf

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

den bestehenden Verfahren stärker beteiligt werden.

Die Weiterentwicklung ist grundsätzlich positiv zu bewerten, allerdings bleibt die Rolle der NRP in einem gestrafften Semester weiterhin unklar. Auch die vorangestellte Euroraumdebatte erfordert mehr Klarheit; keinesfalls darf diese die wirtschaftspolitische Überwachung auf Ebene der Mitgliedstaaten vorab festlegen. Es darf keine entsprechende Hierarchie geben. Wesentliche Voraussetzung wirtschaftlicher Integration ist insbesondere die Umsetzung struktureller Reformen auf Ebene der Mitgliedstaaten.

Makroökonomisches Ungleichgewichteverfahren (MIP)

Die EU-Kommission möchte das MIP transparenter machen (u. a. mit einem Kompendium) und die MIP-Kategorien nicht noch weiter ausdehnen. Zudem möchte sie die soziale Dimension des MIP mit der Erweiterung ihres bisherigen Sets an Indikatoren, dem sogenannten Scoreboard, um drei Indikatoren stärken. Der korrektive Arm, d. h. die Endstufe des Verfahrens, in der auch Sanktionen verhängt werden können, soll – wo angemessen – gezogen werden.

Die geplante Vereinfachung ist positiv zu bewerten und nun in die Praxis umzusetzen. Allerdings ist die Berücksichtigung weiterer Indikatoren nicht zielführend, da sie den Fokus des Verfahrens verwässert.

Benchmarking von Politikfortschritten

Die EU-Kommission möchte Reformentwicklungen in den Mitgliedstaaten auf Basis einzelner Maßstäbe (Benchmarks) bewerten, wobei eine ergänzende Bewertung lediglich durch eine ökonomische Analyse erfolgen soll.

Die Verwendung von Benchmarks kann aufschlussreich sein, allerdings kann ein Sachver-

halt nicht nur mit einem einzigen Benchmark hinreichend dargestellt werden. Um die Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten hinreichend klar erfassen zu können, muss der verwendete Benchmark mit einem umfassenden Ansatz von Indikatoren und länderspezifischen Informationen eingerahmt werden.

Stärkere Unterstützung von Reformen durch Strukturfonds

Die EU-Kommission will die Strukturfonds besser nutzen, um die länderspezifischen Empfehlungen zu unterstützen. Sie kündigt an, die hierfür bestehenden Instrumente bis 2017 zu bewerten. Zudem will die EU-Kommission die Länder bei der Umsetzung von Reformen technisch unterstützen. Dies wird die Rolle des neuen Structural Reform Support Service sein.

Empfehlung zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsfähigkeitsräte

Die EU-Kommission schlägt nationale Wettbewerbsräte vor, die die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes laufend beobachten, bewerten und steuern und schließlich auch im Rahmen des Europäischen Semesters zu länderspezifischen Empfehlungen führen sollen. Es wird den Mitgliedstaaten überlassen, solche Wettbewerbsräte selbst - zusätzlich zu bestehenden Institutionen – einzurichten beziehungsweise bestehende Institutionen gegebenenfalls anzupassen oder mit den von der EU-Kommission definierten Aufgaben zu betrauen. In den Lohnfindungsprozess soll nicht eingegriffen werden. Die Wettbewerbsräte sollen innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung der Empfehlung im Rat eingesetzt werden.

Wesentliche Voraussetzung für eine positive Rolle dieser Räte ist deren Unabhängigkeit. Allerdings dürfte insbesondere die vorgesehene Koordinierung der nationalen Wettbewerbsräte der EU-Kommission erhebliche Einflussmöglichkeiten bieten.

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

2 Umsetzung des Europäischen Semesters 2015

2.1 Spezifischer Ablauf

Die EU-Kommission hat mit der Vorlage ihres Jahreswachstumsberichts am 18. November 2014 das Europäische Semester 2015 eingeläutet. In dem Bericht legte die neue EU-Kommission ihre Strategie für Wachstum und Beschäftigung dar, die auf drei Säulen ruht: Investitionsimpulse (z. B. angeregt durch das Investitionsprogramm der EU-Kommission), energische Wiederaufnahme der Strukturreformen und verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

Am 26. Februar 2015 veröffentlichte die EU-Kommission eine Reihe von Länderberichten mit Analysen der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Die Berichte umfassen auch die Ergebnisse der eingehenden Überprüfung der 16 Länder, in denen im November makroökonomische Ungleichgewichte festgestellt worden waren.

Der Europäische Rat hat auf seiner Frühjahrstagung am 19. und 20. März 2015 einen Gedankenaustausch über die Wirtschaftslage in Europa und über die Umsetzung zentraler Strukturreformen durch die Mitgliedstaaten geführt. Er hat schließlich die drei wesentlichen Säulen des Jahreswachstumsberichts (Investitionen, Strukturreformen und wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung) auf der Grundlage der Beratungen im Rat der EU als politische Leitlinien für die gesamte EU und den Euroraum gebilligt und die Mitgliedstaaten ersucht, diese Prioritäten in ihren anstehenden NRP und SKP zum Ausdruck zu bringen.

Am 15. Mai 2015 legte die EU-Kommission Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat sowie eine übergeordnete Mitteilung zur nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Erholung und zur Durchführung des gestrafften Europäischen Semesters vor. Die Empfehlungen stützen sich auf:

- die im Februar veröffentlichten Länderberichte.
- 2) eine eingehende Bewertung der bis April eingegangenen Pläne der Mitgliedstaaten zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen (siehe SKP) und ihrer politischen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (siehe NRP) sowie
- 3) das Ergebnis des zwischenzeitlichen Dialogs mit den Mitgliedstaaten und anderen maßgeblichen Akteuren.

Die EU-Kommission hat außerdem Vorschläge für weitere Schritte in den Defizitverfahren

Exkurs

Dem Europäischen Semester liegt die Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU zugrunde. Positiv wirken sich u. a. die niedrigen Ölpreise aus, ein stetiges Wirtschaftswachstum weltweit und die Abwertung des Euro. In ihrer Wirtschaftsprognose vom 5. Mai 2015, die den im Juli 2015 verabschiedeten Empfehlungen zugrunde lag, erwartete die EU-Kommission für 2015 ein BIP-Wachstum von 1,8 % in der EU (1,5 % im Euroraum) und eine Beschleunigung dieses Trends auf 2,1 % im Jahr 2016 (1,9 % für den Euroraum). Gleichzeitig aber hat die EU unverändert grundlegende krisenbedingte Schwächen sowie einen längerfristig niedrigen Wachstumstrend. Zuletzt hat sich die Lage am Arbeitsmarkt zwar allmählich verbessert, die Arbeitslosigkeit liegt aber im Schnitt immer noch auf hohem Niveau (9,6 %). Die hohe private und öffentliche Verschuldung hemmt weiterhin Investitionen und Wachstum. Hemmend wirkt auch, dass in einigen Mitgliedstaaten der Anteil notleidender Bankkredite noch immer hoch ist und weiter wächst.

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

vorgelegt. Schließlich wurden die länderspezifischen Empfehlungen im Rat und im Europäischen Rat erörtert und geprüft und am 14. Juli 2015 vom Rat endgültig angenommen. Damit ist das Europäische Semester 2015 beendet.

2.2 Stand der Konsolidierung der Staatsfinanzen in EU und Euroraum in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen (SKP)

Aus den im April von den Mitgliedstaaten übermittelten SKP geht hervor, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Jahr 2014 mit verringertem Tempo fortgesetzt wurde. Der strukturelle Defizitabbau lag im Euroraum bei 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und entsprach damit weitgehend den im vergangenen Jahr vorgelegten Planungen der Mitgliedstaaten. Allerdings hat sich die Konsolidierung gegenüber den Vorjahren deutlich verlangsamt. Im Jahr 2013 war das strukturelle Defizit im Euroraum im Vergleich zum Vorjahr noch um 0,9 Prozentpunkte zurückgegangen. Das Staatsdefizit lag im Jahr 2014 im Euroraum bei 2,4 % des BIP, wie im Vorjahr von den Mitgliedstaaten geplant. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die gesunkenen Zinsausgaben sowie die nach unten revidierten Defizitzahlen für das Jahr 2013. In der EU betrug das Staatsdefizit 2,8 % des BIP im Jahr 2014 und befand sich somit erstmals seit dem Jahr 2008 im Einklang mit dem 3-%-Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Die Pläne der Mitgliedstaaten sehen für die kommenden Jahre eine nur geringfügige strukturelle Konsolidierung vor. Im Jahr 2015 sollen sich die strukturellen Defizite weder im Euroraum noch in der EU insgesamt spürbar weiter verringern. Im Euroraum ist ab dem Jahr 2017, in der EU ab dem Jahr 2016 eine Wiederaufnahme der strukturellen Konsolidierung geplant, allerdings in begrenztem Umfang. Die Konsolidierung soll im Wesentlichen über die Ausgabenseite erfolgen. Ein Großteil davon ist allerdings auf die geringeren Zinsausgaben zurückzuführen.

Die Staatsschuldenquote ist im Euroraum und in der EU im Jahr 2014 erneut angestiegen und soll ab dem Jahr 2015 fallen. Das aggregierte Staatsdefizit im Euroraum soll laut Planungen der Mitgliedstaaten von 2,4 % des BIP im Jahr 2014 (EU: 2,8 %) auf 2,1 % des BIP im Jahr 2015 (EU: 2,4%) und bis zum Jahr 2018 sukzessive weiter auf 0,5 % des BIP sinken (EU: ebenfalls 0,5 %). Die am 5. November 2015 erschienene Herbstprognose der EU-Kommission bestätigt dieses Bild grundsätzlich. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum insgesamt soll im Jahr 2015 mit 1,6 % noch etwas stärker ausfallen als von den Mitgliedstaaten mit den SKP erwartet (1,5 %). Für das Staatsdefizit im Euroraum prognostiziert die EU-Kommission im Aggregat einen Wert von 2,0 % des BIP, leicht unterhalb der Planungen der Mitgliedstaaten (2,1% des BIP). Für das Jahr 2016 erwartet die EU-Kommission allerdings etwas höhere Defizite als von den Mitgliedstaaten in den SKP veranschlagt (Euroraum: 1,8 % des BIP; EU: 2,0 %).

Tabelle 1: Übersicht zur mittelfristigen Haushaltsplanung laut Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen

		schaftswachs /ergleich zum			schaftswachs /ergleich zum		Schuldenquote (in % des BIP)			
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	
Euroraum	0,9	1,5	1,8	- 2,4	-2,1	- 1,6	92,9	92,2	90,9	
EU	1,3	1,8	2	- 2,8	-2,4	- 1,7	86,9	86,4	85,4	

Quelle: KOM-Note zu Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten, Mai 2015.

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

Der diesjährige Semester-Prozess fußte auf den Eckdaten der EU-Kommission aus der Frühjahrsprognose 2015. Die Herbstprognose bestätigt, dass im Jahr 2015 die Staatsschuldenquoten in der EU und im Euroraum erstmals seit 2007 sinken sollen. Sie befinden sich allerdings weiterhin auf einem hohen Niveau (EU: 87,8 %, Euroraum: 94,0 %).

2.3 Das Paket der Kommission zum Europäischen Semester 2015

Die EU-Kommission präsentierte am 15. Mai 2015 ein umfassendes Paket bestehend aus drei Teilen: (1) den länderspezifischen Empfehlungen, (2) Vorschlägen für weitere Schritte in den Verfahren bei übermäßigen Defiziten und (3) dem Stand in den makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren.

Zu (1): Das Paket der EU-Kommission umfasst Vorschläge für länderspezifische

Empfehlungen an 26 Mitgliedstaaten und den Euroraum. Programmländer werden separat überwacht, um Dopplungen mit den Verpflichtungen im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme zu vermeiden. Die länderspezifischen Empfehlungen 2015 stellen auf folgende Hauptziele ab:

- Beseitigung von Hindernissen für die Finanzierung und Förderung von Investitionen.
- Verbesserung des Unternehmensumfelds und der Produktivität.
- Anpassung der öffentlichen Finanzen im Sinne einer stärkeren Wachstumsförderung, Verbesserung der Beschäftigungspolitik und des Sozialschutzes.

Zu (2): Die EU-Kommission hat dem Rat empfohlen, die Defizitverfahren für Malta

Tabelle 2: Schwerpunkte für Strukturreformen in den länderspezifischen Empfehlungen 2015 in ausgewählten Ländern

Italien	Slowenien	Kroatien	Deutschland		
*Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2015 *Haushaltsrahmen regionale Kohäsion Verwaltungsreform Wettbewerbs- und Regulierungsrahmen Arbeitsmarkt- und Lohnfindungsreformen Bildungsreform (einschließlich berufliche Ausbildung) *Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2015 *Haushaltsrahmen (einschließlich Fiskalregel) *Lohnfindung, Mindestlohn, aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifikation *notleidende Kredite, Unternehmensrestrukturierung *Justizsystem, Dauer von Gerichtsverfahren		Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2016 Stärkung des Fiskalrahmens Rentenreform (Frühverrentung) Lohnfindungsreformen staatlicher Aufbau (einschließlich Zusammenarbeit verschiedener staatlicher Ebenen) Privatisierung Dienstleistungsliberalisierung Justizsystem Insolvenzrecht	 inländische Investitionstätigkeit stärken Steuer- und Abgabenbelastuninsbesondere für Niedrigeinkommensbezieher senken Wettbewerb bei Berufen im Dienstleistungssektor stärken 		
Spanien	Irland	Frankreich	Ungarn		
Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2016 Reform des Sparkassensektors produktivitätsorientierte Lohnpolitik Arbeitsvermittlung und Qualifizierung freiberufliche Dienstleistungen	Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2015 Stärkung des Haushaltsrahmens Verbreiterung der Steuerbasis Kosteneffizienz des Gesundheitswesens Erwerbsbeteiligung notleidende Hypotheken und KMU-Kredite	Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2017 Ausgabenüberprüfung und -kontrolle Lohnfindungsreformen, Mindestlohn Standortbedingungen Hindernisse für regulierte Berufe Steuervereinfachung/Steuereffizienz Liberalisierung Arbeitsrecht	Haushaltskonsolidierung Normalisierung der Kreditvergabe, Bilanzbereinigung verzerrende Steuern, Steuerumgehung Stärkung des ersten Arbeitsmarktes Beschäftigungsunfähigkeit benachteiligter Gruppen		

Das Europäische Semester als Kernel ement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

und Polen einzustellen, da beide Länder ihr übermäßiges Defizit korrigiert haben. In Polen betrug das Defizit im Jahr 2014 nur noch 3,2 % des BIP, und es wird laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission 2,8 % im Jahr 2015 betragen. Deshalb hält Polen nach Auffassung der EU-Kommission unter Berücksichtigung einer im Defizitverfahren anrechenbaren Rentenreform das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Das staatliche Gesamtdefizit Maltas wurde im Jahr 2014 auf 2.1% des BIP reduziert und wird bis zum Jahr 2016 voraussichtlich weiter zurückgehen. Malta hat im Jahr 2014 auch die Schuldenabbauregel eingehalten - eine notwendige Voraussetzung für die Einstellung des Defizitverfahrens, da die Einleitung des Verfahrens auf der Verletzung sowohl des Defizit- als auch des Schuldenstandkriteriums beruhte. Der Rat hat beide Defizitverfahren am 19. Juni 2015 beendet. Die am 5. November erschienene Herbstprognose der EU-Kommission bestätigt die Korrektur der übermäßigen Defizite, allerdings wurde das Defizit Polens im Jahr 2014 auf 3,3 % des BIP leicht nach oben korrigiert.

Die EU-Kommission empfiehlt dem Rat, für das Vereinigte Königreich mit Beschluss festzustellen, dass das Land keine wirksamen Maßnahmen ergriffen habe, um seiner Empfehlung vom Dezember 2009 zur Korrektur seines übermäßigen Defizits bis zum Haushaltsjahr 2014/15 nachzukommen. Ausschlaggebend hierfür war, dass die haushaltspolitische Konsolidierung hinter der empfohlenen durchschnittlichen jährlichen Anpassung von 1,75 % des BIP zurückgeblieben war und das Defizit im vergangenen Jahr 5,2 % betragen hatte. Die EU-Kommission empfiehlt, dem Vereinigten Königreich zwei weitere Jahre bis zum Haushaltsjahr 2016/17 Zeit zu geben, um sein Defizit unter den Referenzwert von 3 % zu senken. Der Rat hat am 19. Juni 2015 die von der EU-Kommission empfohlenen Schritte indossiert. Die Herbstprognose der EU-Kommission prognostiziert für das Vereinigte Königreich im Kalenderjahr 2016 einen Rückgang des Defizits auf 3,0 % des BIP. 2017 wird ein Defizit von 1,9 % des BIP erwartet.

In Finnland betrug das Staatsdefizit im Jahr 2014 3,2 % des BIP und lag damit über dem 3-%-Referenzwert. Zudem steigt laut Prognose der EU-Kommission die Staatsschuldenquote Finnlands im Jahr 2015 über die 60-%-Marke. Die neue finnische Regierung hatte Konsolidierungsmaßnahmen vorgelegt, die von der EU-Kommission analysiert wurden und, laut ihrer Analyse, das Defizit im Jahr 2016 deutlich unter 3 % des BIP reduzieren sollten. Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission davon abgesehen, die Eröffnung eines Defizitverfahrens vorzuschlagen. Die Herbstprognose der EU-Kommission bestätigt, dass mithilfe der Konsolidierungsmaßnahmen das Defizit Finnlands im Jahr 2016 auf 2,7 % des BIP, und damit wieder unter den 3-%-Referenzwert, sinken sollte.

Frankreich befindet sich seit dem Jahr 2009 in einem Defizitverfahren. Der Rat hat am 10. März 2015 eine neue Ratsempfehlung an Frankreich gerichtet und damit die Frist zum Abbau des übermäßigen Defizits vom Jahr 2015 auf das Jahr 2017 verlängert. Frankreich hat zum 10. Juni 2015 über die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen an die EU-Kommission berichtet. Die EU-Kommission hat diese Maßnahmen überprüft und ist zu dem Schluss gekommen, dass das Verfahren in der Schwebe gehalten werden könne. Die aktuelle Herbstprognose der EU-Kommission zeigt, dass Frankreich seine im Defizitverfahren festgelegten Haushaltsziele von 4,0 % des BIP im Jahr 2015 und 3,4 % des BIP im Jahr 2016 erreichen wird. Unter der Annahme unveränderter Politiken prognostiziert die EU-Kommission für das Jahr 2017 allerdings ein Defizit oberhalb des 3-%-Referenzwerts (3,3 % des BIP).

Zu (3): Die EU-Kommission gab am 25. Februar 2015 die Ergebnisse der Untersuchungen für alle 16 Mitgliedstaaten bekannt, in denen sie bei der diesjährigen Durchführung des Verfahrens eine vertiefte Analyse für notwendig befunden hatte. In fünf Ländern (Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal) diagnostizierte die EU-Kommission übermäßige Ungleichgewichte, die nach ihrer Einschätzung entschlossene politische Maß-

Das Europäische Semester als Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa

nahmen und eine spezifische Überwachung erforderten. Auf die Einleitung des korrektiven Arms des Verfahrens verzichtete die EU-Kommission vorerst. Im Falle von Frankreich und Kroatien hatte sie diese Entscheidung zunächst von der Auswertung der NRP und der Einhaltung sonstiger Reformverpflichtungen abhängig gemacht. Die elf übrigen Mitgliedstaaten, die Gegenstand einer vertieften Analyse gewesen waren, teilte die EU-Kommission nach dem Schweregrad der (nicht übermäßigen) Ungleichgewichte in unterschiedliche Kategorien ein:

- Ungleichgewichte, die entschlossene politische Maßnahmen und zugleich eine spezifische Überwachung erfordern, hätten demnach drei Länder (Irland, Slowenien, Spanien) aufzuweisen.
- Im Falle von Deutschland und Ungarn fordert die EU-Kommission ebenfalls entschlossenes politisches Handeln ein, hält eine bloße Beobachtung dieser beiden Mitgliedstaaten aber für ausreichend.
- Noch milder ist die Beurteilung einer weiteren Gruppe von Ländern (Belgien, Finnland, die Niederlande, Rumänien, Schweden, Vereinigtes Königreich), in denen die EU-Kommission weder die notwendigen politischen Maßnahmen noch deren Überwachung in der Stärke ihrer Ausprägung qualifiziert.

Damit werden alle 16 näher untersuchten Mitgliedstaaten – auch solche mit übermäßigen Ungleichgewichten – weiter im präventiven Arm des Verfahrens beaufsichtigt. Programmländer sind ausgenommen, weil sie ohnehin unter verschärfter Überwachung stehen. Die aus den vertieften Analysen wie auch aus der anschließenden Prüfung der NRP beziehungsweise der SKP gezogenen Schlussfolgerungen hat die EU-Kommission in ihre Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen lassen.

3 Fazit

Die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung des Europäischen Semesters bleibt eine Daueraufgabe. Die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission geben dazu erste Hinweise. Dazu gehören bisher die Einbeziehung einer Euroraumdimension, der Einsatz von "Benchmarks" bei der wirtschaftspolitischen Überwachung sowie die mögliche Errichtung von nationalen Wettbewerbsräten. All diese Vorschläge werden noch genauer zu diskutieren sein. Fest steht bereits jetzt, dass die EU-Kommission in ihrem neuen Jahreswachstumsbericht vom November 2015, der den Startschuss für das Europäische Semester 2016 bildet, einen Einstieg in die Euroraumdimension geben wird.

IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru

IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru

- Die G20-Finanzminister erzielten in Lima Fortschritte in der internationalen Steuerpolitik und Finanzmarktregulierung.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat aufgrund bestehender Schwächen in den Schwellenländern seine Prognose für das globale Wirtschaftswachstum in den Jahren 2015 und 2016 leicht auf 3,1 % bzw. 3,6 % gesenkt.
- Beim Treffen der Finanzminister zur Klimafinanzierung wurde eine Zwischenbilanz zur Kopenhagen-Zusage gezogen. Deren Ziel ist es, die Mittel für die Unterstützung von Entwicklungsländern auf 100 Mrd. US-Dollar jährlich bis 2020 ansteigen zu lassen.

1	Einleitung	39
2	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. Oktober 2015	
3	IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsausschusses am 9. und 10. Oktober 2015	40
4	Weitere Treffen zur Deauville-Partnerschaft und zur Klimafinanzierung	41
5	Ausblick	41

1 Einleitung

Vom 8. bis 10. Oktober 2015 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des IWF und der Weltbank die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC) sowie die Finanzminister der Deauville-Partnerschaft in der peruanischen Hauptstadt Lima. Schwerpunkte der Diskussionen waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft, der Umgang mit der Abschwächung des Wachstums in den Schwellenländern und die internationale Steuerpolitik. Daneben fand ein Treffen der Finanzminister zur Klimafinanzierung statt.

 Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am
 Oktober 2015

Beim G20-Working-Dinner stand die internationale Steuerpolitik im Vordergrund. Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure billigten die von der Organisation für wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegten finalen Ergebnisse des BEPS¹-Projekts zur Gewinnverlagerung von internationalen Unternehmen. Dieser Schritt stellt einen großen Erfolg der internationalen Zusammenarbeit in der Steuerpolitik dar. Die erfolgreiche Kooperation der OECD- und G20-Staaten – auch unter Einbindung der Entwicklungsländer soll auch in Zukunft fortgeführt werden, um den Herausforderungen der internationalen Besteuerung mit abgestimmten Standards zu begegnen. Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure stimmten darin überein, dass nun eine gleichmäßige Umsetzung der Ergebnisse in allen Staaten erfolgen soll.

Auch über weitere Schritte bei der Finanzmarktregulierung wurde erneut gesprochen. Beim darauf folgenden G20-Gipfel in Antalya im November erfolgte sodann eine Einigung auf die in Brisbane vereinbarten und vom Financial Stability Board (FSB) konkretisierten internationalen Standards für "Total Loss-Absorbing Capacities" (TLAC) für global systemrelevante Banken erfolgen. Bei der

¹ Base Erosion and Profit Shifting.

IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru

TLAC handelt es sich um einen zusätzlichen Kapitalpuffer. Er soll sicherstellen, dass die betroffenen Banken im Falle einer Abwicklung genug finanzielle Mittel zur Absorption von Verlusten zur Verfügung haben, sodass nicht nochmals öffentliche Gelder eingesetzt werden müssen. Der FSB-Vorsitzende berichtete, dass eine Verständigung zu allen wesentlichen Eckpunkten gelungen sei und nur noch einzelne Detailfragen vor dem Gipfel in Antalya gelöst werden müssten.

Darüber hinaus wurde auch die Umsetzung der im November 2014 in Brisbane vereinbarten nationalen Wachstumsstrategien erneut thematisiert. Die vollständige Umsetzung der Strukturreformen aller G20-Partner sei zur Verbesserung von aktuellem und potenziellem Wachstum von großer Bedeutung. Für den G20-Gipfel im November in Antalya sei ein erster Bericht zur Bewertung der Wachstumsstrategien vorgesehen.

Abschließend nannte China erste Schwerpunktbereiche für seine G20-Präsidentschaft im Jahr 2016. Es seien insbesondere Arbeiten zur Umsetzung von Strukturreformen samt Messung der Effekte mittels konkreter Indikatoren sowie zu Investitionen im Infrastrukturbereich vorgesehen. Neben der Fortführung der laufenden Finanzmarktagenda solle u. a. "Green Finance" als neues Thema behandelt werden. Im Steuerbereich sei die weitere Umsetzung und Überwachung von bereits gebilligten Maßnahmen geplant. China werde seine G20-Agenda voraussichtlich beim ersten G20-Treffen unter chinesischer Präsidentschaft im Dezember 2015 in Sanya auf Hainan offiziell vorstellen.

3 IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsausschusses am 9. und 10. Oktober 2015

Das Treffen begann mit einer Diskussion zur Lage der Weltwirtschaft. Der IWF hat

seine Erwartungen für das globale Wachstum in den Jahren 2015 und 2016 infolge einer Verlagerung von Risiken leicht zurückgenommen. Während sich die Situation in Europa weiter verbessert habe und das Wachstum in den Industrieländern wieder zunehme, seien die Probleme in den Schwellenländern nun verstärkt in den Fokus gerückt. Dies sei vor allem auf fallende Rohstoffpreise, hohe Verschuldung, die Wachstumsabschwächung in China, gestiegene Kapitalabflüsse und Abwertung der Währungen zurückzuführen. Auch die geopolitischen Spannungen führten weiterhin zu Unsicherheiten. Aus der Situation in verschiedenen fragilen Staaten und den daraus resultierenden Flüchtlingsströmen ergäben sich nicht nur politische, sondern auch neue makroökonomische Herausforderungen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern.

Deutschland betonte die Bedeutung von nachhaltiger Fiskal- und Geldpolitik, um in Krisen flexibel reagieren zu können. Je länger die fiskalische Konsolidierung hinausgeschoben werde, umso anfälliger seien die hochverschuldeten Länder bei erneuten externen Schocks. Ebenso erhöhe eine monetäre Expansionspolitik mit zunehmender Dauer die möglichen Nebenwirkungen des Niedrigzinsumfelds und erschwere die notwendige Rückführung der Maßnahmen.

Um die Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks zu stärken, bedürfe es effizienzsteigernder Strukturreformen, welche die mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven verbesserten. Aber auch Transparenz und klare Kommunikation seien die Basis für Vertrauen in langfristige Stabilität.

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure brachten zum wiederholten Mal ihre tiefe Enttäuschung zum Ausdruck, dass die bereits 2010 beschlossenen Reformen der IWF-Leitungsstruktur und der IWF-Quoten aufgrund der fehlenden Ratifizierung durch die USA nach wie vor nicht in Kraft getreten sind. Sie forderten die USA erneut auf, diese

IWF-Jahrestagung 2015 in Lima, Peru

Reform schnellstmöglich zu ratifizieren. Zwischenlösungen, die eine Annäherung an die Reformziele von 2010 ermöglichen sollten, würden weiterhin als nächste Schritte diskutiert.

Hinsichtlich der im November anstehenden Entscheidung einer Aufnahme des chinesischen Renminbi in den IWF-Währungskorb für Sonderziehungsrechte (SZR) erwarten die Finanzminister und Notenbankgouverneure in Kürze eine Analyse des IWF über den chinesischen Umsetzungsstand der bestehenden Kriterien. China habe bislang weitreichende Reformen durchgeführt und sei damit auf einem guten Weg.

4 Weitere Treffen zur Deauville-Partnerschaft und zur Klimafinanzierung

Die großen politischen und ökonomischen Herausforderungen, die sich aus der Situation im Nahen und Mittleren Osten sowie den aktuellen Flüchtlingsströmen ergeben, wurden auch beim Treffen der Finanzminister der Deauville-Partnerschaft diskutiert. bei der Deutschland derzeit den Vorsitz innehat. Es wurde darüber gesprochen, wie gezielte Hilfe für Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas gegeben werden könne. Hierbei gehe es vor allem darum, langfristig orientierte Unterstützung für Reformen und Wachstum zu mobilisieren. Ein Schwerpunkt des deutschen Vorsitzes ist der Themenbereich Financial Inclusion (Zugang zu Finanzdienstleistungen). Nachdem im April 2015 ein Aktionsplan erarbeitet worden war, konnten weitere Fortschritte bei diesem Thema erzielt werden. Daneben erfolgt eine Unterstützung

der Reformen durch technische Hilfe: Es konnten zusätzliche Beiträge für einen Hilfsfonds ("Transition Fund") mobilisiert werden. Zudem hat Deutschland seine Bereitschaft signalisiert, die Reformen in der Region über technische Hilfe des IWF finanziell zu unterstützen.

Auf Einladung des französischen und peruanischen Finanzministers fand ein Finanzminister-Treffen zur Klimafinanzierung statt. Bei diesem Treffen wurde eine Zwischenbilanz bezüglich der sogenannten Kopenhagen-Zusage von 2009 gezogen. Dabei hatten sich die Industrieländer verpflichtet, zur Unterstützung der Entwicklungsländer öffentliche und private Mittel zu mobilisieren, die bis 2020 auf 100 Mrd. US-Dollar jährlich ansteigen sollen.

Der von der OECD vorgelegte Bericht bestätigte substanzielle Finanzierungsbeiträge von insgesamt 62 Mrd. US-Dollar im Jahr 2014 sowohl aus öffentlichen als auch privaten Mitteln. Deutschland hat an der öffentlichen Klimafinanzierung der Industrieländer im Jahr 2014 (insgesamt 43,5 Mrd. US-Dollar) mit 6,8 Mrd. US-Dollar einen Anteil von rund 16 %. Alle anwesenden Länder und internationalen Organisationen bekannten sich zur Kopenhagen-Zusage und ihrer Verantwortung, hierzu einen Beitrag zu leisten.

5 Ausblick

Die nächste Tagung von IWF und Weltbank findet vom 15. bis 17. April 2016 in Washington D.C. statt.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal 2015 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die Wirtschaft wächst damit trotz zunehmender außenwirtschaftlicher Risiken weiter moderat.
- Positive Signale aus dem Einzelhandel und die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungssektor sprechen für eine stützende Wirkung insbesondere dieses Sektors. Der private Konsum wird weiter durch die sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes, niedrige Zinsen und Ölpreise begünstigt. Die Industrieproduktion dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 3. Quartal gedämpft haben.
- Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr marginal an.
 Sowohl die Konsumentenpreise wie auch die Produzentenpreise sind insgesamt weiterhin sehr stabil.

Deutsche Wirtschaft trotz zunehmender außenwirtschaftlicher Risiken weiter robust

Im 3. Quartal 2015 setzte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland fort. Gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das BIP im 3. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal an. Dies entspricht den Erwartungen der Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion. Damit fällt das Wachstum etwas weniger stark aus als noch im 2. Quartal (+ 0,4%). Positive Impulse kamen insbesondere von den privaten und staatlichen Konsumausgaben im Inland. Bremsend wirkte ein leichter Rückgang der Anlageinvestitionen sowie der Außenbeitrag, da die Importe deutlich schneller zugenommen hatten als die Exporte. Dies dürfte insbesondere auf die Wachstumsschwäche in den Schwellenländern zurückzuführen sein und den damit einhergehenden Rückgang der Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum. Auch die rückläufige Industrieproduktion im 3. Quartal könnte auf die dämpfende Wirkung der außenwirtschaftlichen Entwicklung hindeuten. Ausführliche Ergebnisse gibt das Statistische Bundesamt am 24. November bekannt.

Insgesamt bleiben die Rahmenbedingungen in Deutschland für die wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen und Verbrauchern gut, sodass sich der moderate Wirtschaftsaufschwung fortsetzen dürfte. Niedrige Rohstoffpreise und tiefe Zinsniveaus stützen die Nachfrage im Inland und aus dem Euroraum. Die dämpfende Wirkung des Rohölpreises dürfte zwar bis zum Jahresende weiter nachlassen; der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die damit verbundenen Einkommenssteigerungen begünstigen jedoch weiter die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich jüngst verbessert. Der Einkaufsmanagerindex signalisiert weiter eine Expansion der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe.

Die gute Lage am Arbeitsmarkt sowie die kräftige Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen zeigen sich auch im Steueraufkommen. So entwickelten sich die Steuern und insbesondere die inländische Umsatzsteuer zuletzt sehr gut. Kumuliert für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2015 ist ein Zuwachs des Umsatzsteueraufkommens von 3,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Auch das Lohnsteueraufkommen

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

entwickelt sich weiter positiv mit einem Plus von 6,7 % im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 gegenüber dem Vorjahr.

Exporte im 3. Quartal leicht rückläufig

Der deutsche Außenhandel hat zum Ende des 3. Quartals wieder an Schwung gewonnen. Nach einem kräftigen Rückgang der Außenhandelstätigkeit im August 2015 nahmen die Warenexporte und Warenimporte im September wieder deutlich zu. Trotz dieses Anstiegs im September waren die Ausfuhren im 3. Quartal insgesamt leicht rückläufig (- 0,6 % gegenüber dem Vorquartal) nachdem sie im 2. Quartal noch deutlich an Dynamik gewonnen hatten (+ 3,6 % gegenüber dem Vorquartal). Die Importtätigkeit nahm dagegen im 3. Quartal weiter zu. Nach einem Anstieg der nominalen Warenimporte um 3,6 % im September ist im 3. Quartal insgesamt eine Zunahme von 1 % gegenüber dem Vorquartal zu erkennen. Im Zeitraum von Januar bis August überschritten nach dem Ursprungslandprinzip die Warenexporte das entsprechende Vorjahresniveau um 6,6 % und die Warenimporte um 3,4 % (Daten für September liegen noch nicht vor). Insbesondere der Warenhandel mit den EU-Ländern außerhalb des Euroraums (+ 8,2%) sowie mit Drittländern außerhalb der EU (+7,7%) hat weiter kräftig zugenommen. Auch die Importe aus diesen Ländern nahmen weiter zu (+ 3,2 % und + 5,6 %). Der Außenhandel mit dem Euroraum überschritt deutlich das entsprechende Vorjahresniveau, wobei die Dynamik bei den Exporten etwas abnahm (+ 4,4 %) und bei den Importen etwas zulegte (+1,2%).

Der Handelsbilanzsaldo (nach Ursprungswerten) überschritt im Zeitraum Januar bis September das entsprechende Vorjahresniveau um 28,04 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 29,8 Mrd. €. Dies war vor allem auf die durch den niedrigen Ölpreis bedingte Zunahme des Handelsbilanzüberschusses zurückzuführen.

Die deutschen Exporte zeigen sich trotz des relativ schwachen weltwirtschaftlichen Wachstums robust. Jedoch bleiben die Wachstumsaussichten in den Schwellenländern weiter gedämpft. Die Exporte nach Russland haben sich in der Zeit von Januar bis August im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeschwächt. Auch die Exporte nach China sind zurückgegangen. Das stabile Wachstum in den USA und die stärkere Nachfrage im Euroraum wirken aber kompensierend. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine temporär weniger günstige Exportentwicklung im weiteren Jahresverlauf hin. Die Auftragseingänge aus dem Nicht-Euroraum im Verarbeitenden Gewerbe sind im 3. Quartal abwärtsgerichtet; diejenigen aus dem Euroraum haben nur leicht zugenommen. Auch die ifo Exporterwartungen sanken im Oktober deutlich. In den Folgejahren ist jedoch mit einer erneuten Belebung der Warenausfuhren im Zuge der beginnenden weltwirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Sowohl der Internationale Währungsfonds (IWF) als auch die Europäische Kommission sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erwarten eine moderate Beschleunigung des globalen Wachstums in den kommenden Jahren.

Gedämpfte industrielle Aktivität im 3. Quartal

Die industrielle Aktivität war im 3. Quartal schwach. Die Industrieproduktion wurde im September in saisonbereinigter Betrachtung den zweiten Monat in Folge merklich reduziert, sodass sie im Durchschnitt des 3. Quartals nun leicht abwärtsgerichtet ist. Die Erzeugung von Vorleistungs- und Konsumgütern war rückläufig. Auch die Investitionsgüterherstellung stagnierte nahezu. Dabei konnte auch der spürbare Anstieg der Produktion von Kfz und Kfz-Teilen im 3. Quartal, der ausschließlich auf ein kräftiges Plus im Juli zurückzuführen war, den deutlichen Rückgang im Maschinenbau nicht kompensieren.

 $Konjunkturentwick Iung\, aus\, finanzpolitischer\, Sicht$

		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er				
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahı				
	bzw. Index	Vorjahr in %	1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15	1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15			
Bruttoinlandsprodukt											
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,1	+1,6	+0,3	+0,4	+0,3	+1,2	+1,6	+1,8			
jeweilige Preise	2916	+3,4	+1,1	+1,0	+0,5	+3,2	+3,7	+3,8			
Einkommen											
Volkseinkommen	2 176	+3,8	+1,8	+0,4		+3,6	+3,7				
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,8	+0,9	+1,0		+3,4	+3,8				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	691	+3,8	+4,0	-0,8		+3,9	+3,3				
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 710	+2,3	+0,1	+0,6		+3,0	+2,9				
Bruttolöhne und -gehälter	1214	+3,9	+0,9	+1,2		+3,5	+4,0				
Sparen der privaten Haushalte	168	+6,7	-2,3	+1,9		+4,7	+4,7				
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er				
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd. €	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahr	1			
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Aug 15	Sep 15	Dreimonats- durchschnitt	Aug 15	Sep 15	Dreimonats- durchschnitt			
in jeweiligen Preisen											
Außenhandel (Mrd. €)											
Waren-Exporte	1124	+3,3	-5,2	+2,6	-0,6	+5,9	+4,4	+5,8			
Waren-Importe	910	+2,2	-3,2	+3,6	+1,0	+4,5	+3,9	+11,1			
in konstanten Preisen von 2010											
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	107,9	+1,5	-0,6	-1,1	-0,2	+2,7	+0,2	+1,2			
Industrie ²	109,8	+1,9	-0,6	-1,4	-0,5	+2,5	-0,3	+0,6			
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,7	+1,4	-0,9	+0,6	+1,1	+0,8	+0,4			
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)											
Industrie ²	108,6	+2,6	-0,9	-1,2	-0,6	+3,4	+0,6	+1,9			
Inland	104,5	+1,2	-0,6	-1,1	-0,6	+2,6	+0,0	+0,8			
Ausland	113,0	+4,1	-1,3	-1,3	-0,6	+4,1	+1,2	+3,0			
Auftragseingang (Index 2010 = 100)											
Industrie ²	109,1	+2,9	-1,8	-1,7	-2,8	+1,7	-1,0	-0,3			
Inland	103,4	+1,6	-2,4	-0,6	+0,2	+2,1	+3,1	+2,7			
Ausland	113,7	+3,8	-1,4	-2,4	-5,0	+1,4	-3,9	-2,4			
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,8	+0,4		-2,9	+1,1		+0,1			
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)											
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,6	+1,3	-0,7	+0,0	+0,9	+2,2	+3,5	+3,4			
Handel mit Kfz	103,9	+2,3	-0,5		+0,4	+7,2		+10,8			

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,itischer\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber		
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	Vorjahr in %	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-6	+2	-5	-106	-100	-83	
Erwerbstätige, Inland	42,70	+0,9	+37	+50		+346	+381		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+59			+691			
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber		Vorperiod	le	Vorjahr			
20.0 .00	index	Vorjahr in %	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	
Importpreise	103,6	-2,2	-1,5	-0,7		-3,1	-4,0		
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,5	-0,4		-1,7	-2,1		
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,0	-0,2	+0,0	+0,2	+0,0	+0,3	
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	
Klima	+8,9	+10,2	+10,1	+8,2	+9,0	+9,7	+10,1	+9,3	
Geschäftslage	+13,5	+17,1	+17,6	+15,5	+16,7	+18,4	+16,8	+14,2	
Geschäftserwartungen	+4,5	+3,6	+2,8	+1,1	+1,7	+1,4	+3,6	+4,6	

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

Der Umsatz in der Industrie war im 3. Quartal ebenfalls leicht abwärtsgerichtet. Sowohl der Inlands- als auch der Auslandsumsatz gaben nach. Stützend wirkte dabei ein kräftiges Umsatzplus im Euroraum bei Investitionsgütern (saisonbereinigt + 3,7 % gegenüber dem Vorquartal).

Die Industrieindikatoren zeichnen für das Schlussquartal ein uneinheitliches Bild, was auf gestiegene Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung hindeutet. Die Auftragseingänge sind aufgrund rückläufiger Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum abwärtsgerichtet. Dies dürfte vor allem aus dem schwächeren Wirtschaftswachstum der rohstoffexportierenden Schwellenländer und dem Nachfragerückgang Chinas resultieren. Die Inlandsnachfrage nach industriellen Gütern nahm zwar im 3. Quartal leicht zu; dies war jedoch ausschließlich auf ein deutliches Plus im Juli zurückzuführen. Ein positives Signal für die weitere

Produktionsentwicklung ist jedoch, dass der Auftragseingang des Maschinenbaus aus dem Inland im 3. Vierteljahr kräftig zulegte (saisonbereinigt + 3,2 % gegenüber dem Vorguartal). Zudem stieg die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Euroraum deutlich an, während die Bestellungen von Vorleistungs- und Konsumgütern der Unternehmen dieser Region rückläufig waren. Die Zunahme der Auftragseingänge aus dem Euroraum wurde von den guten Rahmenbedingungen wie niedrigen Rohstoffpreisen und einem niedrigen Zinsniveau begünstigt. Darüber hinaus ist die Stimmung in den deutschen Unternehmen nach wie vor optimistisch: Die ifo Geschäftserwartungen verbesserten sich im Oktober den zweiten Monat in Folge. Allerdings zeigen die ifo Exporterwartungen einen Abwärtstrend.

Die Bauproduktion ging im September saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat leicht zurück. Im 3. Quartal zeigt sie nach

²Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

merklicher Ausweitung im Juli und August einen leichten Aufwärtstrend. Hierzu trug die Produktionszunahme im Ausbaugewerbe entscheidend bei, während der Tiefbau stagnierte und der Hochbau merklich zurückging. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die bisher nur bis August vorliegen, sind tendenziell abwärtsgerichtet. Dabei konnte der Nachfrageanstieg im Wohnungsbau den Auftragsrückgang im Hochbau nicht ausgleichen. Auch bei den Baugenehmigungen ist der Wohnungsbau der stützende Faktor. Die Stimmung in den Unternehmen des Bauhauptgewerbes ist jedoch überdurchschnittlich gut.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin sehr robust

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hielt auch im Oktober ungebrochen an. Die Arbeitslosigkeit sank weiter, wenn auch mit moderatem Tempo. Im Oktober waren nach Ursprungswerten 2,649 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 83 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,0 % und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging um 5 000 Personen im Vergleich zum Vormonat (September) zurück.

Die Erwerbstätigenzahl lag nach Ursprungswerten im September bei 43,3 Millionen Personen (+ 381 000 Personen beziehungsweise + 0,9 % gegenüber Vorjahr) und erreichte damit einen neuen Höchststand seit der Deutschen Einheit. Dabei verzeichnete die Beschäftigung im September im Vorjahresvergleich den bisher stärksten Aufbau in diesem Jahr. Es zeigt sich nun eine seit Juni diesen Jahres zunehmende Dynamik beim Beschäftigungsaufbau (Juni: + 0,6 %, Juli: + 0,7 %, August + 0,8 %, jeweils gegenüber dem Vorjahr). Zudem wurden die Zahlen für das 1. Halbjahr 2015 deutlich nach oben revidiert, wodurch sich die Beschäftigungsentwicklung im 1. Halbjahr nun sogar noch besser darstellt als im 2. Halbjahr 2014.

Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl im September um 50 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit) erreichte im August ein Niveau von 31,0 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 691 000 Personen überschritten (+ 2,3 %). Den kräftigsten Beschäftigungsaufbau gab es in den Bereichen Pflege und Soziales sowie Handel und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 59 000 Personen gegenüber dem Vormonat.

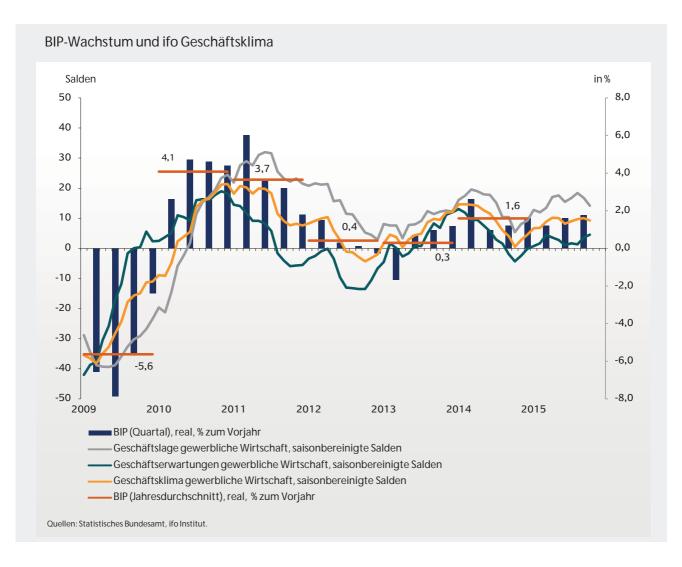
Der Beschäftigungsaufbau speist sich weiter maßgeblich aus der Stillen Reserve und einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und gestiegener Erwerbsbeteiligung. Die in den vergangenen Monaten stark gestiegene Flüchtlingsmigration wirkt sich hier jedoch noch nicht aus.

Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Der Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit als Indikator für die Arbeitsnachfrage hat ein neues Allzeithoch erreicht. Auch die vom ifo Institut veröffentlichten Beschäftigungserwartungen sprechen für einen weiteren Beschäftigungsaufbau. Das Beschäftigungsbarometer im Dienstleistungsbereich stieg auf den höchsten Stand seit April 2011. Auch die Groß- und Einzelhändler gehen verstärkt auf Mitarbeitersuche. Trotz des bevorstehenden Winters stieg das Beschäftigungsbarometer im Baugewerbe. Nur in der Industrie bleibt die Beschäftigungsdynamik schwach ausgeprägt.

Privater Konsum bleibt wichtige Wachstumsstütze

Der private Konsum war auch im 3. Quartal eine wichtige Stütze des Wachstums. Doch gibt es auch hier Daten, die auf eine etwas weniger

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



starke Fortsetzung der Entwicklung hindeuten könnten.

Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird von der verhaltenen Inflation sowie den niedrigen Zinsen weiterhin gestärkt. Auch der anhaltende Beschäftigungsaufbau sowie die damit einhergehenden Einkommenszuwächse fördern die privaten Konsumausgaben. Während der Effekt der Einführung des Mindestlohns auf die Einkommenszuwächse im Jahresverlauf nachgelassen haben dürfte, sind aufgrund der hohen Arbeitskräftenachfrage weiterhin steigende Löhne zu erwarten. Auch die Rentenanpassung im Juli 2015 sowie die beschlossenen Gesetze zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des

des Kinderzuschlags und die für nächstes Jahr angekündigten Rentenerhöhungen tragen zum Verbrauchervertrauen bei. Das Konsumklima ist immer noch auf einem hohen Niveau, wenn auch die Sorgen hinsichtlich der weiteren Konjunkturentwicklung zunehmen.

Die Umsätze im Einzelhandel (real, ohne Kfz) sind im 3. Quartal im Vergleich zum Vorquartal erneut gestiegen und zeigen im Dreimonatsvergleich einen merklichen Aufwärtstrend. Auch die Umsätze im Kfz-Handel verzeichneten ein leichtes Plus im Vergleich zum Vorquartal. Bei Neuzulassungen von Pkw insbesondere im privaten Bereich sind jedoch im September und Oktober saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat starke Rückgänge zu

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

beobachten. Im Fahrzeugbau scheint sich dies nicht widerzuspiegeln: Er bleibt im Dreimonatsvergleich aufwärtsgerichtet.

Die Produktion von Konsumgütern ging im 3. Quartal leicht zurück, während der Inlandsumsatz in diesem Bereich seitwärtsgerichtet war. Die Stimmung der Unternehmen im Einzelhandel fällt im Oktober etwas weniger optimistisch aus als noch im September. Laut ifo Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel hat sich insbesondere die Lageeinschätzung eingetrübt und auch die Erwartungen für die kommenden Monate sind etwas zurückgegangen. Allerdings sind im Vergleich zum Vorjahr deutliche Zuwächse zu beobachten und der Index befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau.

Verbraucherpreise stiegen im Oktober leicht

Das Niveau der Verbraucherpreise hat sich im Oktober im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig erhöht. Die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland – ist im Oktober 2015 um + 0,3 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen, nachdem sie im Vormonat unverändert

geblieben war. Dazu trugen die weiterhin deutlich rückläufigen Energiepreise bei. Allerdings war der Energiepreisrückgang etwas schwächer als im Vormonat (-8,6 % nach - 9,3 % im September) und der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus bei Nahrungsmitteln erhöhte sich gegenüber September (+1,6 % nach +1,1 % im September gegenüber dem Vorjahr).

Die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe sollte auch im 4. Quartal moderat bleiben. So war der beschleunigte Rückgang der Importpreise u. a. auf eine Reihe von Preisrückgängen bei Rohstoffen zurückzuführen (Nickel - 32,3 %, Kupfer - 11,5 % gegenüber dem Vorjahr), was die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft insbesondere in China widerspiegeln dürfte. Die dämpfende Wirkung des Rohölpreises sollte bis zum Jahresende weiter nachlassen – vorausgesetzt, es kommt zu keinen weiteren Verbilligungen im Verlauf.

Die Entwicklung der Preisniveaus ist sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe durch ein hohes Maß an Stabilität geprägt. Dies begünstigt die Kaufkraft der Verbraucher und entlastet die Unternehmen.

Steuereinnahmen im Oktober 2015

Steuereinnahmen im Oktober 2015

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2015 im Vorjahresvergleich um 1,9 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag lediglich um 1,4 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen nicht so stark wie in den Vormonaten. Hier wirkte sich insbesondere die Nachzahlung von Kindergeld aufkommensmindernd aus. Die Steuern vom Umsatz entwickelten sich hingegen gut. Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sank ausgehend von einer sehr hohen Vorjahresbasis. Zudem hatte die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge im Vergleich zum Oktober 2014 einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen.

Das Aufkommen der Bundessteuern lag im Oktober 2015 per Saldo auf Vorjahresniveau. Die Ländersteuern entwickelten sich im Oktober mit einem Zuwachs von 21,2 % im Vorjahresvergleich erneut sehr dynamisch. Hier konnten sowohl die Grunderwerbsteuer als auch die Erbschaftsteuer erneut kräftig zulegen.

EU-Eigenmittel

Im Oktober 2015 stiegen die Zolleinnahmen gegenüber dem Vorjahrsmonat um 10,0 %. Die Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittelabrufe aus dem Bundeshaushalt waren deutlich höher als im Oktober 2014. Die Abrufe orientieren sich am jeweiligen Finanzbedarf der Europäischen Union (EU). In der Summe stiegen die EU-Eigenmittel insgesamt im aktuellen Berichtsmonat um 51,4 % gegenüber Oktober 2014. Kumuliert liegen die EU-Eigenmittel im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 um 3,3 % über dem Vorjahresniveau.

Gesamtüberblick kumuliert bis Oktober 2015

Die Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf spiegelt die günstige konjunkturelle Lage in Deutschland wider: Die deutsche Volkswirtschaft ist in einem moderaten Wirtschaftsaufschwung. Davon profitieren besonders die konjunkturreagiblen Steuerarten. Sie werden durch steigende Beschäftigung, zunehmende Löhne und expandierende Gewinne begünstigt.

Dies spiegelt sich insgesamt im kumulierten Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) im bisherigen Jahresverlauf wider, das bis Oktober 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,4% angestiegen ist. Dabei verbesserten sich die Einnahmen aus gemeinschaftlichen Steuern um 4,9%, aus Bundessteuern um 5,3%, sowie aus Ländersteuern um 14,9%. Allerdings ist die Wachstumsrate der Bundessteuern durch eine geringe Vorjahresbasis infolge der zeitweiligen Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 überzeichnet.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Oktober 2015 nach Bundesergänzungszuweisungen um 2,8 % unter dem Vorjahresniveau. Der leichte Zuwachs des Bundesanteils an den gemeinschaftlichen Steuern um 0,8 % konnte den erheblichen Anstieg der Eigenmittelabführungen aus dem Bundeshaushalt nicht kompensieren. Zudem hat sich gegenüber dem Vorjahr die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zulasten des Bundes geändert. Kumuliert von Januar bis Oktober 2015 liegen die Steuereinnahmen des Bundes allerdings um 5,6 % über dem Vorjahresniveau.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Oktober 2015 mit + 2,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat erneut dynamischer als die Einnahmen des Bundes. Basis dieser Entwicklung sind weiterhin sehr kräftig steigende Einnahmen aus Ländersteuern

Steuereinnahmen im Oktober 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 060	+1,4	142 135	+6,7	179 100	+6,6
veranlagte Einkommensteuer	- 342	Χ	35 782	+6,9	48 650	+6,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 083	-15,2	15 240	+2,8	17010	-2,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	276	-37,2	7 143	+5,3	8 123	+4,0
Körperschaftsteuer	-1 366	Χ	14375	+4,2	20 970	+4,6
Steuern vom Umsatz	16776	+4,3	172 585	+3,4	209 400	+3,1
Gewerbesteuerumlage	782	+3,6	2 922	+2,6	4 023	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	773	+7,2	2 5 5 6	+4,0	3 401	+3,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	31 042	+1,4	392 737	+4,9	490 677	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 341	+0,7	27715	-0,6	39 850	+0,2
Tabaksteuer	1 3 6 8	+2,0	11 255	-0,1	14 640	+0,2
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	153	+3,4	1 688	+1,0	2 075	+0,7
Versicherungsteuer	561	+4,9	11 009	+2,9	12 400	+2,9
Stromsteuer	552	-4,6	5 466	-1,7	6 5 5 0	-1,3
Kraftfahrzeugsteuer	673	-0,5	7 595	+3,8	8 800	+3,5
Luftverkehrsteuer	94	-3,2	805	+3,2	1 030	+4,1
Kernbrennstoffsteuer	34	-69,9	1 188	Х	1 340	+89,3
Solidaritätszuschlag	851	+3,0	12 626	+6,5	15 750	+4,7
übrige Bundessteuern	123	+2,4	1 200	+0,9	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	7 750	-0,1	80 547	+5,3	103 888	+2,0
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	569	+36,5	5 188	+13,7	6011	+10,2
Grunderwerbsteuer	949	+16,4	9 2 9 1	+20,1	11 150	+19,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	161	+15,5	1 421	+0,4	1 658	-0,9
Biersteuer	59	+0,6	575	-0,7	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	18	-2,1	354	+1,4	413	+1,6
Ländersteuern insgesamt	1 755	+21,2	16 829	+14,9	19 908	+13,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	474	+10,0	4294	+13,9	5 100	+12,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	280	+66,5	3 570	+4,9	4140	+3,1
BNE-Eigenmittel	1 479	+68,9	17 810	+0,7	21 460	-4,3
EU-Eigenmittel insgesamt	2 234	+51,4	25 673	+3,3	30 700	-0,9
Bund ³	18 402	-2,8	222 539	+5,6	281 402	+3,9
Länder ³	18 067	+2,7	214 776	+5,0	267 654	+5,3
EU	2 234	+51,4	25 673	+3,3	30 700	-0,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 317	+2,7	31 418	+7,8	39 817	+7,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	41 021	+1,9	494 406	+5,4	619 573	+4,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3 \, \}text{Nach Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes"} \, \text{ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1)}.$

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2015.

Steuereinnahmen im Oktober 2015

(+ 21,2 % gegenüber Oktober 2014). Im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 ergeben sich für die Länder Steuermehreinnahmen von 5,0 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern lag im Oktober 2015 um 2,7 %, kumuliert bis Oktober 2015 um 7,8 %, über dem Vorjahresniveau.

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen. Im Oktober 2015 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 4,2 % über dem Vorjahresniveau. Die Zuwachsrate war damit etwas niedriger als in den Vormonaten. Sie liegt aber im Rahmen der üblichen monatlichen Schwankungen. Zudem stieg das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld mit + 15,3 % deutlich an. Der Anstieg wurde durch die Nachzahlung von Kindergeld für mehrere Monate aufgrund der zum 1. Januar 2015 rückwirkenden Erhöhung des Kindergeldes verursacht. Per Saldo abzüglich des Kindergeldes - errechnet sich damit für das Nettoaufkommen der Lohnsteuer in diesem Monat nur ein leichtes Plus von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Summiert für den Zeitraum Januar bis Oktober 2015 stieg das Lohnsteueraufkommen um 6,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Körperschaftsteuer

Auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer spiegelt im bisherigen Jahresverlauf die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wider, die von expandierenden Gewinnen begleitet wird und sich in ansteigenden Vorauszahlungen bei der Körperschaftsteuer niederschlug. Im aktuellen Monat wurde das Aufkommen allerdings von der Veranlagungstätigkeit für frühere Jahre geprägt. Der Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen lag auf Vorjahresniveau. Das Aufkommen wurde durch die Auszahlung

eines Teilbetrags der diesjährigen Rückzahlungsrate der Körperschaftsteuerguthaben um 1,0 Mrd. € gemindert. Ein größerer Teilbetrag war bereits im Vormonat ausgezahlt worden. Die Investitionszulage hat aufgrund ihres geringen Volumens nur noch geringen Einfluss auf das Nettoaufkommen. Kumuliert für die Monate Januar bis Oktober 2015 stieg das Körperschaftsteueraufkommen um 4,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Veranlagte Einkommensteuer

Die Einnahmenentwicklung der veranlagten Einkommensteuer wurde ebenso wie bei der Körperschaftsteuer von laufenden Veranlagungen bestimmt. Das Bruttoaufkommen lag um 17,1% niedriger als im direkten Vorjahresmonatsvergleich. Hiervon abzuziehen waren neben den Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer auch noch relativ geringe Beträge an Investitionszulage und Eigenheimzulage. Nach Berücksichtigung der Abzugsbeträge ergibt sich für das Nettoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer ebenso wie im Vorjahr ein Erstattungsvolumen von 0,3 Mrd. €. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 stieg das Nettoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 6,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Gegenüber dem Vorjahresmonat – welcher ein außergewöhnlich hohes Aufkommen zu verzeichnen gehabt hatte – lag das Brutto-aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Oktober 2015 um 18,3 % niedriger. Im längerfristigen Vergleich sind die Einnahmen in diesem Monat mit 1,1 Mrd. € jedoch immer noch recht hoch. Nach Abzug der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) liegt das Nettoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um 15,2 % unter dem Wert vom Oktober 2014. Im abgelaufenen Jahr erhöhten sich die kassenmäßigen Einnahmen bis Oktober kumuliert um 2,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Steuereinnahmen im Oktober 2015

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge fiel im Oktober außergewöhnlich niedrig aus und lag um 37,2 % unter dem Vorjahresniveau. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis Oktober 2015 stieg das Steueraufkommen jedoch – insbesondere aufgrund der hohen Einnahmezuwächse im 2. Quartal – um 5,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg nach einem schwachen Septemberergebnis im Berichtsmonat Oktober 2015 um 4,3 % gegenüber dem Voriahresmonat. Das Ergebnis wurde von einem starken Anstieg des Aufkommens der inländischen Umsatzsteuer um 6.1% dominiert, während die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer um 0,4 % gegenüber Vorjahresmonat zurückgingen. Die unterjährige Aufkommensentwicklung der Steuern vom Umsatz unterliegt gewöhnlich hohen Schwankungen. Kumuliert für den Zeitraum bis Oktober 2015 ist mit einem Zuwachs von 3.4 % weiterhin eine deutliche Zunahme des Aufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern lag im Oktober 2015 nahezu auf Vorjahresniveau (-0,1% gegenüber Oktober 2014). Zuwächse verzeichneten die Energiesteuer (+ 0,7 %), die Tabaksteuer (+ 2,0 %), die Versicherungsteuer (+ 4,9 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 3,0 %) sowie kleinere Verbrauchsteuern. Demgegenüber stehen geringere Einnahmen aus der Stromsteuer (- 4,6 %) und der Luftverkehrsteuer (-3,2%). Der Rückgang bei der Kraftfahrzeugsteuer (-0,5 %) ist durch eine hohe Basis im Vorjahr überzeichnet. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis Oktober 2015 stieg das Aufkommen bei den Bundessteuern 2015 um 5,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Aufgrund der zeitweiligen Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 ist das Vorjahresniveau für diesen Zeitraum allerdings stark unterzeichnet.

Ländersteuern

Das Aufkommen aus den Ländersteuern stieg im Oktober 2015 erneut sehr dynamisch um 21,2 % an. Der Zuwachs wurde vor allem von der Entwicklung der Erbschaftsteuer (+ 36,5 %) sowie der Grunderwerbsteuer (+ 16,4 %) getragen. Aber auch die Rennwett-und Lotteriesteuer (+ 15,5 %) und die Biersteuer (+ 0,6 %) konnten Zuwächse verbuchen. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 stieg das Steueraufkommen der Ländersteuern kumuliert um 14,9 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015

Zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 verabschiedet

Der Bundestag hat am 5. November 2015 den zweiten Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2015 verabschiedet. Neben der Entlastung der Länder und Kommunen um insgesamt 2,0 Mrd. € werden nun auch zusätzliche Mittel zur Bekämpfung der Flüchtlingsursachen in den Ursprungsländern bereitgestellt. Zusätzlich werden die Ansätze bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhöht. Die Gesamtausgaben erhöhen sich dadurch auf 301,9 Mrd. €, während die Gesamteinnahmen auf 306,6 Mrd. € veranschlagt werden.

Ausgaben- und Einnahmenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober 2015 auf 252,1 Mrd. € und lagen mit + 0,9 Mrd. € nur noch leicht über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 0,4 %). Die Einnahmen bis einschließlich Oktober übertrafen dagegen mit 247,9 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 18,2 Mrd. € (+ 7,9 %). Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 222,0 Mrd. € und lagen um 13,4 Mrd. € (+ 6,4 %) über dem Ergebnis vom Oktober 2014. Bis einschließlich Oktober 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 4,1 Mrd. €. Die Kassenmittel unterliegen jedoch im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015 ¹	Ist-Entwicklung ² Oktober 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,9	252,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,4
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	306,6	247,9
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,1	222,0
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+6,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	4,7	-4,1
Finanzierung durch:	0,3	-4,7	4,1
Kassenmittel (Mrd. €)		-	23,8
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,2
Zuführung an Rücklagen		-5,0	
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-19,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

		st		oll		vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	014	20	15 ¹	Januar bis Oktober 2014	Januar bis Oktober 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio. €	in%
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 614	22,1	56 781	54 040	-4,8
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6 418	2,1	4353	4676	+7,4
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	26 138	26312	+0,7
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	11 948	12 566	+5,2
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 2 2 1	1,4	3 198	3 501	+9,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	14 629	15 627	+6,8
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	2 199	2 776	+26,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10214	3,5	11 147	3,7	7 382	7 708	+4,4
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	154 301	51,1	130 309	133 705	+2,6
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,8	89 923	91 167	+1,4
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 944	11,2	26 833	28 267	+5,3
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 300	6,7	16 776	17114	+2,0
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4162	1,4	5 350	1,8	3 405	4 461	+31,0
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 9 6	2,5	8 2 1 4	2,7	6 2 6 5	6723	+7,3
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	1 846	1760	-4,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	1 292	1 372	+6,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	1 540	1 507	-2,2
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	1 361	1 298	-4,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	485	467	-3,7
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 237	1,4	3 280	3 399	+3,6
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	447	741	+66,0
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 483	1 401	-5,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	12 154	12 427	+2,2
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	6 001	5 856	-2,4
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4 961	1,6	3 137	3 600	+14,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	38 858	12,9	30 955	29 726	-4,0
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 267	7,0	24816	20 308	-18,2
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 900	100,0	251 113	252 058	+0,4

 $^{^{1}} Einschließlich zweiter \, Nachtrag \, zum \, Bundeshaushalt \, 2015.$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ı	st	S	oll	Ist-Ent	wicklung	Unterjährige Veränderung
	20	014	20	015 ¹	Januar bis Oktober 2014	Januar bis Oktober 2015	gegenübe Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	⁄lio. €	in%
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	272 338	90,2	228 985	229 846	+0,4
Personalausgaben	29 209	9,9	29 996	9,9	24 943	25 989	+4,2
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 748	7,2	17 952	18 782	+4,6
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	6 9 9 1	7 208	+3,1
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 480	8,1	17 008	17 505	+2,9
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	998	1 083	+8,5
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	5 947	5 9 2 1	-0,4
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 495	4,5	10 063	10501	+4,4
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 267	7,0	24 816	20 308	-18,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	195 919	64,9	161 692	165 455	+2,3
an Verwaltungen	21 108	7,1	24 666	8,2	16 641	18 232	+9,6
an andere Bereiche	166 200	56,2	171 253	56,7	145 051	147 223	+1,5
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	21 210	21 312	+0,5
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	29 270	9,7	23 878	24581	+2,9
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,4	94 023	95 402	+1,5
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	526	590	+12,2
nvestive Ausgaben	29 275	9,9	29 880	9,9	22 128	22 212	+0,4
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 018	7,3	16 508	16 880	+2,3
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	11 329	15 899	+40,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 354	0,4	779	759	-2,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 4 1 6	1,5	71	0,0	4 401	221	-95,0
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 863	2,6	5 620	5 332	-5,1
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	4900	4 5 2 9	-7,6
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 244	0,4	570	695	+21,9
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	150	108	-28,0
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 900	100,0	251 113	252 058	+0,4

 $^{^{1}} Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2015

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

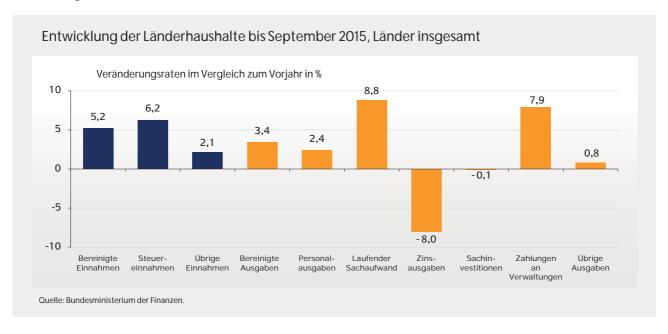
	ls	t	So	II ¹	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderund
	20	14	20		Januar bis Oktober 2014	Januar bis Oktober 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	270 774	91,7	280 068	91,3	208 649	222 033	+6,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	229 735	74,9	175 980	183 298	+4,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112976	38,3	119 593	39,0	86 445	91 597	+6,0
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	24,7	54989	58 481	+6,4
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	20 634	6,7	14224	15 207	+6,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8712	3,0	8 200	2,7	7352	7 579	+3,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	2 985	3 143	+5,3
Körperschaftsteuer	10022	3,4	10 400	3,4	6894	7 187	+4,3
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	108 475	35,4	88 436	90 578	+2,4
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,5	1 099	1 123	+2,2
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,2	27 892	27 715	-0,6
Tabaksteuer	14612	5,0	14190	4,6	11 262	11 255	-0,1
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,1	11857	12 626	+6,5
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	10 695	11 009	+2,9
Stromsteuer	6 638	2,2	6900	2,3	5 563	5 466	-1,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	7318	7 595	+3,8
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-1 762	1 188	-167,4
Branntweinabgaben	2 0 6 1	0,7	2 062	0,7	1 674	1 690	+1,0
Kaffeesteuer	1016	0,3	1 020	0,3	832	845	+1,6
Luftverkehrsteuer	990	0,3	1010	0,3	780	805	+3,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10681	-3,6	-10 040	-3,3	-8 000	-7 606	-4,9
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,5	-19 267	-17810	-7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	-3 705	-3 570	-3,6
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-6082	-6 082	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-2,9	-6744	-6 744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	26 553	8,7	21 058	25 840	+22,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6913	2,3	6 994	2,3	6 0 6 4	6 155	+1,5
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	183	179	-2,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 381	0,8	2 437	2 629	+7,9
Einnahmen insgesamt	295 147	100,0	306 620	100,0	229 707	247 873	+7,9

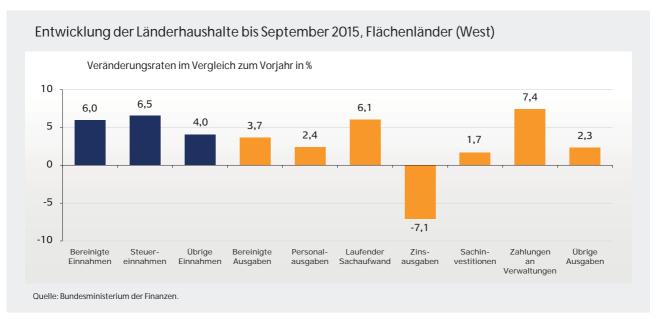
 $^{^{1}} Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.$

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015

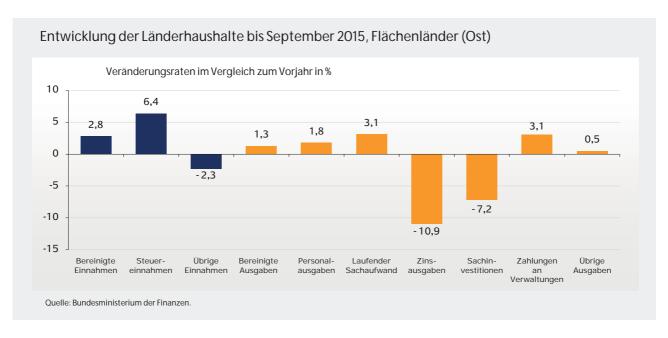
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015

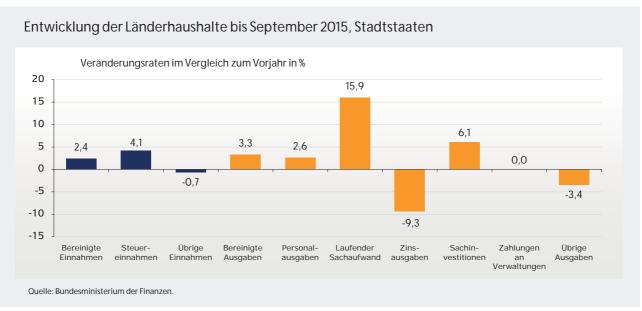
Die Einnahmen der Länder erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 %, während die Ausgaben um 3,4 % zunahmen. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,2 %. Die Ländergesamtheit erwirtschaftete bis Ende September einen Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verbesserung um knapp 4,1 Mrd. €. Zurzeit sehen die Planungen der Länder insgesamt für 2015 ein Gesamtdefizit von - 8,3 Mrd. € vor.





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 1,14 % (1,33 % im September).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 0,52 % (0,59 % Ende September).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Oktober auf 0,068 % (- 0,040 % Ende September).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 22. Oktober 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei -0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 10 580 Punkte am 30. Oktober (9 660 Punkte am 30. September). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 101 Punkten am 30. September auf 3 418 Punkte am 30. Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September bei 4,9 % nach 4,9 % im August und 5,3 % im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juli bis September bei 5,0 %, verglichen mit 5,0 % in der Zeit von Juni bis August.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum

belief sich im September auf 0,7 % (1,0 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,73 % im September gegenüber 2,83 % im August.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

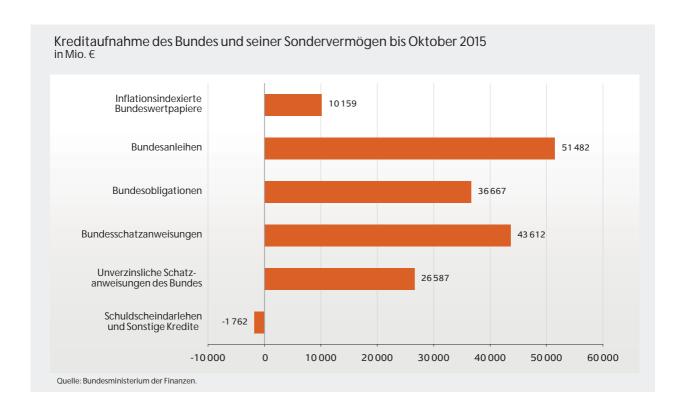
Von Januar bis Oktober 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 166,7 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 158,3 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 10,2 Mrd. € emittiert. Ferner wurden am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 1,0 Mrd. € verkauft.

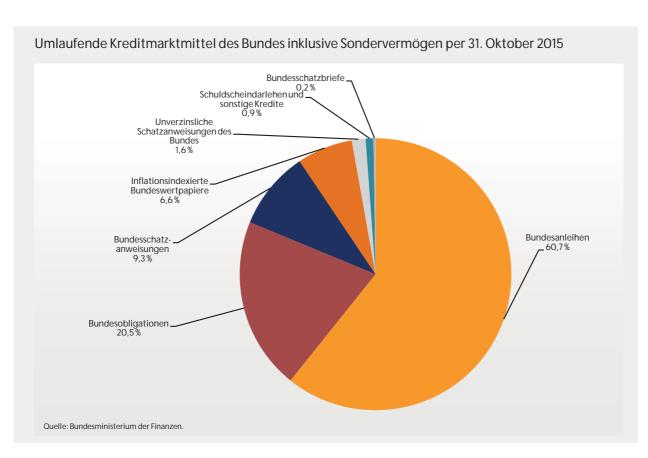
Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 201,3 Mrd. € (davon 179,1 Mrd. € Tilgungen und 22,2 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 34,5 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 164,4 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 2,1 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 0,3 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
						i	in Mrd. €	Ē					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-				-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	21,0	-	-	-			44,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-	-	-	-	16,0			52,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-			45,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	4,0	4,0	4,0	4,0			36,0
Bundesschatzbriefe und Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,1	0,0			0,8
Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,6	0,1	0,0	0,3			1,3
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	19,0	23,1	2,1	17,2	25,9	4,1	19,1	20,3			179,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3	10,1	0,7	0,5	0,4			22,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $\label{thm:condition} Quelle: Bundesministerium \, der \, Finanzen.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	7. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	14. Oktober 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	21. Oktober 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	28. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	11. November 2015	5 Jahre /fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN110462	Neuemission	18. November 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	25. November 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	ca. 3 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN110462	Aufstockung	9. Dezember 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	ca. 3 Mrd. €	
			4. Quartal 2015 insgesamt	ca. 28 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119543 WKN 111954	Neuemission	12. Oktober 2015	6 Monate/fällig 13. April 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
			4. Quartal 2015 insgesamt	2 Mrd. €	2 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/ Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2015	undeswertpaiere insgesamt oder eines Monats außer August und		Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 4. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030575 WKN 103057	Aufstockung	6. Oktober 2015	30 Jahre/fällig 15. April 2046 Zinslaufbeginn 15. April 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	500 Mio. €	500 Mio. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	10. November 2015	15 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1Mrd.€

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 9. und 10. November 2015 in Brüssel

In der Eurogruppe am 9. November 2015 standen die Bankenunion, Griechenland und Spanien, die Wirtschaftslage sowie die Vorschläge der Europäischen Kommission für weitere Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Tagesordnung.

Zur Bankenunion unterrichtete die Vorsitzende des einheitlichen Abwicklungsausschusses über den Stand der Arbeiten im Vorlauf der vollständigen Übernahme der Zuständigkeit für Abwicklungen am 1. Januar 2016. Die Minister begrüßten die erzielten Fortschritte.

Zu Griechenland berichteten die Institutionen (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds) sowie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zum Umsetzungsstand der Meilensteine für die Auszahlung der aktuellen Teiltranche von 2 Mrd. €. Zwar habe Griechenland Fortschritte gemacht, die Umsetzung zentraler Schritte stünde jedoch noch aus. Zudem wurden Fragen der Bankenrekapitalisierung diskutiert.

Zur Wirtschaftslage stellte die Europäische Kommission ihre am 5. November 2015 erschienene Herbstprognose vor. Diese bestätige die Erwartung einer weiteren Erholung im Euroraum. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble appellierte an die Mitgliedstaaten, die aktuelle Situation zur Umsetzung nötiger Strukturreformen zu nutzen.

Zu Spanien berichteten die Europäische Kommission, die EZB und der ESM mündlich über die Ergebnisse der 4. Überprüfung im Rahmen der Nachprogrammüberwachung. Sie bestätigten die hohe Wahrscheinlichkeit, dass Spanien seine Zahlungsverpflichtungen aus dem Programm werde erfüllen können.

Es fand, wie auch einen Tag später beim ECOFIN, ein erster Meinungsaustausch zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission vom 21. Oktober 2015 zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion statt. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble betonte, aktuell sei die Umsetzung der bestehenden Maßnahmen und Regeln zu verbessern. Dabei müssten die Wettbewerbsfähigkeit und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen klar im Vordergrund stehen.

Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 10. November 2015 standen im Einzelnen die Kapitalmarktunion, die Umsetzung der Bankenunion, die Brückenfinanzierung beim Einheitlichen Abwicklungsmechanismus, die Vorschläge der Europäischen Kommission für weitere Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Klimafinanzierung.

Vor Beginn des ECOFIN kamen die Minister zu einem Dialog mit den EFTA-Staaten¹ zusammen. Sie diskutierten auf Grundlage von Erfahrungen sowohl der EFTA-Staaten als auch der Europäischen Union die Verbindung von Wirtschaftswachstum und Strukturreformen.

Im Rahmen des ECOFIN-Frühstücks legte die Europäische Kommission die Möglichkeiten zur Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingssituation im

¹ European Free Trade Association; Europäische Freihandelsassoziation, bestehend aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Stabilitäts- und Wachstumspakt dar. Die Bank des Europarats sowie die Europäische Investitionsbank berichteten über ihre Maßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. In diesem Zusammenhang forderte Bundesfinanzminister Dr. Schäuble eine klare Prioritätensetzung zugunsten der Flüchtlingsthematik in den laufenden Verhandlungen zum EU-Haushalt 2016 ein.

Der ECOFIN hat Schlussfolgerungen zum Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Errichtung einer Kapitalmarktunion verabschiedet, die die Zielrichtung der Vorschläge der Europäischen Kommission grundsätzlich unterstützen.

Zur Umsetzung der Bankenunion berichtete die Kommission zum aktuellen Stand der Umsetzung der Bankenrestrukturierungsund -abwicklungsrichtlinie, der Einlagensicherungsrichtlinie sowie der Ratifizierung der intergouvernementalen Vereinbarung zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund). Sie wiederholte ihren Appell für eine schnelle Umsetzung durch im Verzug befindliche Mitgliedstaaten.

Der ECOFIN diskutierte erneut die Regelungen für die Brückenfinanzierung beim Einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Dabei konnte eine weitgehende Einigung zum Entwurf einer Kreditvereinbarung für nationale, nicht vergemeinschaftete Kreditlinien erzielt werden. Diese wird in den kommenden Wochen finalisiert.

Unter dem Tagesordnungspunkt "Klimaschutzfinanzierung" hat der ECOFIN Schlussfolgerungen verabschiedet. Diese bilden zusammen mit den Schlussfolgerungen des Umweltrates das EU-Mandat für die internationalen Verhandlungen bei der Weltklimakonferenz ab dem 30. November 2015 in Paris.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

7./8. Dezember 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. Dezember 2015	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. Januar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
11./12. Februar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
18./19. Februar 2016	Europäischer Rat in Brüssel
26./27. Februar 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Shanghai
7./8. März 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. März 2016	Europäischer Rat in Brüssel
15 17. April 2016	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
17./18. April 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
22./23. April 2016	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8. bis 11. September 2015	1. Lesung Bundestag
25. September 2015	1. Beratung Bundesrat
3. bis 5. November 2015	Steuerschätzung in Nürnberg
24. bis 27. November 2015	2./3. Lesung Bundestag
18. Dezember 2015	2. Beratung Bunderat

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2015	November 2015	18. Dezember 2015
Januar 2016	Dezember 2015	29. Januar 2016
Februar 2016	Januar 2016	19. Februar 2016
März 2016	Februar 2016	21. März 2016
April 2016	März 2016	21. April 2016
Mai 2016	April 2016	20. Mai 2016
Juni 2016	Mai 2016	20. Juni 2016
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

¹ Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
1	Kreditmarktmittel	70
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2014 bis 2019	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016	77
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2016	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	. 100
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 101
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	. 101
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis September 2015	. 102
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015	

☐ Statistiken und Dokumentationen

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Ges	amtwirts chaft liches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	. 108
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	109
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts	
	zum preisbereinigten Potenzialwachstum	. 111
4	Bruttoinlandsprodukt	. 112
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	. 114
6	Kapitalstock und Investitionen	. 118
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	. 119
8	Preise und Löhne	. 120
Ker	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 122
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 122
2	Preisentwicklung	. 123
3	Außenwirtschaft	. 124
4	Einkommensverteilung	. 125
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	. 126
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 127
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 128
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	. 129
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 130
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 131
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 135

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 30. September 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Oktober 2015	
Gliederung nach Schuldenarten					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75 500	500	-	76 000	
Bundesanleihen	689 405	7 000	-	696 405	
Bundesobligationen	248 000	3 000	16000	235 000	
Bundesschatzanweisungen	103 000	4000	-	107 000	
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	22 540	-	4004	18 536	
Bundesschatzbriefe und Tagsanleihen des Bundes	2784	-	49	2734	
Schuldschendarlehen und sonstige Kredite	11 105	-	280	10825	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 152 333			1 146 500	

	Stand: 30. September 2015		Stand: 31. Oktober 2015
Glieder	ıng nach Restlaufzeite	en	
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	194126		189880
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	345 223		349 135
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	612 985		607 485
Kreditmarktmittel insgesamt	1 152 333		1 146 500

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2015	Belegung am 30. September 2014					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	160,0	132,2	140,5					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,8	44,3					
FZ-Vorhaben	22,2	12,6	9,7					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	105,0	107,6					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,8					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4					

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2015 De	ezember	-	-	-	-	-	-
No	ovember	-	-	-	-	-	-
O	ktober	252 058	247 873	-4144	-23 768	198	19822
Se	eptember	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
Αι	ugust	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Ju	li	180 764	174943	-5 794	-21 268	179	15 653
Ju	ni	147 444	147 872	450	-4819	129	5 3 9 8
M	ai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
Ap	oril	104 640	90 101	-14518	-34 653	-28	20 106
М	ärz	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620
Fe	ebruar	59888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144
Ja	nuar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252
2014 De	ezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0
No	ovember	273 755	252 401	-21 297	-18391	118	-2 788
Ol	ktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
Se	eptember	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
Αι	ıgust	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 5 7 9
Ju		184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Ju	ni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
M		127 591	103 500	-24 066	-25388	0	1 322
	oril	103 067	84896	-18 139	-28 185	- 18	10 028
	ärz	80 119	63 166	-16 936	-24101	- 126	7 040
	ebruar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
	nuar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
	ezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	ovember	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	ktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	eptember	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	ıgust	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Ju		185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Ju		150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
M		128 869	103 903	-24939	-22 699	64	-2 176
	ai oril	104 661	83 276	-21 371	-34642	-58	13 213
		79 772	60 452	-19 306	-24193	- 107	4780
	ärz	59 487	35 678	-23 786	-24082	-128	168
FE	ebruar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	120	100

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	o. €/€ m		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	- 250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			Central Government D	Debt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	zeiten	Carrillania latrua aran
		Outsta	nding debt		Gewährleistunger
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2015 Dezember	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-
Oktober	189 880	349 135	607 485	1 146 500	-
September	194 126	345 223	612 985	1 152 333	471
August	200 206	354 984	602 004	1 157 194	-
Juli	202 205	350 125	594 004	1 146 334	-
Juni	199834	346 331	607 064	1 153 229	469
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694	-
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291	-
März	182714	366 563	595 628	1 144 905	464
Februar	186389	374708	589 632	1 150 729	-
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171	-
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	464
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-
Oktober	194120	368 692	596 722	1 158 934	-
September	194113	363 965	597 130	1 155 207	459
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	_
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	_
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	_
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	_
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
•	207 355	371 083	572 836	1 151 273	_
August	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
Juli	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
Juni	207 541	377 104	562 867	1 147 512	
Mai	204 592	377 104	551 886	1 128 651	_
April					472
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
Februar	219 648	378 264	549 986	1147897	-
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			Central Government [Debt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	zeiten	
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
März	214 444	351 945	545 695	1112084	454
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2014-2019 Gesamtübersicht

	2014	2015	2016	2017	2018	2019			
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll ¹	RegEntw		Finanzplanung				
	Mrd.€								
1. Ausgaben	295,5	301,9	312,0	318,8	326,3	333,1			
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,0	+2,2	+3,3	+2,2	+2,4	+2,1			
2. Einnahmen ²	295,1	306,6	311,7	318,5	326,0	332,8			
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,4	+3,9	+1,7	+2,2	+2,4	+ 2,1			
darunter:									
Steuereinnahmen	270,8	280,1	290,0	299,1	312,2	323,8			
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,2	+3,4	+3,5	+3,1	+4,4	+3,7			
3. Finanzierungssaldo	-0,3	4,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3			
in % der Ausgaben	0,1	Х	0,1	0,1	0,1	0,1			
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos									
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	201,8	176,0	209,1	185,8	193,0	182,9			
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-1,5	-12,6	3,2	0,6	-0,9	-2,3			
6. Tilgungen (+)	200,3	188,6	205,9	185,2	193,9	185,2			
7. Nettokreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3			
nachrichtlich:									
investive Ausgaben	29,3	29,9	30,4	31,2	31,8	30,5			
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 12,6	+2,2	+1,2	+2,5	+1,8	- 4,0			
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5			

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: November 2015.

¹Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3}$ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart		lst			Soll ¹	RegEntwurf ²
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 996	30 707
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20938	21 280	21 748	22 280
ziviler Bereich	9 274	9 289	9 599	9 9 9 7	11 242	11 306
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506	10 974
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7928	8 248	8 427
ziviler Bereich	2 472	2 5 3 8	2 619	2 699	2 832	2 830
militärischer Bereich	4682	4889	5 018	5 2 2 9	5 417	5 596
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 480	25 949
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1352	1 417	1 490
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10137	10 287	8 550	8 8 1 4	9 568	10164
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 495	14295
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	21 267	23 807
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 267	23 807
Sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 267	23 807
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 225	23 766
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	195 919	200 693
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24 666	23 965
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16 480	16 699
Gemeinden	12	8	8	5	6	6
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 9 6 9	8 180	7 260
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	171 253	176 728
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	26980	27 898
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26 718	26 307	27 055	28 029	29 270	28 271
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104719	106 761	111 329
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	2 035	2 117
an Ausland	3 958	5017	6 075	6 043	6 2 0 6	7 111
an Sonstige	2	2	5	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	271 662	281 156

 $^{^{1}} Einschlie {\it Blich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015}.$

² Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart		lst			Soll ¹	RegEntwurf
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 863	9 046
Baumaßnahmen	5814	6 147	6264	6 4 1 9	6 132	7 085
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1 244	1 325
Grunderwerb	492	629	611	463	486	636
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 269	20 229
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 589	15 524	14772	15 971	20 593	19 509
an Verwaltungen	5 243	5 789	4924	4854	8 481	5 603
Länder	5 178	5 152	4873	4786	4 895	5 265
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	86	107
Sondervermögen	-	581	-	0	3 501	231
an andere Bereiche	9346	9 735	9 848	11 118	12 112	13 907
Sonstige - Inland	6 0 6 0	6234	6 3 9 3	5886	7 035	8 066
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 2 3 2	5 077	5 8 4 1
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	676	719
an andere Bereiche	695	480	555	604	676	719
Unternehmen – Inland	260	4	7	5	30	30
Sonstige - Inland	123	129	141	135	136	132
Ausland	311	348	406	464	510	557
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 424	1 869
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	1354	1 416
an Verwaltungen	1	1	0	0	1	1
Länder	1	1	0	0	1	1
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	1 353	1 416
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	956	1 126
Ausland	1710	1 666	1 435	230	397	290
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10 304	8 778	4416	71	453
Inland	0	0	91	72	71	113
Ausland	788	10304	8 687	4 3 4 3	0	340
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 556	31 143
darunter: investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	29 880	30 424
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 319	- 300
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	301 900	312 000

¹Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.

² Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe		J		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	70 623	63 851	27 196	20 212	0	16 443
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 137	14606	4127	1 886	0	8 593
02	auswärtige Angelegenheiten	11 921	6 499	568	257	0	5 673
03	Verteidigung	33 966	33 744	16 570	15 874	0	1 300
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4797	4363	2 662	1 358	0	343
05	Rechtsschutz	501	484	307	120	0	56
06	Finanzverwaltung	4302	4 155	2 961	718	0	476
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 717	18 079	549	1 204	0	16 326
13	Hochschulen	5 4 1 4	4397	12	10	0	4375
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 563	3 558	0	182	0	3 376
15	sonstiges Bildungswesen	355	261	12	71	0	178
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 640	9 2 8 4	524	929	0	7 831
19	übrige Bereiche aus 1	746	579	1	12	0	566
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	158 205	157 273	301	288	0	156 683
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 718	106 718	39	0	0	106 679
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	8 531	8 530	0	0	0	8 530
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2112	1 551	0	4	0	1 547
25	Arbeitsmarktpolitik	32 196	32 083	1	76	0	32 006
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	394	391	0	25	0	366
29	übrige Bereiche aus 2	8 255	8 000	262	183	0	7 555
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 287	1 385	388	636	0	361
31	Gesundheitswesen	621	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	195	139	0	7	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	864	475	99	313	0	63
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	607	190	67	62	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 966	517	0	19	0	498
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 273	506	0	8	0	498
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 036	568	15	240	0	314
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 011	544	0	232	0	311
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	101	0	28
529	übrige Bereiche aus 52	882	415	0	131	0	284
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 239	4 902	630	6 772	6 753
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	400	131	0	531	531
02	auswärtige Angelegenheiten	148	4 644	630	5 422	5 421
03	Verteidigung	177	44	0	222	204
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	351	83	0	434	434
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	146	0	0	146	146
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 522	0	3 638	3 638
13	Hochschulen	1	1 015	0	1016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	5	0	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 242	0	2 356	2 356
19	übrige Bereiche aus 1	1	166	0	167	167
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	16	909	7	933	262
22	$Sozial versicherung\ einschließlich\ Arbeitslosen versicherung$	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	559	1	561	4
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	15	234	7	255	255
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	445	456	0	901	901
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	406	10	0	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 445	4	1 449	1 449
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	763	4	767	767
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	467	1	468	468
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	466	1	467	467
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	466	1	467	467
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 802	3 028	81	724	0	2 224
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 698	1 667	0	0	0	1 667
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	876	772	0	335	0	437
65	Handel und Tourismus	368	368	0	302	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 213	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 386	25	0	24	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	96	94	81	13	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 628	4 458	1 110	2 190	0	1 159
72	Straßen	8 786	1 181	0	998	0	183
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 576	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 349	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	336	222	60	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 581	2 414	948	779	0	687
8	Finanzwirtschaft	31 735	31 996	1 067	436	23 807	6 685
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 912	5 912	0	0	0	5 912
82	Steuern und Finanzzuweisungen	811	773	0	0	0	773
83	Schulden	23 815	23 815	0	8	23 807	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	567	567	567	0	0	0
88	Globalposten	200	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	429	429	0	428	0	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	312 000	281 156	30 707	25 949	23 807	200 693

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 657	1 115	2 774	2 744
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	31	0	31	31
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	105	0	105	105
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 115	1120	1 120
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1361	1 361
699	übrige Bereiche aus 6	2	0	0	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 226	6 832	113	14 170	14 170
72	Straßen	6 165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 015	1	0	1016	1 016
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 267	0	5 267	5 267
75	Luftfahrt	1	0	113	114	114
799	übrige Bereiche aus 7	45	122	0	168	168
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	9 046	20 229	1 869	31 143	30 424

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	-23,8	- 31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	-27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	-0,1	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-		-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	-6,2	- 4,7	+3
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	-4,4	-0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ⁴	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁵	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131
Anteil am Finanzierungdsaldo des	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
öffentlichen Gesamthaushalts ³									
nachrichtlich: Schuldenstand ⁶	Med C	F0.3	120.4	220.0	200 4	E20.2	1.010.0	1 210 0	1 400
öffentliche Haushalte ⁵ darunter: Bund	Mrd. € Mrd. €	59,2 23,1	129,4 54,8	238,9 120,0	388,4 204,0	538,3 306,3	1 018,8	1 210,9 774,8	1 489 903

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung			ls	t-Ergebnisse				Soll ¹	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	301,9	312
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	- 2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+2,2	+3
Einnahmen	Mrd.€	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	306,6	311
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+3,9	+1
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	-0,3	- 0,3	- 0
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	0
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-		-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	30,0	30
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	- 1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,7	+2
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,9	g
Anteil an den Personalausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,4	12
Zinsausgaben	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,3	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 5,2	- 13,1	-0,9	- 7,1	+2,7	- 17,2	- 17,9	+11
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	42,2	47
Investive Ausgaben	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,9	30
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	- 3,8	- 2,7	+43,1	- 7,8	-12,6	+2,1	+1
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	g
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	34,8	35
Steuereinnahmen ⁴	Mrd.€	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,1	290
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,8	- 0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,4	+3
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,8	93
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	91,3	93
Anteil am gesamten Steueraufkommen⁵	%	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	42,1	43
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	(
Anteil an den Bundesausgaben	% %	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	(
Anteil an den investiven Ausgaben des									
Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	C
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	-38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,0	(
nachrichtlich: Schuldenstand ⁶									
öffentliche Haushalte ⁵	Mrd. €	1 694,4	2011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0			
darunter: Bund	Mrd. €	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3			

 $^{^{1}} Einschließlich zweiter Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015.$

²Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

³Stand: Juli 2015; 2015 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

 $^{^4} Nach \, Abzug \, der \, Ergänzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

⁵Ab 1991 Gesamtdeutschland.

⁶Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabono 71 Entity lottiania aos on on thomonom oosanni maasharts	Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
---	------------	--

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,1
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	50,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	0,4
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	-8,7	4,7	3,9
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	4,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Äbgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2015.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen			
			dav	von		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
Jahr		in Mrd. €		in	%	
		Bundesrepublik	Deutschland			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9	
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0	
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1	
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5	
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2	
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6	
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5	
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4	
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3	
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6	
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8	
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7	
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4	
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3	
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8	
2015 ²	666,5	350,5	315,9	52,6	47,4	
2016 ²	691,4	366,0	325,4	52,9	47,1	
2017 ²	715,5	383,0	332,5	53,5	46,5	
2018 ²	742,7	402,0	340,7	54,1	45,9	
2019 ²	768,7	419,5	349,2	54,6	45,4	

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2015.

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen ²	Abgre	nzung der Finanzst	ıtistik ³	
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	
Jahr			in Relation z	um BIP in %			
1960	33,4	23,0	10,3				
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0	
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7	
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4	
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9	
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4	
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9	
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5	
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0	
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4	
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8	
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2	
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6	
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7	
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4	
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2	
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9	
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6	
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7	
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8	
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5	
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2	
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4	
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9	
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9	
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7	
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3	
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1	
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3	
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3	
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4	

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2014: teilweise Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

		Ausgaben des Staates						
		darunte	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,4	28,8	17,5					
1992	47,2	28,5	18,7					
1993	48,0	28,6	19,4					
1994	47,9	28,4	19,5					
1995 ⁴	48,2	28,2	20,0					
1995	54,7	34,6	20,0					
1996	48,9	28,1	20,9					
1997	48,1	27,4	20,7					
1998	47,7	27,2	20,5					
1999	47,7	27,1	20,6					
2000 ⁵	44,7	24,2	20,5					
2000	45,1	23,9	21,2					
2001	46,9	26,3	20,6					
2002	47,3	26,3	21,0					
2003	47,8	26,5	21,3					
2004	46,3	25,8	20,6					
2005	46,2	26,0	20,2					
2006	44,7	25,4	19,3					
2007	42,8	24,4	18,4					
2008	43,6	25,2	18,4					
2009	47,6	27,2	20,3					
2010	47,3	27,6	19,6					
2011	44,7	25,9	18,8					
2012	44,4	25,7	18,7					
2013	44,5	25,6	18,9					
2014	44,3	25,3	19,0					

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 ² 2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^{\}rm 4}$ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $^{^5\,\}text{Ohne Erl\"{o}se}\,\text{aus}\,\text{der Versteigerung}\,\text{von}\,\text{Mobilfunkfrequenzen}.\,\text{In}\,\text{der Systematik}\,\text{der VGR}\,\,\text{wirken}\,\text{diese}\,\text{Erl\"{o}se}\,\text{ausgabensenkend}.$

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i.w.S.		-		986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite		-		10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 397 938	1 469 117	1 540 311	1 588 545	1 598 062	1 666 170	1 783 66
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650		-		-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse		-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin		-	-	-		8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	_						7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							0,
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,
gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,
Maastricht-Schuldenstand	63,0	64,7	66,9	66,4	63,6	65,0	72,
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,
Einwohner 30. Juni	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik ¹

	2010	2011	2012	2013	2014
			in Mio. €		
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 049 014
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,1	72,4	70,3
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 542
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 607
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 008	19936
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 592
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	196 951
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328	25 524
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19870
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2856
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624915	619 477
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894
Kassenkredite	4930	3 748	6 3 0 4	3 967	7 583
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87733	91 405
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 903	127 518
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11918
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	559
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	559
Kassenkredite	0	58	4	6	0
Kernhaushalte	506	735	627	598	539
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33	20
Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 320
Maastricht-Schuldenstand	2 090 037	2 118 535	2 195 819	2 181 924	2 184 302
in Relation zum BIP in %	81,0	78,4	79,7	77,4	74,9
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 9 1 6
Einwohner 30. Juni	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031

 $^{^{1}} Aufgrund\ methodischer\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Deutsche \, Bundesbank, \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließ lich aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}text{Nur}\,\text{Extra}\text{haus}\text{halte}\,\text{der}\,\text{gesetzlichen}\,\text{Sozial}\text{versicherung}\,\text{unter}\,\text{Bundes}\text{aufsicht}.$

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	trechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995 ⁴	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-55,9	-2,9
1995	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-	-
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,4	-20,7	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,1	-8,5	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,9	5,6	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 und 2014: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,}Ohne\,Schulden "ubernahmen" (Treuhandan stalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögens "ubertragungen."$

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land -									
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,4	0,9	-3,4	-4,2	-0,1	-0,1	0,3	0,9	0,5
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,3	-0,1	0,7	0,2	0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4
Griechenland	-	-	-	-11,2	-8,8	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,3	-8,0	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,8	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,0	-1,1
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,2	0,7	1,4	0,0	0,5
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-3,6	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-3,9	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-2,2	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,7	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-4,1	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,4	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,9	-0,7	0,1
Euroraum	-	-	-	-6,2	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,6	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,6	-1,3	1,5	-3,3	-2,5
Kroatien	-	-	-3,7	-5,9	-5,3	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-3,7	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,9	-3,2	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,3	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,3	-2,8
EU	-	-	-	-6,4	-4,3	-3,3	-3,0	-2,4	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-8,8	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,9	58,9	66,9	81,0	79,7	77,4	74,9	71,4	68,5
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,6	104,1	105,1	106,7	106,7	107,1
Estland	-	5,1	4,5	6,6	9,5	9,9	10,4	10,0	9,6
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,6	59,3	62,5	64,5
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,6	96,5	97,1
Griechenland	-	-	-	146,1	159,4	177,0	178,6	194,8	199,7
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,2	120,0	107,5	99,8	95,4
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,2	128,8	132,3	133,0	132,2
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	41,4	39,1	40,6	38,3	41,1
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	39,8	38,8	40,7	42,9	40,8
Luxemburg	7,7	7,6	6,3	19,6	22,1	23,4	23,0	22,3	23,9
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,6	69,6	68,3	65,9	63,2
Niederlande	73,2	51,4	48,9	59,0	66,4	67,9	68,2	68,6	67,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,6	80,8	84,2	86,6	85,7
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	126,2	129,0	130,2	128,2	124,7
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	51,9	54,6	53,5	52,7	52,6
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,8	80,8	84,2	80,9
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	85,4	93,7	99,3	100,8	101,3
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	79,3	102,5	108,2	106,7	98,7
Euroraum	-	-	-	84,0	91,3	93,4	94,5	94,0	92,9
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,6	18,0	27,0	31,8	32,8
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,1	40,2	39,3
Kroatien	-		40,7	57,0	69,2	80,8	85,1	89,2	91,7
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	54,0	55,9	50,4	51,4	52,4
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,4	38,0	39,9	39,4	40,9
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	37,2	39,8	44,9	44,7	44,0
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,7	45,2	42,7	41,0	41,0
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	78,3	76,8	76,2	75,8	74,5
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	85,3	86,2	88,2	88,3	88,0
EU	-	-	-	78,6	85,2	87,3	88,6	87,8	87,1
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,4	104,1	105,2	105,3	104,4
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	236,6	242,6	246,4	247,4	247,4

Quelle: Ameco.
Stand: November 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7		
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4		
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8		
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3		
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2		
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9		
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9		
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6		
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-		
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7		
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0		
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-		
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1		
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9		
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-		
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5		
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0		
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4		
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3		
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0		
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3		
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3		
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0		
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7		
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2		

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Loud				Sto	euern und S	ozialabgab	en in % des l	3IP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Ge	esamtaus	gaben de:	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland ¹	54,7	44,7	46,2	42,8	43,6	47,6	47,3	44,7	44,4	44,5	44,3	43,5	43,8	44,0
Belgien	52,4	49,1	51,4	48,2	50,3	54,1	53,3	54,4	55,8	55,6	55,1	54,3	53,9	53,6
Estland	41,0	36,4	34,0	34,1	39,7	46,1	40,5	37,4	39,1	38,3	38,0	39,9	39,7	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,6	58,3	58,1	58,1	57,9
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,5	57,2	56,8	56,4
Griechenland	-	-	-	47,1	50,8	54,1	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	51,6	51,0	49,3
Irland	40,8	30,9	33,4	35,9	41,9	47,2	65,7	45,5	41,8	39,7	38,2	36,2	34,3	33,7
Italien	51,8	45,5	47,1	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	51,0	51,2	50,8	49,6	48,9
Lettland	35,6	37,3	34,2	33,9	37,2	43,6	44,7	39,0	36,9	36,8	37,1	36,4	35,7	35,6
Litauen	34,6	39,4	34,1	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,6	34,8	35,7	35,8	34,4
Luxemburg	38,4	36,3	42,6	37,3	39,3	44,9	43,8	43,3	44,6	43,3	42,4	43,6	43,4	43,1
Malta	39,1	40,2	42,3	41,2	42,6	41,9	41,1	40,9	42,5	42,6	44,0	44,0	41,6	41,3
Niederlande	53,7	41,8	42,3	42,5	43,6	48,2	48,2	47,0	47,1	46,4	46,2	44,7	43,3	42,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	49,1	49,8	54,1	52,7	50,8	51,1	50,9	52,7	52,1	51,2	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	49,9	51,7	47,9	47,1	46,6
Slowakei	48,2	52,0	39,6	36,1	36,7	43,9	42,0	40,5	40,1	41,0	41,6	42,7	39,8	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	42,2	43,9	48,2	49,3	50,0	48,6	60,3	49,8	47,7	45,8	44,4
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,6	48,0	45,1	44,5	43,4	42,3	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	37,7	38,6	42,3	42,2	42,5	41,9	41,4	49,3	40,3	39,0	38,6
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	37,4	36,9	39,5	36,6	34,1	34,7	37,6	42,1	39,5	38,9	39,0
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	56,9	55,8	54,1	53,1
Kroatien	_	-	45,2	44,9	44,7	47,3	47,2	48,8	47,1	47,8	48,2	48,0	47,9	47,5
Polen	47,7	42,0	44,4	43,1	44,4	45,2	45,6	43,6	42,6	42,4	42,1	41,9	41,6	41,6
Rumänien	34,1	38,4	33,4	38,2	38,8	40,6	39,6	39,1	36,5	35,2	34,9	36,6	34,1	33,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	49,7	50,3	53,1	51,2	50,5	51,7	52,4	51,8	51,4	51,3	51,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,9	44,5	42,6	42,6	42,9	41,8	41,5
Ungarn	55,4	47,2	49,6	50,1	48,8	50,7	49,6	49,7	48,6	49,5	49,9	49,4	46,3	45,6
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	42,8	46,6	49,5	48,8	46,9	46,8	44,9	43,9	42,8	41,6	40,6
Euroraum	-	-	-	45,3	46,6	50,7	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	48,6	48,0	47,6
EU-28	-	-	-	44,9	46,5	50,3	50,0	48,6	49,0	48,6	48,2	47,4	46,6	46,2
USA	37,2	33,7	36,4	36,9	39,4	43,0	42,9	41,8	40,0	38,7	38,0	37,5	37,4	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	35,8	36,9	41,9	40,7	41,8	41,8	42,3	42,7	42,3	41,8	41,9

¹1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2015.

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

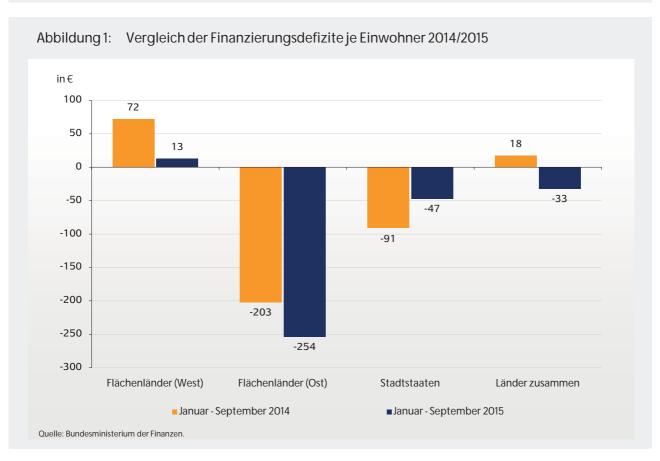
	Differer	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	- 445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushal te

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in N	lio. €			
Bereinigte Einnahmen	232 565	177 545	54 152	41 139	40 148	30 899	319 647	244 387
darunter:								
Steuereinnahmen	182 978	139 077	32 596	25 044	25 296	19 794	240 871	183 915
übrige Einnahmen	49 587	38 468	21 556	16 095	14852	11 106	78 776	60 473
Bereinigte Ausgaben	239 334	178 349	55 168	37 965	40 674	30 621	327 958	241 739
darunter:								
Personalausgaben	92 598	69 160	13 743	9 953	13 046	9 677	119387	88 79
laufender Sachaufwand	16 069	11 271	4 1 4 7	2 766	9 353	7 231	29 568	21 267
Zinsausgaben	11 238	8 171	2 077	1 462	3 530	2 3 9 6	16845	12 029
Sachinvestitionen	4 529	2 329	1 673	864	641	441	6 8 4 3	3 634
Zahlungen an Verwaltungen	73 708	56 515	19 506	14077	1 332	1 052	87328	66 448
übrige Ausgaben	41 192	30 903	14023	8 844	12 772	9 824	67988	49 57
Finanzierungssaldo	-6 769	- 804	-1016	3 174	- 526	278	-8 311	2 649



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2015

				4		in Mio. €				-
16-1		Se	ptember 201	4		August 2015		September 2015		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	208 955	232 297	425 827	196 915	212 855	394 737	226 166	244 387	453 107
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	206 243	223 989	430 233	193 809	205 802	399 610	222 305	236 925	459 230
111	Steuereinnahmen	190 101	173 096	363 197	175 099	160 634	335 732	202 457	183 915	386 372
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 032	42 892	44924	1 803	37384	39 187	2 065	45 235	47 30
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 552	2 552	-	1 648	1 648	-	2 691	2 691
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2711	8 308	11 019	3 107	7 053	10 160	3 862	7 462	11 324
121	Veräußerungserlöse	1 100	796	1 896	1 670	167	1837	1 704	173	1877
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	886	675	1 561	827	62	889	827	62	889
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	387	4261	4648	377	4067	4 444	373	4142	451
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	227 810	233 741	446 125	202 583	212 051	399 601	228 888	241 739	453 180
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	208 174	214 149	422 323	187906	194938	382 844	208 908	221 851	430 759
211	Personalausgaben	22 430	86720	109 150	20516	79 291	99 807	23 087	88 791	111878
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 755	26 668	33 423	6 193	25 144	31 337	7 004	28 179	35 183
212	laufender Sachaufwand	14230	19 544	33 773	12915	18 785	31 700	14689	21 267	35 95
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	8 629	13 170	21 798	8 087	12 434	20 521	9 103	14041	23 144
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	24087	13 080	37 167	20 071	10 953	31 023	20 262	12 029	32 29
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14748	55 038	69 785	13 950	49 405	63 355	16 690	59 189	75 879
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	73	73	-	500	500	-	205	205
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	51 042	51 046	18	45 869	45 886	18	54962	54980
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	19 636	19 591	39 227	14678	17 113	31 790	19 980	19888	39 868
221	Sachinvestitionen	4736	3 637	8 3 7 2	3 822	3 119	6941	4 470	3 634	8 104
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 892	6 5 5 1	9 442	3 134	5915	9 049	6 789	7 258	1404
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	19 120	19 074	38 194	14 185	16 662	30 847	19 401	19 415	38 81

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2015

						in Mio. €				
		Se	eptember 20	14		August 2015		September 2015		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-18 809 ²	-1 444	-20 253	-5 636 ²	805	-4 832	-2 686 ²	2 649	- 37
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	156 574	55 114	211 687	123 842	44 035	167877	139 842	48 417	188 259
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	159 080	67 975	227 056	131 373	67 331	198 704	151 396	71 663	223 059
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 507	-12 862	-15 368	-7 531	-23 296	-30 827	-11 555	-23 246	-34 800
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-1 084	6 589	5 505	-12 695	12 446	- 249	-16307	10 468	-5 839
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16372	16372	-	15 980	15 980	-	15 765	15 765
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	1 085	-2 418	-1 333	12 696	-7 431	5 264	16 554	-2 623	13 931

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	31 872	38 573 a	8 000	17 878	5 680	21 487	47 121	11 379	2 864
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	31 262	37 493 a	7 592	17 481	5314	20870	45 713	11 004	2 821
111	Steuereinnahmen	24 140	30 881	4915	14356	3 262	16 424 ⁴	37 115	8 118	2 038
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 690	3 712	2 221	2 166	1 730	2 938	6 581	2 227	680
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	175	-	-	175	361	127	57
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	395	-	365	335	674	247	119
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	611	1 079	408	397	366	617	1 408	374	43
121	Veräußerungserlöse	3	0	7	10	4	3	11	61	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	-	-	-	1	-	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	479	827	153	277	132	508	678	166	28
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	32 437	37 653 b	7 541	17 957	5 205	21 004	48 322	11 945	2 972
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	29 857	34 193 b	6 788	16 903	4572	20 001	44 554	10970	2 778
211	Personalausgaben	12 678	15 591	1918	6 521	1 376	8 156 ²	17 327 ²	4 657	1 194
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 556	4 802	215	2 295	114	2 866	6 429	1 628	500
212	laufender Sachaufwand	1 458	2 760 °	457	1 389	333	1 385	2 838	881	135
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 320	2 223 °	382	1 122	284	1 072	2 069	667	118
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 248	709 ^d	242	1 027	196	1 083	2 599	674	361
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 881	11 831	2 887	5 2 5 6	1 861	5 862	14062	3 185	494
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 449	4002	-	1 474	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 348	7 699	2 482	3 615	1 579	5712	13 194	3 139	485
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 580	3 459	753	1 054	633	1 003	3 768	975	193
221	Sachinvestitionen	478	1 021	36	326	183	142	216	50	26
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 118	1 288	244	431	252	224	1 571	277	33
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 545	3 331	753	1 027	633	1 003	3 602	933	181

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015

			in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 565	920 °	459	- 79	475	483	-1 201	- 566	- 108
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 565	1 020	2 405	2317	539	4763	11 606	3 404	547
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	12 298	3 216 ^f	4 106	3 966	963	5 9 1 5	14604	5 255	1 022
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 733	-2 196 ^g	-1 701	-1 650	- 424	-1 152	-2 998	-1 851	- 475
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 160	-	2 077	20	-	-	836	70
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 185	383	264	1 450	654	2 815	3 052	3	572
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 74	61	40	- 278	958	1 333	2 533	-824	- 10

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 3,5 Mio. €, b 288,2 Mio. €, c 1,0 Mio. €, d 287,3 Mio. €, e -284,7 Mio. €, f 1248,0 Mio. €, g -1248,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 8,4 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 575	7 919	7 897	6 965	18 157	3 568	9 380	244 387		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	12 104	7 2 7 6	7 726	6719	17 676	3 494	9 308	236 925		
111	Steuereinnahmen	8 058	4 488	6 005	4321	10 191	1 953	7 649	183 915		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 602	2 443	1 294	2 032	5 876	1 233	810	45 235		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	335	191	87	178	850	156	-	2 691		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	814	469	150	430	2 452	477	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	471	643	172	246	481	74	72	7 462		
121	Veräußerungserlöse	1	1	2	6	55	0	6	173		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	1	9	-	-	62		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	138	244	107	159	160	63	23	4 142		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 651	7 257	7 584	6 311	18 006	3 634	9 186	241 739		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	10 156	6 583	7 278	5 632	16536	3 392	8 583	221 851		
211	Personalausgaben	3 016	1814	3 037	1 829	5 801	1 148	2 729	88 791		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	220	182	1 150	160	1 582	411	1 069	28 179		
212	laufender Sachaufwand	779	756	425	441	4 438	623	2 169	21 267		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	567	217	356	282	1 851	287	1 226	14 041		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	171	454	470	399	1 452	448	496	12 029		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 740	2 163	2 400	1 891	248	127	227	59 189		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-		206	205		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 125	1 696	2 306	1 565	3	13	0	54962		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 495	674	306	679	1 470	242	603	19888		
221	Sachinvestitionen	403	116	69	126	220	40	181	3 634		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	489	313	127	237	586	69	0	7 258		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 496	674	303	679	1 415	236	603	19415		

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2015

					in M	io. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	924	662	313	655	152	- 66	193	2 649
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 876	2 057	1 123	4972	1 381	2 842	48 417
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	695	3 222	3 235	1720	7 606	1 023	2818	71 663
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 695	654	-1 178	- 597	-2 633	359	24	-23 246
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	4075	-	-	607	1 087	536	10 468
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 059	76	-	330	1 093	619	210	15 765
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4424	-857	260	- 599	- 959	217	-2 623

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Oktober-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 3,5 Mio. €, b 288,2 Mio. €, c 1,0 Mio. €, d 287,3 Mio. €, e -284,7 Mio. €, f1248,0 Mio. €, g -1248,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 8,4 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc. europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke¹ sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission².
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktions-

potenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2015 der Bundesregierung.
- Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.
- ¹ Siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434.
- ² Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): "Adjusting the Budget Balance for the Business Cycle: The EU Methodology", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der

Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/ nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/ Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysenund-berichte/b03-konjunkturkomponentedes-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		2 dago to o moo tao tizi ta t	in Mrd. € (nominal)
2016	3 134,7	3 135,9	1,2	0,205	0,3
2017	3 240,0	3 238,8	-1,2	0,205	-0,2
2018	3 340,5	3 339,5	-0,9	0,205	-0,2
2019	3 442,5	3 443,4	0,9	0,205	0,2
2020	3 550,5	3 550,5	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 505,7		860,3		34,2	2,3	19,6	2,3	
1981	1 540,8	+2,3	917,1	+6,6	7,3	0,5	4,4	0,5	
1982	1 573,8	+2,1	979,6	+6,8	-31,8	-2,0	-19,8	-2,0	
1983	1 607,1	+2,1	1 028,5	+5,0	-40,8	-2,5	-26,1	-2,5	
1984	1 640,8	+2,1	1 070,9	+4,1	-30,4	-1,9	-19,8	-1,9	
1985	1 675,2	+2,1	1 116,6	+4,3	-27,3	-1,6	-18,2	-1,6	
1986	1 712,6	+2,2	1 175,8	+5,3	-27,0	-1,6	-18,5	-1,6	
1987	1 751,7	+2,3	1 218,0	+3,6	-42,4	-2,4	-29,5	-2,4	
1988	1 794,0	+2,4	1 268,5	+4,1	-21,3	-1,2	-15,1	-1,2	
1989	1 842,4	+2,7	1 340,2	+5,7	-0,7	0,0	-0,5	0,0	
1990	1 895,8	+2,9	1 425,9	+6,4	42,7	2,3	32,1	2,3	
1991	1 951,3	+2,9	1 512,2	+6,1	87,2	4,5	67,6	4,5	
1992	2 008,5	+2,9	1 638,8	+8,4	69,3	3,4	56,5	3,4	
1993	2 061,1	+2,6	1 751,3	+6,9	-3,2	-0,2	-2,7	-0,2	
1994	2 104,8	+2,1	1 827,1	+4,3	3,7	0,2	3,2	0,2	
1995	2 143,3	+1,8	1 897,4	+3,8	1,7	0,1	1,5	0,1	
1996	2 179,6	+1,7	1 941,5	+2,3	-17,0	-0,8	-15,2	-0,8	
1997	2 214,4	+1,6	1 977,7	+1,9	-11,8	-0,5	-10,6	-0,5	
1998	2 249,0	+1,6	2 020,7	+2,2	-2,8	-0,1	-2,5	-0,1	
1999	2 285,9	+1,6	2 060,4	+2,0	5,0	0,2	4,5	0,2	
2000	2 324,2	+1,7	2 085,5	+1,2	34,5	1,5	30,9	1,5	
2001	2 362,3	+1,6	2 146,8	+2,9	36,4	1,5	33,1	1,5	
2002	2 398,3	+1,5	2 209,0	+2,9	0,4	0,0	0,3	0,0	
2003	2 431,2	+1,4	2 266,2	+2,6	-49,5	-2,0	-46,2	-2,0	
2004	2 463,4	+1,3	2 321,4	+2,4	-53,9	-2,2	-50,8	-2,2	
2005	2 495,3	+1,3	2 366,1	+1,9	-68,8	-2,8	-65,2	-2,8	
2006	2 527,6	+1,3	2 403,9	+1,6	-11,2	-0,4	-10,7	-0,4	
2007	2 558,2	+1,2	2 474,4	+2,9	40,2	1,6	38,9	1,6	
2008	2 584,4	+1,0	2 520,7	+1,9	42,1	1,6	41,0	1,6	
2009	2 601,8	+0,7	2 582,2	+2,4	-122,9	-4,7	-122,0	-4,7	
2010	2 621,0	+0,7	2 621,0	+1,5	-41,0	-1,6	-41,0	-1,6	
2011	2 646,1	+1,0	2 674,4	+2,0	28,4	1,1	28,7	1,1	
2012	2 676,0	+1,1	2 745,3	+2,7	9,3	0,3	9,5	0,3	
2013	2 708,8	+1,2	2 837,0	+3,3	-15,4	-0,6	-16,2	-0,6	
2014	2 745,5	+1,4	2 925,4	+3,1	-9,1	-0,3	-9,7	-0,3	
2015	2 785,6	+1,5	3 035,4	+3,8	-2,3	-0,1	-2,5	-0,1	
2016	2 831,2	+1,6	3 134,7	+3,3	1,1	0,0	1,2	0,0	
2017	2 877,0	+1,6	3 240,0	+3,4	-1,1	0,0	-1,2	0,0	
2018	2 922,2	+1,6	3 340,5	+3,1	-0,8	0,0	-0,9	0,0	
2019	2 966,8	+1,5	3 442,5	+3,1	0,8	0,0	0,9	0,0	
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	-0,1	0,8
1988	+2,4	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,0	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+2,9	1,9	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,0	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2000	+1,7	1,1	-0,2	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,4	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,0	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,2	0,4
2010	+0,7	0,5	-0,1	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,1	0,5	0,2	0,4
2013	+1,2	0,5	0,3	0,4
2014	+1,4	0,6	0,4	0,4
2015	+1,5	0,6	0,4	0,4
2016	+1,6	0,7	0,5	0,4
2017	+1,6	0,7	0,4	0,4
2018	+1,6	0,8	0,3	0,4
2019	+1,5	0,8	0,2	0,5
2020	+1,6	0,9	0,3	0,5

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1960	750,2		171,7		
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8	
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1	
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9	
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9	
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7	
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7	
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8	
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8	
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1	
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8	
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0	
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0	
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4	
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2	
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8	
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4	
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6	
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7	
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6	
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9	
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7	
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2	
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4	
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9	
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5	
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4	
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7	
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5	
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9	
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8+	
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4	
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3	
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1	
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7	
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7	
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4	
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1	
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6	
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3	

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbe	reinigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5	
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0	
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4	
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5	
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3	
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3	
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0	
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0	
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9	
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0	
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9	
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8	
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9	
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4	
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4	
2015	2 783,3	+1,7	3 032,9	+4,0	
2016	2 832,3	+1,8	3 135,9	+3,4	
2017	2 875,9	+1,5	3 238,8	+3,3	
2018	2 921,4	+1,6	3 339,5	+3,1	
2019	2 967,6	+1,6	3 443,4	+3,1	
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1	

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı	
960	53 512			61,3	32 340		
961	53 521	+0,0		61,8	32 791	+1,4	
962	53 655	+0,2		61,8	32 905	+0,3	
1963	53 882	+0,4		61,8	32 983	+0,2	
1964	54 062	+0,3		61,6	33 011	+0,1	
1965	54336	+0,5	61,2	61,6	33 199	+0,6	
1966	54 623	+0,5	60,8	61,1	33 097	-0,3	
1967	54 675	+0,1	60,4	60,0	32 019	-3,3	
1968	54 779	+0,2	60,1	59,5	32 046	+0,1	
1969	55 196	+0,8	59,9	59,5	32 545	+1,6	
1970	55 400	+0,4	59,9	59,9	32 993	+1,4	
1971	55 540	+0,3	59,9	60,1	33 143	+0,5	
1972	55 929	+0,7	59,9	60,1	33 325	+0,6	
1973	56 313	+0,7	59,8	60,5	33 727	+1,2	
1974	56 565	+0,4	59,7	60,1	33 408	-0,9	
1975	56 603	+0,1	59,5	59,4	32 570	-2,5	
1976	56 658	+0,1	59,4	59,2	32 434	-0,4	
 1977	56 840	+0,3	59,3	59,0	32 508	+0,2	
1978	57 125	+0,5	59,4	59,2	32 829	+1,0	
 1979	57 507	+0,7	59,7	59,6	33 463	+1,9	
1980	57 956	+0,8	60,2	60,1	34 024	+1,7	
1981	58 346	+0,7	60,8	60,7	34065	+0,1	
1982	58 569	+0,4	61,5	61,5	33 802	-0,8	
1983	58 675	+0,2	62,3	62,5	33 494	-0,9	
1984	58 700	+0,0	63,1	63,2	33 783	+0,9	
1985	58 723	+0,0	63,9	64,1	34257	+1,4	
1986	58 836	+0,2	64,6	64,6	34915	+1,9	
1987	58 932	+0,2	65,3	65,2	35 402	+1,4	
1988	59 036	+0,2	65,9	65,9	35 906	+1,4	
1989	59 298	+0,4	66,5	66,3	36 580	+1,9	
1990	59 677	+0,6	66,8	67,3	37 733	+3,2	
1991	60 160	+0,8	67,0	68,1	38 790	+2,8	
1992	60 807	+1,1	67,0	67,2	38 283	-1,3	
1993	61 406	+1,0	67,0	66,5	37 786	-1,3	
1994	61 742	+0,5	66,9	66,6	37 798	+0,0	
1995	61 927	+0,3	66,9	66,5	37 958	+0,4	
1996	62 054	+0,2	67,1	66,8	37 969	+0,0	
1997	62 095	+0,1	67,4	67,2	37 947	-0,1	
1998	62 094	-0,0	67,7	67,8	38 407	+1,2	
1999	62 142	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6	

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 225	+0,1	68,4	69,2	39917	+2,3
2001	62 351	+0,2	68,7	68,8	39 809	-0,3
2002	62 523	+0,3	68,9	68,8	39 630	-0,4
2003	62 643	+0,2	69,1	68,7	39 200	-1,1
2004	62 698	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 731	+0,1	69,5	69,9	39 326	-0,0
2006	62 728	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 683	-0,1	70,0	69,9	40 325	+1,7
2008	62 583	-0,2	70,2	70,1	40 856	+1,3
2009	62 357	-0,4	70,5	70,5	40 892	+0,1
2010	62 094	-0,4	70,8	70,6	41 020	+0,3
2011	61 934	-0,3	71,1	71,0	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,1	71,5	71,6	42 060	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 882	+0,0	72,2	72,4	42 703	+0,9
2015	62 056	+0,3	72,6	72,5	42 987	+0,7
2016	62 305	+0,4	72,9	72,9	43 258	+0,6
2017	62 463	+0,3	73,2	73,4	43 518	+0,6
2018	62 531	+0,1	73,5	73,6	43 585	+0,2
2019	62 526	-0,0	73,8	73,8	43 652	+0,2
2020	62 578	+0,1	74,1	74,0	43 720	+0,2
2021	62 584	+0,0	74,3	74,3		
2022	62 437	-0,2	74,6	74,6		
2023	62 236	-0,3	74,8	74,8		

 $^{^{1}12.\} koordinierte Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 0			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 167		25 152	•	1,4	
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,6
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,8
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	0,9
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,
1971	1924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,3
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,5
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,7
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,9
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,3
1976	1 807	-1,0	1813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,6
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	3,0
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,3
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,8
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,6
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,5
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	5,8
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,2
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,4
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	6,7
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	6,9
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,2
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34675	-1,6	6,3	7,4
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,5
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,6
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,8
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,9
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	:ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	Trend		v. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	INAVVRO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,0
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,0
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,0
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	7,9
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	7,8
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	7,7
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,5
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,3
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36353	+1,6	6,9	7,0
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,8
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,2
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,8
2013	1 372	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,5
2014	1 3 6 9	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	5,2
2015	1 3 6 8	-0,1	1 368	+0,1	38 684	+1,0	4,4	5,2
2016	1 367	-0,0	1 370	+0,1	39 033	+0,9	4,7	5,2
2017	1 367	-0,0	1 3 6 9	-0,0	39 355	+0,8	5,1	5,2
2018	1 367	-0,0	1 368	-0,1	39 430	+0,2	5,2	5,2
2019	1 3 6 7	-0,0	1 3 6 7	-0,1	39 505	+0,2	5,4	5,2
2020	1 366	-0,0	1 366	-0,1	39 580	+0,2	5,6	5,2
2021	1 366	-0,0	1 366	-0,1				
2022	1 365	-0,0	1 365	-0,0				
2023	1 365	-0,0	1 364	-0,0				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;}\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{2}\,\}mbox{Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.}$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 3 7 3, 5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5
2015	15 383,8	+1,1	561,0	+2,7	2,5
2016	15 561,5	+1,2	577,3	+2,9	2,6
2010	15 750,3	+1,2	595,5	+3,2	2,6
2017	15 750,3	+1,3	608,0	+2,1	2,6
2018 2019			620,7		
2019	16 163,8	+1,3	633,7	+2,1 +2,1	2,6

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4272
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4072
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3409
1988	-7,3329	-7,3242
1989	-7,3059	-7,3062
1990	-7,2745	-7,2875
1991	-7,2438	-7,2690
1992	-7,2311	-7,2519
1993	-7,2330	-7,2369
1994	-7,2169	-7,2236
1995	-7,2079	-7,2120
1996	-7,2014	-7,2013
1997	-7,1864	-7,1911
1998	-7,1802	-7,1811
1999	-7,1729	-7,1709
2000	-7,1548	-7,1604
2001	-7,1394	-7,1502
2002	-7,1380	-7,1409
2003	-7,1407	-7,1328
2004	-7,1352	-7,1254
2005	-7,1277	-7,1186
2006	-7,1074	-7,1121
2007	-7,0916	-7,1062
2008	-7,0918	-7,1011
2009	-7,1333	-7,0971
2010	-7,1071	-7,0923
2011	-7,0853	-7,0875
2012	-7,0847	-7,0826
2013	-7,0833	-7,0775
2014	-7,0792	-7,0720
2015	-7,0713	-7,0658
2016	-7,0628	-7,0589
2017	-7,0553	-7,0515
2018	-7,0446	-7,0436
2019	-7,0341	-7,0353
2020	-7,0238	-7,0267

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1960	22,9		26,3		83,5		
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9	

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	109,0	+2,3	106,6	+0,6	1 540,6	+3,9
2016	110,7	+1,6	107,9	+1,2	1 592,4	+3,4
2017	112,6	+1,7	109,7	+1,6	1 647,7	+3,5
2018	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2019	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2020	116,0	+1,5	113,0	+1,5	1 747,3	+3,0

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	53,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	54,3	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,8	+0,9	53,9	2,5	5,6	+2,0	+1,1	+1,2	19,8

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,8
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,5	+1,4	-0,5	+1,6	+1,6	-1,5	+1,1

¹Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mı	rd.€	Anteile am BIP in %				
1991			-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6	
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2	
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0	
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5	
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3	
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8	
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5	
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7	
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4	
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5	
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5	
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7	
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7	
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5	
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5	
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7	
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8	
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5	
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8	
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8	
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0	
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2	
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7	
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8	
2009/04	+2,9	+3,2	133,2	132,9	39,8	34,3	5,5	5,5	
2014/09	+7,5	+7,1	153,5	178,2	43,7	38,0	5,6	6,5	

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit-	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²	nehmer)	
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	a. 	in	1%	Veränderun	g in % p. a.
1991		•	•	69,9	69,9		
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,0	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,7	+3,6	67,6	68,8	+2,7	+1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Lond				Jährlich	e Veränderunç	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,3	1,6	1,7	1,9
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	0,0	1,3	1,3	1,3
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	5,2	1,6	2,9	1,9	2,6
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,1	-0,4	0,3	0,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	0,2	1,1	1,4
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-7,3	-3,2	0,7	-1,4	-1,3
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	0,2	1,4	5,2	6,0	4,5
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,9	1,5
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,0	3,0	2,8	2,4	3,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,5	3,0	1,7	2,9
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,8	4,3	4,1	3,1	3,2
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,6	3,5	4,3	3,6
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,1	-0,5	1,0	2,0	2,1
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,8	0,3	0,4	0,6	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,1	0,9	1,7	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,5	1,4	2,5	3,2	2,9
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,7	-1,1	3,0	2,6	1,9
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,6	-1,7	1,4	3,1	2,7
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,9	-2,5	1,2	1,4
Euroraum	-	3,8	1,7	1,9	-0,9	-0,3	0,9	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,2	1,3	1,5	1,7	1,5
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,6	2,0
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	1,1	1,4
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	1,3	3,3	3,5	3,5
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,5	2,8	3,5	4,1
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,2	2,3	3,0	2,8
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	-0,5	2,0	4,3	2,2
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,7	1,9	3,7	2,9	2,2
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,2	2,2	2,9	2,5	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,2	1,4	1,9	2,0
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	1,5	2,4	2,6	2,8
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,7	1,6	-0,1	0,7	1,1

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat; für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015. Stand: November 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land						
Lailu	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,2	+1,0
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,8
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,4
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land		in % der zivilen Erwerbsbevölkerung											
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016				
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,7	4,9				
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,6	8,4				
Estland	9,7	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,5	6,5				
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,6	9,5				
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,4				
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,7	25,8				
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,5	8,7				
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,2	11,8				
Lettland	19,2	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,1	9,5				
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,4	8,6				
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,0	5,9	5,8				
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,8	5,7				
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	6,9	6,6				
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	6,1	6,1				
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	12,6	11,7				
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	11,6	10,5				
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2				
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,3	20,5				
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	15,6	14,6				
Euroraum		8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,6				
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,1	9,4				
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,1	5,8				
Kroatien		15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	16,2	15,6				
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	7,6	7,2				
Rumänien	7,0	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,7	6,6				
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,7				
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,2	5,0				
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,1	6,7				
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,4				
EU		8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,5	9,2				
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,3	4,7				
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,3	3,3				

Quelle: Ameco.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,7	+0,5	+6,4	+8,1	+15,9	+8,9	0,7	2,2	2,4	2,5
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-0,6	+6,8	+7,8	+15,8	+8,6	1,6	3,2	5,0	5,4
Ukraine	-0,0	-6,8	-9,0	+2,0	-0,3	+12,1	+50,0	+14,2	-9,2	-4,7	-1,7	-1,7
Asien	+7,0	+6,8	+6,5	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,2	0,7	1,4	2,0	1,8
darunter												
China	+7,7	+7,3	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,5	+1,8	1,6	2,1	3,1	2,8
Indien	+6,9	+7,3	+7,3	+7,5	+10,0	+5,9	+5,4	+5,5	-1,7	-1,3	-1,4	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+4,7	+5,1	+6,4	+6,4	+6,8	+5,4	-3,2	-3,0	-2,2	-2,1
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,7	+4,5	+2,1	+3,1	+2,4	+3,8	3,5	4,3	2,2	2,1
Thailand	+2,8	+0,9	+2,5	+3,2	+2,2	+1,9	-0,9	+1,5	-0,9	3,3	6,2	5,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	-0,3	+0,8	+6,7	+7,9	+11,2	+10,7	-2,9	-3,0	-3,3	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	+0,4	-0,7	+10,6		+16,8	+25,6	-0,8	-1,0	-1,8	-1,6
Brasilien	+2,7	+0,1	-3,0	-1,0	+6,2	+6,3	+8,9	+6,3	-3,8	-4,4	-4,0	-3,8
Chile	+4,3	+1,9	+2,3	+2,5	+1,9	+4,4	+4,4	+3,7	-3,7	-1,2	-0,7	-1,6
Mexiko	+1,4	+2,1	+2,3	+2,8	+3,8	+4,0	+2,8	+3,0	-2,4	-1,9	-2,4	-2,0
Sonstige												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,5

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. November 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 245	17 823	-3,24	15 373	18 312
Euro Stoxx 50	3 361	3146	6,82	2 875	3 829
Dax	10 708	9 806	9,20	8 572	12 375
CAC 40	4808	4 273	12,52	1924	5 269
Nikkei	19 597	17 451	12,30	13 910	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13. November 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,28	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,56	0,54	-1,72	0,08	1,96
Japan	0,31	0,33	-1,97	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,99	1,76	-0,29	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. November 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,08	1,21	-11,04	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	122,62	119,68	2,46	100,97	125,61
Yen/Euro	132,04	145,23	-9,08	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,71	0,78	-9,35	0,70	0,84

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,3	+1,6	+1,7	+1,9	+1,6	+0,8	+0,2	+1,0	5,2	5,0	4,7	4,9
OECD	+0,4	+1,6	+1,5	+1,8	+1,6	+0,8	+0,1	+1,0	5,2	5,0	4,6	4,6
IWF	+0,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+0,8	+0,2	+1,2	5,2	5,0	4,7	4,7
USA												
EU-KOM	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1	7,4	6,2	5,3	4,8
OECD	+1,5	+2,4	+2,4	+2,5	+1,5	+1,6	+0,0	+1,0	7,4	6,2	5,3	4,7
IWF	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,1	+1,1	7,4	6,2	5,3	4,9
Japan												
EU-KOM	+1,6	-0,1	+0,7	+1,1	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,3
OECD	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,2
IWF	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,7	+0,4	4,0	3,6	3,5	3,5
Frankreich												
EU-KOM	+0,7	+0,2	+1,1	+1,4	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9	10,3	10,3	10,4	10,4
OECD	+0,8	+0,2	+1,1	+1,3	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	9,9	9,9	10,0	10,0
IWF	+0,7	+0,2	+1,2	+1,5	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	10,3	10,3	10,2	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,7	-0,4	+0,9	+1,5	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0	12,1	12,7	12,2	11,8
OECD	-1,8	-0,4	+0,8	+1,4	+1,3	+0,2	+0,2	+0,8	12,2	12,7	12,3	11,7
IWF	-1,7	-0,4	+0,8	+1,3	+1,3	+0,2	+0,2	+0,7	12,2	12,7	12,2	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,2	+2,9	+2,5	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,1	5,4	5,4
OECD	+2,2	+2,9	+2,4	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,7
IWF	+1,7	+3,0	+2,5	+2,2	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+1,2	+2,0	+1,0	+1,9	+1,2	+2,0	7,1	6,9	6,9	6,8
IWF	+2,0	+2,4	+1,0	+1,7	+1,0	+1,9	+1,0	+1,6	7,1	6,9	6,8	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,3	+0,9	+1,6	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,6
OECD	-0,3	+0,9	+1,5	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+0,9	11,9	11,5	10,9	10,4
IWF	-0,3	+0,9	+1,5	+1,6	+1,3	+0,4	+0,2	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,5
EU-28												
EU-KOM	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1	10,9	10,2	9,5	9,2
IWF	+0,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,5	+0,5	+0,1	+1,1	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7	8,4	8,5	8,6	8,4
OECD	+0,0	+1,4	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,6	+1,3	8,4	8,5	8,7	8,6
IWF	+0,3	+1,1	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,7	+1,1	8,4	8,5	8,5	8,3
Estland												
EU-KOM	+1,6	+2,9	+1,9	+2,6	+3,2	+0,5	+0,1	+1,8	8,6	7,4	6,5	6,5
OECD	+1,7	+2,9	+1,8	+2,5	+3,2	+0,5	+0,1	+1,4	8,6	7,4	6,4	6,0
IWF	+1,6	+2,9	+2,0	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,6	8,6	7,4	6,8	6,5
Finnland												
EU-KOM	-1,1	-0,4	+0,3	+0,7	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6	8,2	8,7	9,6	9,5
OECD	-1,1	-0,4	-0,1	+1,1	+2,2	+1,2	-0,2	+0,4	8,2	8,7	9,4	9,7
IWF	-1,1	-0,4	+0,4	+0,9	+2,2	+1,2	+0,0	+1,3	8,1	8,7	9,5	9,5
Griechenland				.,-	· ·	,	.,.	,			1,=	
EU-KOM	-3,2	+0,7	-1,4	-1,3	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0	27,5	26,5	25,7	25,8
OECD	-4,0	+0,7	-1,4	-1,2	-0,9	-1,4	-0,9	+0,7	27,5	26,5	25,3	24,8
IWF	-3,9	+0,8	-2,3	-1,3	-1,2	-1,5	-0,4	+0,0	27,5	26,5	26,8	27,1
Irland				,-	,	,-		.,.			- 77	,
EU-KOM	+1,4	+5,2	+6,0	+4,5	+0,5	+0,3	+0,3	+1,5	13,1	11,3	9,5	8,7
OECD	+1,4	+5,2	+5,6	+4,1	+0,5	+0,3	+0,1	+1,6	13,1	11,3	9,4	8,3
IWF	+1,4	+5,2	+4,8	+3,8	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,6	8,5
Lettland	, .	, _	,-	, .	,.			,-		,-	-,-	-,-
EU-KOM	+3,0	+2,8	+2,4	+3,0	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4	11,9	10,8	10,1	9,5
OECD	+3,5	+3,0	+1,8	+2,9	+0,0	+0,7	+0,6	+1,7	11,8	10,8	9,8	9,6
IWF	+4,2	+2,4	+2,2	+3,3	+0,0	+0,7	+0,4	+1,8	11,9	10,8	10,4	10,2
Litauen ¹			· ·	-,-	-7-	-,		,-				
EU-KOM	+3,5	+3,0	+1,7	+2,9	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6	11,8	10,7	9,4	8,6
OECD	-	-		-	-	-	-	-	-	-	_	-
IWF	+3,3	+3,0	+1,8	+2,6	+1,2	+0,2	-0,4	+1,6	11,8	10,7	10,6	10,0
Luxemburg	- 7-		,-	,-	,	-,	- 7	, -	, ,		.,.	
EU-KOM	+4,3	+4,1	+3,1	+3,2	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7	5,9	6,0	5,9	5,8
OECD	+4,4	+4,1	+3,0	+3,0	+1,7	+0,7	+0,1	+1,0	6,9	7,1	6,9	6,8
IWF	+4,4	+5,6	+4,4	+3,4	+1,7	+0,7	+0,3	+1,6	6,9	7,2	6,9	6,8
Malta												
EU-KOM	+2,6	+3,5	+4,3	+3,6	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8	6,4	5,9	5,8	5,7
OECD	-	-	,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,4	+3,5	+3,4	+3,5	+1,0	+0,8	+1,0	+1,4	6,4	5,9	5,7	5,5
Niederlande	, .	. 5,5	. 5, .	. 3,0	,,	. 3,0	,0	, .	2, .	3,0	3,.	5,5
EU-KOM	-0,5	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
OECD	-0,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,6	+0,3	+0,3	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
IWF	-0,5	+1,0	+1,8	+1,9	+2,6	+0,3	+1,0	+1,3	7,3	7,4	7,2	7,0

¹Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Österreich													
EU-KOM	+0,3	+0,4	+0,6	+1,5	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8	5,4	5,6	6,1	6,1	
OECD	+0,3	+0,5	+0,8	+1,3	+2,1	+1,5	+0,9	+1,5	5,4	5,7	6,0	6,1	
IWF	+0,3	+0,4	+0,8	+1,6	+2,1	+1,5	+1,0	+1,7	5,3	5,6	5,8	5,6	
Portugal													
EU-KOM	-1,1	+0,9	+1,7	+1,7	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1	16,4	14,1	12,6	11,7	
OECD	-1,1	+0,9	+1,7	+1,6	+0,4	-0,2	+0,5	+0,7	16,2	13,9	12,3	11,3	
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	12,3	11,3	
Slowakei													
EU-KOM	+1,4	+2,5	+3,2	+2,9	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,6	10,5	
OECD	+1,4	+2,5	+3,2	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,5	10,7	
IWF	+1,4	+2,4	+3,2	+3,6	+1,5	-0,1	-0,1	+1,4	14,3	13,2	11,9	11,1	
Slowenien													
EU-KOM	-1,1	+3,0	+2,6	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8	10,1	9,7	9,4	9,2	
OECD	-1,1	+3,1	+2,5	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,5	10,1	9,7	9,3	9,1	
IWF	-1,1	+3,0	+2,3	+1,8	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,7	8,7	8,1	
Spanien													
EU-KOM	-1,7	+1,4	+3,1	+2,7	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7	26,1	24,5	22,3	20,5	
OECD	-1,7	+1,4	+3,2	+2,7	+1,5	-0,2	-0,6	+0,3	26,1	24,4	22,1	19,8	
IWF	-1,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,4	-0,2	-0,3	+0,9	26,1	24,5	21,8	19,9	
Zypern													
EU-KOM	-5,9	-2,5	+1,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6	15,9	16,1	15,6	14,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,4	-2,3	+0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,1	16,0	15,0	

Quellen

 $\hbox{EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,3	+1,5	+1,7	+1,5	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7	13,0	11,4	10,1	9,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,7	+1,9	+0,4	-1,6	-0,8	+0,6	13,0	11,5	10,3	9,7
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	7,0	6,6	6,1	5,8
OECD	-0,5	+1,1	+1,8	+1,8	+0,8	+0,6	+0,5	+0,9	7,0	6,5	6,3	6,2
IWF	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,5	+1,8	7,0	6,5	6,2	6,0
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+1,1	+1,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9	17,3	17,3	16,2	15,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,4	+0,8	+1,0	+2,2	-0,2	-0,4	+1,1	17,0	17,1	16,6	16,1
Polen												
EU-KOM	+1,3	+3,3	+3,5	+3,5	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4	10,3	9,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+3,3	+3,5	+3,4	+1,0	+0,1	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,6	7,3
IWF	+1,7	+3,4	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,5	7,2
Rumänien												
EU-KOM	+3,5	+2,8	+3,5	+4,1	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3	7,1	6,8	6,7	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,8	+3,4	+3,9	+4,0	+1,1	-0,4	-0,2	7,1	6,8	6,9	6,8
Schweden												
EU-KOM	+1,2	+2,3	+3,0	+2,8	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,7	7,7
OECD	+1,2	+2,4	+2,9	+3,1	-0,0	-0,2	+0,1	+1,4	8,0	7,9	7,7	7,3
IWF	+1,3	+2,3	+2,8	+3,0	+0,4	+0,2	+0,5	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,5	+2,0	+4,3	+2,2	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0	7,0	6,1	5,2	5,0
OECD	-0,5	+2,0	+4,4	+2,3	+1,4	+0,4	+0,4	+1,3	6,9	6,1	5,2	5,0
IWF	-0,5	+2,0	+3,9	+2,6	+1,4	+0,4	+0,4	+1,5	7,0	6,1	5,2	4,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,9	+3,7	+2,9	+2,2	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9	10,2	7,7	7,1	6,7
OECD	+1,9	+3,7	+3,0	+2,4	+1,7	-0,2	+0,1	+2,2	10,2	7,7	7,0	6,3
IWF	+1,5	+3,6	+3,0	+2,5	+1,7	-0,2	+0,3	+2,3	10,2	7,8	7,3	7,0

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2015, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	saldo		Staatssch	nuldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	-0,1	0,3	0,9	0,5	77,4	74,9	71,4	68,5	6,7	7,8	8,7	8,6
OECD	-0,1	0,3	0,9	0,6	77,2	74,8	71,2	67,7	6,5	7,5	8,3	8,0
IWF	0,1	0,3	0,5	0,3	77,0	74,6	70,7	68,2	6,4	7,4	8,5	8,0
USA												
EU-KOM	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	104,1	105,2	105,3	104,4	-2,4	-2,3	-2,3	-2,4
OECD	-5,5	-5,1	-4,5	-4,2	111,4	111,6	110,6	111,4	-2,3	-2,2	-2,5	-2,8
IWF	-4,7	-4,1	-3,8	-3,6	104,8	104,8	104,9	106,0	-2,3	-2,2	-2,6	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7	242,6	246,4	247,4	247,4	0,7	0,5	2,3	2,8
OECD	-8,5	-7,7	-6,7	-5,7	220,3	226,1	229,2	232,4	0,8	0,5	3,3	2,9
IWF	-8,5	-7,3	-5,9	-4,5	242,6	246,2	245,9	247,8	0,8	0,5	3,0	3,0
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,3	95,6	96,5	97,1	-2,6	-2,3	-1,3	-1,6
OECD	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,2	95,5	96,5	97,7	-0,8	-0,9	0,2	0,2
IWF	-4,1	-4,0	-3,8	-3,4	92,3	95,6	97,1	98,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,4
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3	128,8	132,3	133,0	132,2	0,9	2,0	2,2	1,9
OECD	-2,9	-3,0	-2,6	-2,2	128,8	132,3	134,3	133,5	0,9	1,9	1,5	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-2,0	128,5	132,1	133,1	132,3	0,9	1,9	2,0	2,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,4	-3,0	86,2	88,2	88,3	88,0	-4,5	-5,1	-4,3	-3,9
OECD	-5,7	-5,7	-3,9	-2,6	86,2	88,2	87,8	86,9	-4,5	-5,1	-4,0	-3,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,2	-2,8	87,3	89,4	88,9	88,0	-4,5	-5,9	-4,7	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-1,6	-1,9	-1,5	92,3	94,6	94,8	94,8	-3,0	-2,1	-3,3	-2,4
IWF	-2,7	-1,6	-1,7	-1,3	87,7	87,9	90,4	89,4	-3,0	-2,1	-2,9	-2,3
Euroraum												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8	93,4	94,5	94,0	92,9	2,5	3,0	3,7	3,6
OECD	-3,0	-2,6	-1,9	-1,7	93,7	94,7	94,1	93,2	2,8	3,3	3,8	3,7
IWF	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,1	94,2	93,7	92,8	1,8	2,0	3,2	3,0
EU-28												
EU-KOM	-3,3	-3,0	-2,5	-2,0	87,3	88,6	87,8	87,1	1,5	1,6	2,2	2,2
IWF	-3,1	-2,9	-2,5	-2,0	86,9	88,1	87,7	86,9	1,7	1,7	2,2	2,1

Ouellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2015, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015. IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6	105,1	106,7	106,7	107,1	1,0	0,8	1,8	2,0
OECD	-2,9	-3,1	-2,6	-2,0	105,1	106,7	107,6	106,9	-0,2	0,1	0,1	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,8	-2,3	104,4	106,6	106,7	106,2	-0,2	1,6	2,1	2,1
Estland												
EU-KOM	-0,1	0,7	0,2	0,2	9,9	10,4	10,0	9,6	0,4	1,3	1,6	1,2
OECD	-0,1	0,7	0,2	0,4	9,9	10,4	9,4	8,6	-0,1	1,0	3,3	2,3
IWF	-0,5	0,6	-0,7	-0,5	9,9	10,4	10,8	10,8	-1,1	0,1	0,6	0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7	55,6	59,3	62,5	64,5	-1,8	-2,2	-1,1	-1,0
OECD	-2,5	-3,3	-3,3	-2,7	55,6	59,3	60,6	62,7	-1,7	-0,9	-1,0	-0,7
IWF	-2,5	-3,2	-3,2	-2,8	55,6	59,0	61,9	64,0	-1,8	-1,9	-1,1	-0,8
Griechenland												
EU-KOM	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6	177,0	178,6	194,8	199,7	-2,1	-2,9	-1,0	-0,3
OECD	-12,3	-3,6	-4,3	-7,7	175,1	177,5	183,4	190,2	-2,0	-2,1	-0,3	1,2
IWF	-2,9	-3,9	-4,2	-3,6	175,0	177,1	197,0	206,6	0,6	0,9	0,7	1,5
Irland												
EU-KOM	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5	120,0	107,5	99,8	95,4	3,1	3,6	5,9	5,7
OECD	-5,7	-3,9	-2,1	-1,1	120,1	107,5	101,0	98,3	3,1	3,6	3,6	3,4
IWF	-5,6	-4,0	-2,0	-1,3	120,0	107,6	100,6	95,9	3,1	3,6	3,2	3,0
Lettland												
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2	39,1	40,6	38,3	41,1	-2,1	-2,0	-1,8	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,6	-1,7	-1,4	-1,1	35,2	37,8	37,8	37,0	-2,3	-3,1	-1,7	-2,7
Litauen ¹												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,1	-1,3	38,8	40,7	42,9	40,8	1,4	3,9	-0,8	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,2	-1,4	38,8	40,9	38,8	38,5	1,6	0,1	-2,2	-2,4
Luxemburg												
EU-KOM	0,7	1,4	0,0	0,5	23,4	23,0	22,3	23,9	5,7	5,5	4,3	4,0
OECD	0,7	1,4	0,9	1,0	23,4	23,0	24,9	25,7	5,7	5,5	3,6	5,1
IWF	0,8	0,6	0,1	0,5	23,0	22,1	22,8	23,2	4,7	5,1	5,6	5,6
Malta												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2	69,6	68,3	65,9	63,2	3,2	3,3	2,0	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-2,1	-1,7	-1,4	69,8	68,5	67,2	66,9	3,2	3,3	1,5	1,3
Niederlande												
EU-KOM	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5	67,9	68,2	68,6	67,9	11,0	10,6	10,5	10,4
OECD	-2,4	-2,4	-2,0	-1,3	67,9	68,2	68,1	67,8	11,0	10,6	11,0	10,7
IWF	-2,2	-2,3	-2,1	-1,8	67,6	67,9	67,6	65,6	10,8	10,2	9,6	9,2

 $^{^{\}rm 1}$ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Österreich													
EU-KOM	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6	80,8	84,2	86,6	85,7	2,1	2,1	2,6	2,6	
OECD	-1,3	-2,7	-1,8	-1,9	80,8	84,2	84,7	85,0	2,0	2,0	2,3	2,0	
IWF	-1,3	-2,4	-2,0	-1,7	80,8	84,5	86,7	85,6	1,0	0,7	1,6	1,7	
Portugal													
EU-KOM	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9	129,0	130,2	128,2	124,7	0,7	0,3	0,5	0,5	
OECD	-4,8	-7,2	-3,0	-2,8	129,0	130,2	128,2	127,9	1,4	0,6	0,6	0,5	
IWF	-4,8	-4,5	-3,1	-2,7	129,7	130,2	127,8	125,0	1,4	0,6	0,7	1,6	
Slowakei													
EU-KOM	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4	54,6	53,5	52,7	52,6	0,7	-0,8	0,0	-1,2	
OECD	-2,6	-2,8	-2,7	-1,9	54,6	53,5	52,9	52,4	1,5	0,1	-0,4	-0,5	
IWF	-2,6	-2,9	-2,5	-2,6	54,6	53,6	53,3	53,6	1,5	0,1	0,1	0,1	
Slowenien													
EU-KOM	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	70,8	80,8	84,2	80,9	3,9	6,5	7,0	7,5	
OECD	-15,0	-5,0	-2,9	-2,3	70,8	80,8	83,2	85,0	5,6	7,0	7,5	8,5	
IWF	-13,9	-5,8	-3,7	-5,3	70,5	80,8	81,8	82,7	5,6	7,0	6,7	6,2	
Spanien													
EU-KOM	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6	93,7	99,3	100,8	101,3	1,5	1,0	1,4	1,3	
OECD	-6,9	-5,9	-4,2	-2,9	93,7	99,3	100,5	100,3	1,5	1,0	1,5	1,3	
IWF	-6,8	-5,8	-4,4	-3,2	92,1	97,7	98,6	98,8	1,4	0,8	0,9	1,1	
Zypern													
EU-KOM	-4,9	-8,9	-0,7	0,1	102,5	108,2	106,7	98,7	-3,8	-3,8	-3,5	-3,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,4	-0,2	-1,3	0,1	102,2	107,5	106,4	98,4	-1,6	-4,5	-4,2	-3,8	

Ouellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, November\ 2015.$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7	18,0	27,0	31,8	32,8	-0,5	0,7	1,4	1,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,8	-3,7	-2,0	-1,6	17,6	26,9	28,6	29,6	2,3	0,0	1,0	0,2	
Dänemark													
EU-KOM	-1,3	1,5	-3,3	-2,5	45,0	45,1	40,2	39,3	7,2	6,3	7,0	6,9	
OECD	-1,3	1,5	-2,7	-2,8	45,0	45,1	41,6	40,9	7,2	6,3	7,0	7,2	
IWF	-1,1	1,8	-2,7	-2,8	45,0	45,2	47,0	48,0	7,2	6,3	7,0	7,2	
Kroatien													
EU-KOM	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7	80,8	85,1	89,2	91,7	0,1	0,6	4,4	2,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,4	-5,7	-5,1	-4,4	80,8	85,1	89,3	91,8	0,8	0,7	1,7	1,5	
Polen													
EU-KOM	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,4	52,4	-0,9	-1,1	-0,5	-0,9	
OECD	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,5	51,5	-1,3	-2,0	-0,2	-1,0	
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,5	55,7	50,1	51,1	51,0	-1,3	-1,3	-0,5	-1,0	
Rumänien													
EU-KOM	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8	38,0	39,9	39,4	40,9	-0,8	-0,4	-0,8	-1,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-2,6	38,8	40,6	40,9	41,5	-0,8	-0,4	-0,7	-1,5	
Schweden													
EU-KOM	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3	39,8	44,9	44,7	44,0	5,8	5,4	5,9	5,9	
OECD	-1,4	-1,7	-1,1	-0,6	39,8	44,8	43,9	43,0	6,7	6,2	6,0	5,5	
IWF	-1,4	-1,9	-1,4	-0,7	38,7	43,8	43,9	42,6	6,7	6,2	6,7	6,7	
Tschechien													
EU-KOM	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	41,0	41,0	-1,1	-2,0	-2,5	-2,4	
OECD	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	40,5	40,5	-0,5	0,6	0,7	0,2	
IWF	-1,2	-2,0	-1,8	-1,1	45,1	42,6	40,6	40,0	-0,5	0,6	1,7	1,2	
Ungarn													
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1	76,8	76,2	75,8	74,5	3,9	2,2	4,3	5,5	
OECD	-2,5	-2,5	-2,3	-1,9	76,8	76,2	76,3	74,6	4,0	2,3	4,3	5,5	
IWF	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	77,3	77,0	75,3	74,2	4,0	4,0	5,0	4,3	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

November 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.